

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Kultur. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Stenger, in der Welt- und Zeitungs-Verlagsanstalt für 1896 unter Nr. 7377.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Reuth-Strasse 2.

Donnerstag, den 9. April 1896.

Expedition: SW. 19, Reuth-Strasse 3.

Parteigenossen!

Nur noch wenige Wochen trennen uns von dem Arbeiter - Weltfeiertag.

Es gilt, ungekämpft alle Kräfte anzuspannen, da, wo organisierte Genossen vorhanden sind, eine würdige Feier des Weltfeiertags vorzubereiten.

Die Genossen der größeren Parteiorde sind zwar schon in vollem Eifer an der Arbeit, eine würdige Feier des Maiestes zu veranstalten, doch auch von den kleineren Orten darf nicht einer zurückbleiben, in einer durch die Verhältnisse gebotenen Form sich an der Maidemonstration zu beteiligen.

Ueber die Bedeutung und Form der Feier wurde auf dem Breslauer Parteitag folgende Resolution gefasst:

„In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse zu Paris 1889, Brüssel 1891 und Zürich 1893 feiert die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weltfest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats, der Verbrüderung und dem Weltfrieden.“

Als würdigste Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe. Daher empfiehlt der Parteitag denjenigen Arbeitern und Arbeiterorganisationen, die ohne Schädigung der Arbeiterinteressen den 1. Mai neben den anderen Kundgebungen auch durch Arbeitsruhe feiern können, Arbeitsruhe einzutreten zu lassen.“

Parteigenossen! Die gegenwärtige, aufsteigende Konjunktur ist für die allgemeinere Durchführung der Arbeitsruhe als der würdigsten Form der Feier des 1. Mai eine günstige. Wir wissen, daß da, wo es angeht, die Genossen diese Gelegenheit ausnützen werden, ohne in den Fehler der Ueberreizung und Unbesonnenheit zu verfallen.

Parteigenossen! Der Moment muß ausgenützt werden, die Kunde von der Idee der Maifeier bis in die entlegensten Arbeiterhütten zu tragen. Für die Förderung der Agitation der dem Weltfeiertage zu Grunde liegenden Ideen ist die im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Reuthstr. 2 erscheinende

Maiest-Beilage

ein vorzügliches Agitationsmittel.

Die Bestellungen wollen die Genossen rechtzeitig an vorstehende Adresse ausgeben.

Parteigenossen! Nun alle Mann Hand ans Werk, damit die Feier eine würdige und allgemeine werde!

Hoch die Sozialdemokratie, die Vertreterin der Arbeiterklasse!
Hamburg, den 7. April 1896.

Der geschäftsführende Ausschuss.

Nach Kairuan.

(Nachdr. verboten.)

Son Guy de Maupassant. Frei übersetzt von H. B.

Den 15. Dezember.

Der Tag war noch nicht angebrochen, als einer meiner Gefährten mich weckte. Wir hatten beschlossen, ein maurisches Bad zu nehmen; gleich früh, ehe wir die Stadt besuchten. Man verkehrte schon in den Straßen, denn die Morgenländer stehen vor Sonnenaufgang auf, über den Häusern bemerkten wir einen schönen, reinen und hellen Himmel, der viel Hitze und Licht versprach. Wir kamen durch verschiedene Gäßchen, am Brunnen vorbei, wo ein Kameel ununterbrochen in der Gangbahn geht, um das Wasser zu heben. Endlich tritt man in ein dunkles Haus mit dicken Mauern, in dem man zuerst nichts sieht, dessen warme, feuchte Atmosphäre einem aber gleich beim Eintritt auffällt. Dann bemerkten wir Araber, die auf Matten schlummerten und der Eigentümer der Anstalt führte uns, nachdem er uns hatte entkleiden lassen, in die Schwitzkammer, einer Art schwarzen gewölbten Lochs, wo der anbrechende Tag durch ein schmales Glas in der Decke hereinkam, und dessen Boden mit schlüpfrigem Wasser bedeckt ist, in dem man vorsichtig gehen muß, um nicht auszugleiten.

Als wir aber nach all den Massageoperationen an die freie Luft kamen, berauschte uns eine freudige Trunkenheit. Die aufgegangene Sonne erleuchtete die Straßen des heiligen Kairuan, das weiß wie alle arabischen Städte ist, aber wilder und schärfer charakterisiert und in seiner sichtbaren Armuth zugleich einen gewissen großthuenden Adel zeigt. Die Einwohner haben einen schrecklichen Nothstand durchgemacht, und man erkennt noch überall den Hungerblid. Wie in den Fleden Mittelafrikas verkauft man geringwerthige Sachen aller Art in großen Butiken, in denen die Kaufleute nach türkischer Art zusammengekauert sitzen. Da sind Datteln von Gassa oder Sus, in großer Masse einer klebrigen Pasta zusammengelumpert, deren Ver-

Die Wandlungen der europäischen Auswanderung.

Die europäische Auswanderung erzeugte die amerikanische Getreidekonkurrenz. Der mecklenburgische Häusler, vom Hofe verjagt, geht und geschunden, der ost- und westpreussische, der pommersche, der polensche Tagelöhner, vom Gutsbesitzer brutal ausgepresst, der süddeutsche Kleinbauer, des heimischen Sauerkraut und Rüben überdrüssig geworden, schüttelten den Staub des Vaterlandes von ihren Pantoffeln ab und schifften sich mit Weib und Pack nach Amerika ein. Da aber der Bauer da drüben, über dem großen Wasser, nicht mehr die patriotische Pflicht hatte, die staatserhaltende Klasse der Junker mittels Champagner und Trüffel zu ernähren, so wurde er rasch in den Stand gesetzt, nicht nur sich selbst zu ernähren, sondern einen beträchtlichen Ueberschuß seiner Getreideproduktion nach Europa zu schicken. Jeder nach Amerika ausgewanderte Bauer schickte so und soviel Säcke billigen Getreides seinem geliebten Vaterlande zu. So wurden es ganze Schiffsloadungen. Und so entstand jene nordamerikanische Getreidefluth, die alle Zollschranken übersteigt.

In dieser Wechselwirkung zwischen europäischer und besonders deutscher Auswanderung und nordamerikanischer Getreidekonkurrenz ist aber in den letzten Jahren eine wichtige Wandlung eingetreten.

Wir beginnen mit der bekannten Thatsache, daß die Weizenfläche der Vereinigten Staaten sich seit Jahren nicht mehr ausdehnt, sondern vielmehr zurückgeht. Die überseeische Getreidekonkurrenz ist damit freilich noch nicht aus der Welt geschafft, denn an stelle der Vereinigten Staaten treten eben andere Länder, so besonders Argentinien. Die Auswanderung nach diesem Lande und überhaupt nach Südamerika ist auch thatsächlich in neuerer Zeit stark gestiegen. Diese Auswanderung rührt aber vorzüglich von den romanischen Ländern her. Das Hauptkontingent bilden die Italiener. Die italienische Auswanderung stieg rapid seit den achtziger Jahren. Sie betrug bis 1879 rund 20 000 per Jahr, dagegen in jenem Jahr 40 824, im Jahre 1884 bereits 58 049, im Jahre 1887 wird das erste Hunderttausend mit 127 748 überstiegen, das folgende Jahr bringt sogar die kolossale Summe von 195 993, dann erfolgt ein Sinken auf 113 093, aber unter 100 000 sinkt die Auswanderung, wenigstens bis zum Jahre 1893, in welchem letzterem Jahre sie 124 312 beträgt, nicht mehr. Der größte Theil ging nach Südamerika, besonders nach Brasilien und Argentinien. Dieselbe Richtung nehmen die spanische und portugiesische Auswanderung ein. Für die übrige europäische und besonders für die deutsche Auswanderung bleiben noch immer die Vereinigten Staaten das Hauptziel. Da aber die Ein-

läufer, während er auf demselben Brett hockt, die einzelnen Stücke mit den Fingern abbröckelt. Da sind Gemüse, Gewürze und Pasten und in den langen, gewundenen Bazars, Sals genannt, Stoffe, Teppiche, verziertes Sattelgeschirr, Gold- und Silberstückerien und eine große Menge Schuster, die Schlappschuhe von gelbem Leder anfertigen. Bis zur französischen Okkupation durften Juden sich in dieser unzugänglichen Stadt nicht niederlassen. Heut treiben sie dort Handel. Sie haben schon einige Häuser erworben, auf die sie Geld geliehen hatten, und deren Wäpfer sie durch Verlängerung und Vermehrung der Schuld geworden sind, wobei sie mit großer Geschicklichkeit verfahren.

Wir gehen nach der Moschee Djamar-Kebir und von Sibi-Obba, deren hohe Minarets die Stadt und die Wüste, die sie von der Welt scheidet, beherrschen. Wir erblicken sie plötzlich beim Umwenden in eine Straße. Es ist ein ungeheures, durch hohe Strebebeiser gehaltenes Gebäude, eine gewaltige, imponirende weiße Masse von unerklärlicher Schönheit und Wildheit. Man betritt zuerst einen prächtigen Hof von einem doppelten Kreuzgang umschlossen, den zwei Reihen eleganter römischer Säulen tragen. Man glaubt sich in dem Innern eines schönen italienischen Klosters. Die eigentliche Moschee mündet in diesen Hof durch siebzehn Flügeltüren, die wir weit öffnen lassen, ehe wir eintreten. Ich kenne auf der Welt nur drei kirchliche Gebäude, die auf mich einen ähnlichen Eindruck gemacht haben, wie dieses überraschende, wilde Bauwerk: den Mont St. Michel, San Marco in Venedig und die königliche Kapelle in Palermo.

Das sind durchdachte, studirte Gebäude der großen Architektur, sicher in ihrer Wirkung, ohne Zweifel fromm, aber vor allem künstlerisch, welche die Liebe zu den Formen und Linien der dekorativen Schönheit athmen, ebenso und mehr, als die Liebe zu Gott. Hier ist es anders. Ein fanatisches, umherirrendes Volk, das kaum Mauern errichten kann, ist in ein Land gekommen, das mit den Ruinen der

wanderung in den Vereinigten Staaten seit 1880 ebenfalls stark gestiegen ist — sie beträgt rund eine halbe Million im Jahr, wovon Deutschland allein durchschnittlich 100 000 liefert — so müssen offenbar, weil der Getreidebau nicht mehr in der gleichen Weise wie früher sich ausgedehnt hat, die Einwanderer sich in größeren Massen anderen Beschäftigungen, außer der Landwirtschaft, zugewendet haben. So geschah es denn auch.

Nach der Hamburgischen Statistik war die Berufsgliederung der über Hamburg Ausgewanderten folgender Art (prozentuale Zusammensetzung):

Perioden	Landwirthschaft	Industrie	Arbeiter	Handel und Verkehr	Freie Berufe	Ohne Beruf oder Berufsangabe
1871/74	33,79	13,55	15,79	10,21	1,18	25,48
1875/79	30,17	15,09	15,84	15,17	1,89	21,84
1880/84	16,59	14,91	34,55	8,50	1,01	24,44
1885/89	9,26	12,56	30,05	14,59	1,12	32,42
1890/92	8,35	11,32	33,72	12,29	1,05	33,07
1893/94	9,02	12,37	23,81	14,32	2,39	38,09

Man sieht, der Prozentsatz unser Landwirthschaft ist regelmäßig und seit 1880 sehr stark zurückgegangen.

Speziell die deutsche Auswanderung weist folgende Prozentsätze auf:

Perioden	Landwirthschaft	Industrie	Arbeiter	Handel und Verkehr	Freie Berufe	Ohne Beruf oder Berufsangabe
1871/74	34,34	14,59	18,19	5,60	0,89	26,39
1875/79	24,70	17,20	18,49	12,41	1,70	25,50
1880/84	20,31	18,01	30,46	5,86	1,04	24,32
1885/89	15,95	15,69	26,81	8,23	1,46	31,86
1890/92	14,08	15,83	27,89	9,00	1,72	31,98
1893/94	11,84	16,31	20,77	12,80	2,70	35,58

Auch hier das gleiche Ergebnis: die Landwirthschaft tritt den anderen Berufen gegenüber immer mehr zurück. Sie wird zum Schluß des beobachteten Zeitraums gänzlich in den Hintergrund geschoben.

Einiges Bedenken könnten die Zahlen in der letzten Rubrik „Ohne Beruf oder Angabe“ erregen. Allein diese Rubrik wird zum weitaus größten Theil gebildet durch minderjährige Kinder und sonstige berufslose Angehöriger der Auswanderer, außerdem durch Dienstboten, die sich erbsparungsähnlich meistens als berufslos bezeichnen. Die Zahl derjenigen, welche ihren Beruf verschwiegen haben, ist sehr gering und deshalb ohne Einfluß auf die allgemeine berufliche Zusammensetzung.

Bauten seiner Vorbefizer bedeckt ist. Es sei überall das ausgehakt, was ihm das Schönste schien, und hat aus diesen abgebrochenen Stücken zerführten Städte seinem Gott eine Wohnung errichtet und damit ein Bauwerk, ebenso vollkommen in seiner Art, als die reinsten Entwürfe der größten Baumeister.

Vor uns erscheint ein unbegrenzter Tempel, der wie ein heiliger Wald aussieht; dann hundertvierundzwanzig Säulen von Onyx, Porphyrt und Marmor tragen die Gewölbe von siebzehn Schiffen, die den siebzehn Thüren entsprechen. Der Blick stutzt und verliert sich in diesen tiefen Wirren von schlanken Säulen makelloser Eleganz aller Nuancen, die sich mischen, miteinander harmoniren und deren byzantinische Kapitälchen von der seltenen Arbeit und der unendlichen Mannigfaltigkeit der morgenländischen Schule sind. Einige sind von vollendeter Schönheit, so ein vom Winde gedrehter Palmenstamm. In dem Maße, als man in dieser Gotteswohnung vordringt, scheinen alle Säulen ihren Standpunkt zu ändern und verschiedene Figuren von wechselnder Regelmäßigkeit zu bilden. In unseren gotthischen Kathedralen wird der Effekt durch die beabsichtigte Unverhältnismäßigkeit der Höhe zur Breite erzielt. Hier kommt dagegen die einzige Harmonie dieses niedrigen Tempels von dem Verhältnis und der Zahl dieser leichten Strebebeiser, die das Gebäude tragen, es bewältigen und das daraus machen, was seine Wirkung und seine Größe schafft. Ihre bunte Menge macht auf das Auge den Eindruck des Unbegrenzten, während die geringe Höhe des Gebäudes der Seele ein Gefühl von Schwere giebt. Es ist weit wie eine Welt, aber man ist darunter gedrückt, wie unter der Hand Gottes. Dieser Umstand zeigt, daß dies große Kunstwerk nicht von dem Gott des Evangelium, sondern von dem des Koran inspirirt ist. Auch dessen Moral breitet sich mehr aus und frapirt uns mehr durch Fernwirkung, als daß sie zur Höhe erhebt und strebt.

Überall begegnet man bemerkenswerthen Einzelheiten. Die Kammer des Sultans, die in eine besondere Thür

Die mitgetheilten Procentsätze sind nun nach zwei Richtungen kennzeichnend: nicht bloß für die wirtschaftliche Entwicklung Nordamerikas, sondern auch für die sozialen Aenderungen, die in Europa vor sich gehen. Für Amerika beweist das die Entwicklung von Industrie und Handel, für Europa aber das relative Zurückgehen der landwirtschaftlichen Erwerbsthätigkeit. Wir wollen das letztere besonders auf Grund der deutschen Zahlen nachweisen.

Die deutsche Auswanderung hat bekanntlich in der zweiten Hälfte der 70er Jahre bedeutend abgenommen. Aber schon mit dem Jahre 1880 beginnt wieder eine sehr starke Auswanderung. 1880 bis 1871 betrug die deutsche Auswanderung durchschnittlich 90 900 Personen pro Jahr, sie sank in der Periode 1872/80 auf 72 500, betrug aber in dem Jahrzehnt 1881/90 im Jahresdurchschnitt 180 760 Personen. Trotz dieser hohen Zahlen hat sich die Zusammensetzung der Auswanderung, wie oben angegeben, geändert. Woher rührt das? Nehmen jetzt andere Landestheile, andere wirtschaftliche Gebiete des Deutschen Reichs an der Auswanderung größeren Antheil? Keineswegs. Die Vertheilung der Auswanderer auf die einzelnen Gegenden hat sich nicht wesentlich verschoben. Aber innerhalb jeder einzelnen Gegend hat sich eben die gleiche Umwandlung in der beruflichen Zusammensetzung der Auswanderer vollzogen, wie im Reich überhaupt.

Unter 100 Auswanderern über Hamburg entfielen auf den Beruf „Landwirtschaft“:

Perioden	Preußen	Bayern	Württemberg	Weide Mecklenburg	Das Reich im ganzen
1871/74	35,47	24,57	22,98	58,21	34,34
1875/79	27,77	18,90	15,94	34,25	24,70
1880/84	20,42	16,47	19,90	47,50	20,31
1885/89	16,67	13,21	16,22	33,73	15,95
1890/92	14,54	11,81	14,37	38,87	14,08
1893/94	13,81	8,28	10,57	29,32	11,84

Überall das gleiche Ergebnis: eine Abnahme des Procentsatzes der ländlichen Arbeiter unter den Auswanderern. Dennoch ist es noch immer das platte Land, das die meiste Auswandererzahl giebt. Das weist deutlich darauf hin, daß eine Wandlung in der beruflichen Zusammensetzung der Landbevölkerung vor sich gegangen ist. Der Auswanderer ist nicht mehr der Bauer, der seinen Wohnort wechselt, es ist der proletarische Bauer, der eine industrielle Verwendung sucht und, weil er sie zu Hause nicht findet, die weite Reise über den Ocean nach einem fremden Lande wagt.

Man hemmt durch Brodvertheuerung und Verbrauchssteuern überhaupt die Entwicklung der deutschen Industrie. Und was ist die Folge davon? Statt deutscher Waaren werden deutsche Arbeiter nach den bekannten Stapelplätzen des überseeischen Marktes verschifft. Was Wunder, daß sich in jenen Ländern, vor allem in den Vereinigten Staaten, eine selbständige Industrie entwickelt? Man sucht sich der amerikanischen Getreidekonkurrenz zu erwehren, die das Kapital selbst verschuldet hat, und so wächst die industrielle Konkurrenz Amerikas heran. Diese Konkurrenz macht sich schon recht fühlbar. Sie muß zum Zusammenbruch der kapitalistischen Produktionsweise führen.

Politische Ueberblick.

Berlin, 8. April.

Die Wirren im Centrum. Die gestern von uns erwähnte anonyme Zuschrift in der „Deutschen Reichszeitung“, in der verschiedene Centrumsführer eines reaktionären, agrarischen Komplotts zur Sprengung der Centrumspartei bezichtigt werden, hat verschiedene Entgegnungen der Angegriffenen in den Parteizeitungen herbeigeführt. Am ausführlichsten antwortet Dr. Porzsch, der mündet, ist von mit Bildschnitzereien bedeckten Holzwänden hergestellt; auch das Thor macht mit seinen ausgearbeiteten Füllungen eine glückliche Wirkung. Auch die Mihrab, die Mecca anzeigt, eine von Marmor gemauerte, gemalte und vergoldete Nische, ist von ausgezeichnetem Styl und Wirkung. Der mittlere Thür gegenüber erhebt sich links und rechts an der anderen Seite des Hofes der Minaret. Wir stiegen seine Hundertneunundzwanzig Stufen hinauf.

Von oben erscheint Karuan zu unseren Füßen wie ein Schachbrett von Gipstrassen, aus denen überall die großen blendenden Kuppeln der Moscheen und Kubbas vorspringen. Während nahe den Mauern hier und da grüne Flecke von Raketen erscheinen, ist weiter herum, so weit das Auge sehen kann, endlose, gelbe Wüste. Dieser Horizont ist unendlich traurig und öde und beängstigender als die Sahara selbst. Wie es scheint, war Karuan früher viel größer; man führt noch die Namen der verschwundenen Stadttheile auf.

Außerhalb der Stadt in der Entfernung von kaum einem Kilometer zieht die Baita, die Moschee des Sidi-Sabal (des Barbi oder des Propheten) den Blick auf sich, und wir machen uns auf den Weg sie zu besuchen. Abweichend von Djama-Rebir ist sie in keiner Weise imposant. Aber sie ist die zierlichste, bunteste und toletteste Moschee, die ich je gesehen; und das vollkommenste Muster der dekorativen Kunst der Araber. Eine Treppe von Fayence von herrlicher Zeichnung führt auf einen kleinen gepflasterten mit ähnlichen Fayencen verzierten Vorhof. Dieser ist von einem Kreuzgewölbe in Dufelsenform und römischen Säulen getragen und macht, wenn man bei Sonnenschein eintritt, den blendenden Effekt eines vergoldeten Vorhanges, der über andere wunderbare Fayencen mozt, mit denen alle Mauern bedeckt sind; endlich ein weiter eingeschlossener viereckiger Hof, ebenfalls von prachtvollen, glänzenden Fayencen und von einer unglaublichen Mannigfaltigkeit zarter Arabesken. Er führt in das Santharium, das das Grab des Sidi-Sabal umschließt, des Gefährten und Barbier des Propheten, von dem er drei Wirthare bis zu seinem Tode auf seiner Brust bewahrte. Dieses Heiligthum, verziert mit regelmäßigen Zeichnungen in weißem und schwarzem Marmor, auf dem sich Inschriften hinziehen und das voll dicker Teppiche und Fahnen ist, gefiel mir weniger, als die beiden unvergesslichen Höfe, durch die man zu ihm gelangt. Beim Weitergehen durchschritten wir einen dritten Hof, in dem sich junge Leute aufhielten. Es war eine Art muslimänisches Seminar, eine Schule des Fanatismus. Alle diese Ordenshäuser der Janias, mit denen der islamitische Boden bedeckt ist, sind sozusagen die Eier der unzähligen Orden und Bruderschaften, in die die einzelnen Sektoren der Gläubigen sich theilen.

(Fortsetzung folgt.)

rundweg für sich wie die anderen die ihnen zugeschobene Absicht bestreitet und den Anonymus auffordert, mit seinem „reichlichen Material“ hervorzutreten. Die Aufforderung läßt darauf schließen, daß Dr. Porzsch hinter dem Anonymus eine in der Centrumspartei angelegene Persönlichkeit vermuthet. Dr. Porzsch macht, um die Unzuverlässigkeit seines Angreifers zu kennzeichnen, darauf aufmerksam, daß der Fürstbischof Kopp von Breslau, der angeblich in Rom „weilt“, um den Papst für den reaktionären Plan zu gewinnen, bereits am 14. März nach Breslau zurückgekehrt sei. Unter den übrigen Zuschriften ist die des Fürsten v. Löwenstein bemerkenswerth, der zwar erklärt, er müsse „reife Ironie“ sein, wenn er die Sprengung des Centrum und die Wiedererneuerung geburtsständischer Vertretungen anstreben wollte, der aber dann in Vertheidigung der Bestrebungen des agrarischen Freiherren von Los schreibt:

„Daron von Los erkennt in der berufsgenossenschaftlichen Reorganisation das Heil- und Rettungsmittel wie der Gesellschaft im allgemeinen, so auch des bäuerlichen Standes. Er befindet sich hierbei im Einklang mit den Lehren Leo XIII. und mit der Ueberzeugung fast aller christlichen Sozialpolitiker. Nicht diese Bestrebungen des Freiherren von Los werden verhängnißvoll für das Centrum; verhängnißvoll wäre nur, wenn das Centrum sich diesen Anschauungen verschließen oder gar entgegenwirken würde, und wenn es abweichend von den Normen, die es sich selbst in dem Programm bei seiner Konstituierung 1871 gegeben hat, die libertas in dubiis (Freiheit in zweifelhaften Dingen) seinen Mitgliedern nicht gestatten wollte! — Gott sei Dank besteht aber hierfür keine Gefahr; noch vor wenigen Tagen erhielt ich aus sicherster Quelle die kategorische, beruhigende Versicherung, daß sowohl das ideale Ziel berufsgenossenschaftlicher Organisation der Gesellschaft, als auch die im Punkt 3 des Programms vom Jahre 1871 gewährleistete Freiheit von dem ganzen Centrum jetzt (seit 3 Jahren wieder) hochgehalten werden und auch ferner als Grundzüge werden gewahrt und befolgt werden.“

Durch diese Mittheilung des Fürsten Löwenstein gewinnt der Streit ein ganz neues Gesicht. Die ihm gemordene „beruhigendste Versicherung“, daß der Punkt 3 des Parteiprogramms jetzt wieder hochgehalten werden solle, läßt sich nur so verstehen, daß das Agrarierthum fortan in der Centrumspartei genau so freien Spielraum haben soll, wie es ihn sich in der nationalliberalen Partei gesichert hat. Also der „feste Thurm“ erweicht sich zu der Mollkuchenstruktur, die das Charakteristikum aller Mittelparteien ist. Im Lichte dieser Löwenstein'schen Erklärung erscheint nun aber auch die Enthüllung des Anonymus als ein letzter Versuch der demokratischen Elemente der Partei, den Agrariern in letzter Stunde noch das Spiel zu verderben. Es wird sich ja zeigen, wie weit sie noch das Heft in der Hand haben. Zunächst muß, auch wenn der Anonymus nichts weiter verlaunet läßt — die „Kölnische Volkszeitung“ das Wort nehmen da die vom Fürsten Löwenstein behauptete Stellungnahme der Parteileitung der von dem rheinischen Organ der Centrumsdemokratie gegenüber dem Freiherren von Los und den Agrariern eingeschlagene Politik direkt widerstreitet. Also: „Was steckt dahinter?“ muß man mit der „Deutschen Reichszeitung“ fragen.

Im Zwist Stöcker-Krause haben sich beide Kämpen, der Popprediger a. D. und der Oberst z. D., nun bereits wiederholt gegenseitig der Wahrheitswidrigkeit bezichtigt, in langathmigen Erklärungen natürlich. Wir wagen den Streit nicht zu entscheiden. Es kann ja sein, daß sie beide recht haben. Wahrhaft gerührt hat uns aber die in der heutigen Erklärung des Obersten v. Krause in der „Kreuzzeitung“ enthaltene Versicherung: „Nur ein Offizier kann zu einer richtigen Erkenntniß gelangen.“ Gewiß kann er das! Es kommt nur leider nicht häufig vor. Dazu ist er meist zu sehr in Standesvorurtheile und Klasseninteressen eingewickelt. Und uns will bedünken, daß der Oberst z. D. ebenso auf einen Holzweg gerathen ist wie der Herr Popprediger a. D. Indeß, wer weiß, vielleicht kommt er noch einmal zur richtigen Erkenntniß. Nur nicht den Muth verlieren!

Kindler II. ärgert sich wieder einmal, daß die Sozialdemokratie von der Presse nicht todgeschwiegen wird. Aber warum sängt Kindler nicht bei sich selbst an? Wenn er uns todtschweigt, so wird kein Mensch das bemerken. Daß die übrige Presse uns nicht todtschweigt, dafür sorgen wir. Ein guter Beitschenhieb bringt auch den maulfaulsten Röder zum „Schreien“.

Die Petersgesellschaft verfolgt den alten Schwindlerkniff, durch lautes Geschrei den Glauben der Unschuld zu wecken und die Ankläger einschüchtern zu wollen. Wir erwähnten bereits der Lügenpeterei des Schienenflicker-Organs, das von Bebel behauptete, er habe das Material gegen den afrikanischen Mädchenmörder schon voriges Jahr gehabt und aus unlauteren Beweggründen damit zurückgehalten. Bei dieser Behauptung verblieb das saubere Blatt, obgleich es dadurch nur verrieth, daß seine eigenen Hintermänner schon seit länger als Jahresfrist auch diese Infamie ihres Patrons gefannt haben.

Jetzt nun, nachdem wir der Petersgesellschaft alle Auswege verannt hatten, greift sie zu einer neuen Diebeslist und behauptet, wir hätten auf Drängen des Schienenflicker-Organs „einträumen müssen“, daß die Partei schon voriges Jahr das Material gegen Peters gefannt habe, — nur sei es in Vollmar's und nicht in Bebel's Besitz gewesen.

Nun, wer hat denn das jemals bestritten? Umgekehrt sind gerade wir es gewesen, die von Anfang an sagten, alles in Frage kommende Material sei alt und den Eingeweichten längst bekannt.

Zu den Eingeweichten gehört aber in erster Linie die nationalliberale Schienenflicker-Gesellschaft, die seit Jahren von allen Schurkereien und Schandthaten des Peters Kenntniß hatte, und denselben trotzdem — wo nicht deswegen — zu einem deutschen Nationalheiligen zu machen bemüht war.

Die Lügenpeterei-Gesellschaft war glücklicherweise nicht in der Lage, das Geheimniß hermetisch zu verschließen. Es giebt doch auch anständige Leute unter den Kolonialmenschen, und so gelangte unsere Partei allmählig in den Besitz des Materials.

Am denen um Peters einige angenehme Stunden zu bereiten, sei hier verrathen, daß Bebel nicht alles Pulver verschossen hat, daß wir fortwährend in den Besitz neuen Materials kommen; und daß wir den Mädchenmörder und seinen Gönnern und Helfershelfern nächstens wieder Gelegenheit geben werden, sich im Spiegel zu betrachten und über neue indiskrete Enthüllung der

schönen Petersseele sich in sittliche Enttäuschung hineinzuarbeiten. Also aufgepaßt: Die Nilpferdpeitsche ist erloben! —

Islam und Kreuz. Unser gestriger Leitartikel hat doppeltes Weh gehabt. Zunächst ist er das Opfer der Freitagstimmung geworden. Im letzten Satz hat nämlich der Drucksetzer den Satz, den das Osterfest fromm gemacht zu haben scheint, durch Weglassung des Wörtchens „nicht“ dem Christenthum den Sieg gegeben über den Muhammedanismus. Und zweitens hat der Artikel dem heiligen „Reichsbote“ das Weh- und Denkvermögen derartig erschüttert, daß eine dauernde Gesundheits- und Seelenstörung zu befürchten steht. Unser — allerdings unfreiwilliges — Lob des Christenthums ist von dem zu blinder Wuth ergrimmten Kollegen gar nicht bemerkt worden, was an sich schon, wie jeder Ironiker bezeugen kann, ein höchst bedenkliches Symptom ist und auf eine bereits weitfortgeschrittene Hirnlähmung schließen läßt. Es würde uns wirklich leid thun, wenn ein christlicher Mitmensch, der uns schon so oft erheitert hat, einem so traurigen Schicksal verfallen müßte. Hoffentlich ist für gute ärztliche Hilfe gesorgt.

Zum Prozeß Auer und Genossen macht sich irgend ein Reporter den Spaß, jede Woche eine Notiz, die natürlich falsch ist, in die Presse zu lanciren. Jetzt berichtet dieser Herr wieder, daß der Prozeß unter der Firma Hingze und Genossen am 28. April vor der 182. Abtheilung des Schöffengerichts am Amtsgericht I zur Verhandlung komme. In Wirklichkeit ist den Angeklagten von einem Termin noch nichts bekannt; der Prozeß findet außerdem vor dem Landgericht statt, und zwar unter der Firma Auer und Genossen.

Lügen über die Kommune. Wenn die reaktionäre Presse die alten, tausendmal widerlegten Lügen über die Pariser Kommune von neuem herkauft, so finden wir das natürlich und nehmen keine Notiz davon. Anders wenn ein anständiges Blatt, wie die „Breslauer Morgenzeitung“ sich zur Aufrechterhaltung dieser Lügen mißbrauchen läßt. Herr Hans Wachenhusen ist es, der in den Spalten dieses Blattes seinen Quard aus dem Jahre 1871, der durch die Ablagerung nicht besser geworden ist, dem Publikum abermals aufsticht. Er redet da von der „Entsittlichung des französischen Volkes“, von „Raub und Plünderung“, von „Ferry dem Bluthund“, von „Paris in Flammen“ und ähnlichen Hintertreppen-Roman-Greueln. Herr Wachenhusen hatte seinerzeit den Ruf eines liberalen, sogar demokratischen Schriftstellers. Diesen Ruf hat er allerdings 1870/71 verscherzt; wir hatten indeß gedacht, er sei gleich anderen wieder einigermaßen zur Vernunft gekommen. Es war dies ein Irrthum, wie das Feuilleton der „Breslauer Morgenzeitung“ beweist. Herr Wachenhusen schrieb 1871 a b, was er in der verworfensten Bourgeoispreffe über die Kommune gelesen hatte, und weil er vor 1870 eine zeitlang in Paris gewesen war, mußte er sich den Ansehen zu geben, als habe er selbst gesehen und erlebt, was er erzählte. Herr Wachenhusen hat aber nur anderen nachgesehen. Und jetzt veranstaltet er eine zweite Auflage der alten Lügen. Wir wollen zu seinen Gunsten annehmen, er sei ein Opfer seiner Leichtgläubigkeit; und wir rathen ihm Lissagaray's Geschichte der Kommune zu lesen. Dann wird Herr Wachenhusen sich überzeugen, daß das französische Volk, so weit die Kommune ins Spiel kommt, einen sittlichen Adel bewiesen hat, wie er in der Geschichte nur selten verzeichnet ist. Er wird sich überzeugen, daß „Raub und Plünderung“ unter der Kommune aufgehört haben; daß „Ferry der Bluthund“ in zwei Sitzungen der Kommune den Antrag auf Repressalien, d. h. auf Beantwortung der Verfaulter Bluthaten durch Erschießung von Geiseln bekämpft hat, und daß „Paris in Flammen“ thatsächlich weit weniger beschädigt war, als das von den deutschen Brüdern beschossene und eroberte Straßburg. Kurz, Herr Hans Wachenhusen wird dann finden, daß er sich hat anlügen lassen und daß er die Unwahrheit gesagt hat.

Nimmt er nicht zurück, was er geschrieben, so ist er ein Lügner.

Der neueste italienische „Sieg“, über den von Chauvinisten schon laut gekräht wurde, war nicht bloß ein sehr windiger Sieg, sondern eine positive Niederlage. Die neuesten Depeschen lauten:

Massauah, 5. April. Bei dem Angriff auf die besetzte Stellung der Derwische bei Zukrus durch die Kolonne des Oberst Stevani am 3. ds. Mts. betrug die italienischen Verluste an Offizieren vier Lieutenants todt, darunter Bartini, welcher an der Vertheidigung Natalas's theilgenommen hat und trotz seiner in der Schlacht bei Adua erhaltenen und noch nicht völlig geheilten Wunde darauf bestanden hatte, wieder Dienst zu thun. Verwundet wurden ein Hauptmann und fünf Lieutenants. Die eingeborenen Truppen hatten einen Verlust von etwa 300 Mann an Todten und Verwundeten.

Nach dem Siege am 2. d. M. ging Oberst Stevani nach Kassala zurück; die Derwische hatten sich in die Wälder und die Verschanzungen von Zukrus geflüchtet. Oberst Stevani ließ am Morgen des 3. d. M. die Karawane abgeben und unternahm dann eine Reconnoissance in der Richtung auf Zukrus; er griff die Derwische in den Wäldern und den Verschanzungen an, welche er auch theilweise besetzte, es gelang ihm aber nicht, alle Streitkräfte der Derwische aus ihren Stellungen zu werfen. Hierauf ging Stevani in voller Ordnung nach Kassala zurück und meldete General Baldissera, er habe die Absicht, am nächsten Morgen den Angriff zu erneuern, da er sich stark genug fühle; General Baldissera aber untersagte den Angriff mit Rücksicht auf die allgemeine Lage und befahl Stevani, sich mit seinen Truppen nach Agordat zurückzuziehen. Stevani ist zur Zeit auf dem Wege nach Agordat.

Au diesen Telegrammen ist zunächst bemerkenswerth, daß die Nachricht von Kassala nach Massauah zwei Tage, und die von Massauah zu uns ebenfalls zwei Tage, zusammen vier Tage gebracht hat. Die Verbindungen der Italiener sind also sehr schlecht.

Die Telegramme selbst geben die neue Niederlage ziemlich unverblümt zu. Daß die Verluste der Italiener an Mannschafft verschwiegen werden, beweist, daß sie schwer waren, wofür auch die großen Verluste der Eingeborenen-Hilfsstruppen sprechen.

Die „siegreiche“ Schlacht von Zukrus sieht offenbar auf gleicher Stufe mit dem „ruhmvollen“ — Verlust von Natala.

Deutsches Reich.

— Ueber den Schluß der preussischen Landtags-Session haben, wie man den „Berliner Neuesten Nachrichten“ schreibt, innerhalb der Staatsregierung Erwägungen

staltgefunden. Danach ist man in den leitenden Kreisen der Überzeugung, daß vor Pfingsten der Abschluß der Arbeiten nicht erwartet werden kann. Mitte April steht die zweite Berathung des Lehrerbefordungs-Gesetzes auf der Tagesordnung; dieselbe wird voraussichtlich vier Tage in Anspruch nehmen. Wenn dann noch die dritte Berathung dieses Entwurfs vor Ende April erledigt wird, so steht doch noch seine Durchberathung im Herrenhause aus. Dort wird sie ebenfalls zu längeren eingehenden Verhandlungen führen, da die Vertreter der Städte hauptsächlich eine ernsthafte Opposition eröffnen werden. Doch kann die Annahme des Gesetzes bei der Stellung der Majorität des Herrenhauses dazu als gesichert angesehen werden. Ausgeschlossen ist indessen nicht, daß die Vorlage einige Abänderungen erfährt und deshalb nochmals an das Abgeordnetenhaus zurückgehen muß. Schon in diesem Falle müßte die Session über Pfingsten hinaus verlängert werden. Es sollen von Kammervorlagen und zahlreichen Berichten über Petitionen abgesehen, noch beraten werden das Gesetz über die Erbauung und Subventionierung von Klein-Eisenbahnen und Getreidelagerhäusern, das Auerrecht bei Renten- und Anstaltungsgütern, das Handelskammer-Gesetz; ferner liegen dem Abgeordnetenhaus noch 8 Initiativentwürfe vor. Dazu kommt noch, abgesehen von den unvermeidlichen agrarischen Interpellationen, das sogenannte Vessforengesetz, welches wahrscheinlich an eine Kommission verwiesen wird und dort zu langandauernden Beratungen führen wird. Auch dieser Entwurf muß noch durch beide Häuser des Landtags gehen und alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß die Session bis in den Juni hinein andauert, falls anders noch Pfingsten noch auf beschlußfähige Häuser zu rechnen sein sollte.

Ein Verzeichnis der unerledigten Vorlagen, der wir einige der vorliegenden Mittheilungen entnommen haben, ist soeben zur Vertheilung gelangt.

Zur Organisation des Handwerks. Die „N. A. Ztg.“ widerspricht der Meldung, daß der Gesetzentwurf über die Organisation des Handwerks das Staatsministerium schon in seiner letzten Sitzung beschäftigt habe. Die Vorlage sei dem Staatsministerium noch nicht zugegangen. Nach der „Militär-Politischen Korrespondenz“ werden auch die freiwilligen Organisationen in der Zwangsorganisation zugelassen werden. Es sind in dieser Angelegenheit noch neuerdings die Ansichten hervorragender Mitglieder des Berliner Zentral-Zunfts-Ausschusses eingeholt worden. Es wurden gleichzeitig auch die Fragen des Fortbestehens der Innungs-Gesellen-Klassen, sowie der Schiedsgerichte gestreift und von den Handwerkern auf deren Erhaltung hingewirkt.

Gegen das beabsichtigte Verbot des Detailreisens ist seitens der Berliner Uniform-, Militär- und Herrenmodenbranche eine Agitation eingeleitet. Das damit betraute Komitee hat, wie in einer Versammlung im Hotel Saxonica am Dienstag bekannt gegeben wurde, sich mit etwa 30 deutschen Städten in Verbindung gesetzt, Fragebogen (5000) verandt und bereits eine größere Zahl Protestzusammennungen, auch seitens verschiedener Handelskammern erhalten. In der Debatte wurde allseitig betont, daß die Vorlage, falls sie Gesetz würde, nicht den Mittelstand heben, sondern aufs empfindlichste schädigen würde. Konsument, Arbeiter, Geschäftsmann und Eisenbahnverwaltung würden gleichermaßen betroffen werden. Gesetzesgehungen, Denunziationen und unzählige Strafprozesse die Folge sein. Sollte das Verbot des Detailreisens wirklich zum Gesetz erhoben werden, müsse wenigstens den hier in betracht kommenden Branchen dieselbe Vergünstigung, wie der Wäschefabrikation gewährt werden. Um das zu erreichen, sollen sämtliche Reichstags-Abgeordnete mündlich und außerdem durch eine gedruckte Denkschrift über die Tragweite der geplanten Aenderung aufgeklärt und, um die öffentliche Meinung zu gewinnen, Volksversammlungen einberufen werden. Für Berlin findet eine solche am 15. d. M. in der Tonhalle, Friedrichstraße, mit der Tagesordnung statt: „Wird dem Mittelstande und der arbeitenden Bevölkerung durch das Detailreisen genützt oder geschadet?“ Abgeordnete aller Parteien sollen ihr Erscheinen zugesagt haben.

Ein christlich-sozialer Parteitag für den Norden und Osten des Reiches tagt gegenwärtig. Es sind 80 Delegirte anwesend. Vorprediger a. D. Stöder führt den Vortritt in Berlin.

Die Verhandlungen waren streng vertraulich. Vor Eintritt der Mittagspause waren folgende Beschlüsse gefaßt: „Der Parteitag beschließt, daß die christlich-soziale Agitation in erster Linie in den Städten ihre bisher ruhende Thätigkeit aufnehmen und mit geeigneten, den lokalen Verhältnissen entsprechenden Mitteln ihre Ziele zu fördern hat: Arbeiterfrage, Handwerkerfrage und Frauenfrage sind zunächst dem allgemeinen Verständniß in christlich-sozialem Sinne nahe zu bringen und dahin zu wirken, daß staatliche und kommunale Institutionen den Forderungen der verschiedenen sozialen in besonderer Noth und Gefahr stehenden Volksgruppen gerecht werden.“ Der Parteitag spricht Herrn Vorprediger a. D. Stöder, dem hochverehrten und geliebten Vorkämpfer, in dankbarer Anerkennung seiner ungebogenen Festigkeit gegenüber auch seinen neuen Gegnern aus dem konservativen Lager das unbegrenzte Vertrauen aus und gelobt, seiner Fahne in unerschütterlicher Treue Folge zu leisten. Die Annahme der Resolutionen erfolgte einstimmig.

Das Prädikat „Herr“ will der Sublimier-Landrat Prinz Karl von Ratibor nach der amtlichen Bekanntmachung im Kreisblatt nur gewissen Kategorien von Personen beilegen. Der Bauer, der Förster und der Lehrer sind danach keine „Herren“, während dem Amtsvorsteher und dem praktischen Arzt dieses Prädikat zugesprochen ist.

Recht so! Dem Bauern, dem Förster und dem Lehrer muß überhaupt noch auf schärfere Weise eingehaucht werden, daß sie nur untergeordnete Mitglieder des Klassenstaats sind. Bisher haben sie sich etwas schwer von Begriffen gezeigt. Vielleicht verhilft ihnen die Methode des Prinzen Ratibor zur Erkenntniß.

Eine brüderliche Empfehlung. Ein Bruder des Regierungsraths Polomski in Breslau, Robert Polomski, offerirt den königlichen Betriebsinspektionen eine Reihe von Artikeln, welche bei der Bahnunterhaltung und bei sonstigen Bauarbeiten gebraucht werden. Dieser Offerte des Robert Polomski ist beigelegt eine der „Freisinnigen Zeitung“ im Original vorliegende Visitenkarte. Dieselbe hat folgenden Inhalt: „Regierungsrath Polomski, Mitglied der königlichen Eisenbahndirektion, Breslau, den 20. März 1896, erlaubt sich, seinen Bruder bestens zu empfehlen.“

Das in Ungarn und weit hinten in der Türkei solche Fälle vorkommen, ist allgemein bekannt. Wir möchten gerne wissen, ob der hier angeführte Fall ein vollkommen vereinzelter in Preußen ist.

Aus Köln wird der „Vossischen Zeitung“ telegraphisch gemeldet: Eine von Gewerbetreibenden aus zahlreichen Städten des Rheinlands statt besuchte Versammlung beschloß energischen Einspruch gegen die in zweiter Lesung bereits angenommene Bestimmung der Gewerbe-Ordnungs-Novelle, betreffend das Verbot des Detailreisens, zu erheben und eine Deputation nach Berlin zu entsenden, die mit den einzelnen Fraktionen in Beziehungen treten soll. Von zwei in der Versammlung anwesenden Zentrums-Abgeordneten, Trimborn und Fuchs, trat letzterer entschieden gegen die Vorlage ein, während Trimborn keine bindenden Versprechungen gab. In den nächsten Tagen sollen auch in anderen preussischen Provinzen große Einspruchsversammlungen stattfinden.

Selbst in dieser Frage also spaltet sich die Zentrumsvertretung.

Die Beamtenchre unterscheidet sich bekanntlich mannigfaltig von der gewöhnlichen Menschenchre. Welche Auffassung von der Ehre noch vielfach in den Kreisen der Richter und Staatsanwälte umgeht, ergiebt ein soeben veröffentlichtes Urtheil des Ehrengerichtshofs für deutsche Rechtsanwälte vom 6. Februar v. J., von dem der „Frankfurter Zeitung“ mitgeteilt wird: „Ein Oberstaatsanwalt erhob gegen einen Rechtsanwalt die ehrengerichtliche Anklage, weil er „hinreichend verdächtig“ erweise: „die ihm als Rechtsanwalt obliegenden Pflichten dadurch verletzt zu haben, daß er in Ausübung seiner Berufsthätigkeit beim Eintritt in das Sitzungszimmer die Verhandlungen leitenden Amtsrichter absichtlich den Gruß verweigert und durch dieses Verhalten sich der Achtung nicht würdig gezeigt habe, die sein Beruf „fordert.“ Selbstverständlich lehnte das Ehrengericht (Vorstand der Anwaltskammer) die Eröffnung des Hauptverfahrens ab; auf Beschwerde des Oberstaatsanwalts ordnete aber der Strafsenat des Oberlandesgerichts die Eröffnung des Hauptverfahrens an und der beschuldigte Rechtsanwalt mußte sich nun von der Anklage dieser schweren Verletzung vom Ehrengericht freisprechen lassen. Auch hierbei beruhigte sich der Oberstaatsanwalt nicht; er legte vielmehr Berufung an den Ehrengerichtshof in Leipzig ein, die indes verworfen wurde. Diese Anklage ist für die bei Staatsanwälten und Richtern über die Stellung des Rechtsanwalts herrschende Auffassung noch viel charakteristischer, als der im Jahre 1884 vom Ehrengerichtshof entschiedene Fall, wo ein Rechtsanwalt der Verletzung seiner Berufspflichten angeklagt war, weil er den Landgerichts-Präsidenten seit längerer Zeit nicht mehr gegrüßt hatte. Der Ehrengerichtshof verneinte damals das Bestehen einer „staatlichen“ oder „amtlichen“ Pflicht des Rechtsanwalts, den Präsidenten oder andere Richter zu grüßen und betonte die Nothwendigkeit des „gegenseitigen Grüßens“ nur aus dem Gesichtspunkt der bestehenden gesellschaftlichen Formen. Inzwischen, also nach Ablauf von etwa zehn Jahren, ist bei Richtern und Staatsanwälten die Meinung herrschend geworden, daß ein Rechtsanwalt sich ehrengerichtlich strafbar mache, wenn er beim Eintritt in das Sitzungszimmer einen Amtsrichter nicht grüßt.“

Dieses energische Betreiben einer Abhebung des rechtswalklichen Grußgebots steht in auffälligem Gegensatz zu der Zurückhaltung der Staatsanwaltschaft in der gegen von uns erwähnten Angelegenheit des Richters Stenglein in Colmar.

Dresden, 6. April. Dem Hofrath Dr. Paul Mehnert, dem eifrigen Verfechter des neuen sächsischen Klassenwahlrechts, ist vom Kaiser der Kronenorden 3. Klasse verliehen worden!

Die braunschweigischen Welfen werden in der nächsten Zeit einen Parteitag in Blankenburg am Harz abhalten.

Die Militärverwaltung hat in Kornwestheim bei Ludwigsburg (Württ.) für 900 000 M. der besten Wecker angekauft, um den großen Exerzirplatz vergrößern zu können.

Ein erster oberelsässischer Katholikentag, der vom Volksverein für das katholische Deutschland veranstaltet wurde, hat am 6. April in Colmar (Elsaß) stattgefunden. Abgegeben von der üblichen gründlichen Vernichtung der Sozialdemokratie ist von diesem Tage nichts zu melden.

Frankreich.

Die unehelichen Kinder in Frankreich hatten bisher amtlich bloß Mütter, keine Väter. Nun werden diese auch zur Alimentation herangezogen. Die unehelichen Kinder können sogar ihre Eltern beerben. Dieses Gesetz ist seit Montag in kraft.

Belgien.

Brüssel, 8. April. Die meisten europäischen Staaten sowie Japan und Persien haben ihrer Btheiligung an der nächstjährigen Brüsseler Weltausstellung zugestimmt.

Holland.

Amsterdam, 8. April. Nach telegraphischen Nachrichten, welche das „Allgemeine Handelsblatt“ aus Batavia erhalten hat, haben die Operationen in Afschin ihren Anfang genommen. Die Regierung hat den Rücktritt des Generalmajors Deylerhoff, Zivil- und Militär-Gouverneur von Afschin, veröffentlicht; derselbe kehrt nach den Niederlanden zurück und wird vorläufig durch den Vizegouverneur für Afschin, van Langen, ersetzt. Diese Veränderung wird allgemein als Anzeichen dafür angesehen, daß die Regierung eine kräftige Politik gegen die Afschinesen befolgen wird. General Vetter ist gestern mit einem Bataillon in Afschin eingetroffen.

Die Operationsbasis der Holländer in Afschin bilden der Hafenplatz Oeleh und die Stadt Kotaraja auf der Nordspitze von Sumatra, welche nur wenige Kilometer auseinanderliegen und durch eine Eisenbahn verbunden sind. Im Halbkreis vor diesem Kern der holländischen Stellung zieht sich eine doppelte Linie von besetzten Posten hin, deren äußere von der inneren durch einen gänzlich rasirten Raum von 1 Kilometer Breite getrennt ist. Die äußeren Forts, 21 an der Zahl, sind aber alle von Afschinesen besetzt, und ihrer sind die Holländer jetzt nicht mehr sicher. Tulu Dajan oder Umar, wie er auch manchmal genannt wird, ein langer hagerer Mann zwischen 30 und 40 Jahren, bekennt sich äußerlich zum Muhammedanismus, in Wirklichkeit kümmert er sich nichts um dessen Lehren. Da er die Art der holländischen Kriegsführung ganz genau kennt, so dürfte seine Begabung eine ungewöhnlich schwierige Aufgabe bilden. Dem Kolonialmohel Hollands werden also in Afschin neue ungezählte Opfer gebracht werden.

England.

London, 6. April. Ohne Aussehen ist vor kurzem einer der irtischen Dynamitarden, welche im Zuchthause von Portland ihre Strafe abbüßen, in Freiheit gesetzt worden. Der jetzige Minister des Innern, Sir White Ridley will, wie die „Allg. engl. Corr.“ meint, thatsächlich einen nach dem andern freilassen, ohne sie förmlich zu begnadigen.

Italien.

Rom, 8. April. Die Aufklärungen, welche die italienische Regierung bezüglich der Entsendung der für Abyssinien bestimmten Abtheilung des Nothen Kreuzes aus St. Petersburg erwartete, sind gestern hier eingetroffen. Dieselben sind zufriedenstellend und schließen die Möglichkeit eines Schmuggels von Offizieren unter ärztlicher Maske aus. Gleichwohl dürfte der Abtheilung mit Rücksicht auf die Unsicherheit der Wege der Durchzug durch Galybräa nur unter bestimmten Voraussetzungen gestattet werden.

Rußland.

Die Voruntersuchung, welche eingeleitet wurde auf Anlaß des im „Bormwärts“ mitgetheilten Krawalls, den die beim Bau der sibirischen Eisenbahn in der Nähe des Dorfes Dunajewo beschäftigten chinesischen Arbeiter verursacht haben, ist jetzt abgeschlossen. Der Untersuchungsrichter, welcher sie leitete, ist zu dem Schlusse gekommen, daß auch gegen den höheren Eisenbahnbeamten Sacharow, welcher einigen Chinesen mit Schießwaffen Wunden beigebracht hat, ein Strafverfahren eingeleitet werden muß.

Die Bewegung in der Konfektions-Industrie.

Der Streik der Konfektionsarbeiter Stettin's ist am Dienstag in einer öffentlichen Versammlung für beendet erklärt. Der Berichterstatter der Lohnkommission gab einen Überblick über die Situation. Die Lohnkommission hätte sich in der letzten

Woche nochmals an den Verband der Konfektionäre gewandt mit dem Ersuchen, Vergleichsvorschläge zu machen.

Die gesammte Lohnkommission, auch deren Mitglieder, mit denen man früher nicht mehr verhandeln wollte, sei darauf von den Konfektionären zu einer gemeinschaftlichen Sitzung eingeladen worden. Die Konfektionäre hätten dort das Zugeständniß gemacht, einen Minimaltarif auf grund der bei der Firma S. Levin bestehenden Löhne einzuführen. Die Firmen hätten sich gegen Konventionalstrafe verpflichtet, nicht unter den Löhnen der Firma S. Levin zu zahlen. Dadurch würden eine Anzahl Firmen gezwungen, nicht unbedeutende Zulagen zu gewähren. Der Minimalpreis für das billigste Jaquet betrage danach beispielsweise 135 M.; außerdem hätten sich die Geschäfte verpflichtet, nicht an den höheren Löhnen zu rütteln, die am 1. Februar bestanden. Die Vereinigung der Konfektions-Großfirmen hätte mittlerweile einen schon vorher beschlossenen Aufruf veröffentlicht, des Inhalts, daß nach dem 10. April laut Beschluß der Vereinigung keine noch ausstehenden Schneider mehr beschäftigt würden. Ohne Rücksicht auf diese Bekanntmachung schlug die Lohnkommission folgende Resolution vor:

„An anbetracht des Angebots der Konfektionäre auf Festsetzung der Löhne nach unten und Garantie dafür, daß an den bis jetzt bestehenden höchsten Löhnen bei Verwirklichung einer Konventionalstrafe nicht zu rütteln ist, beschließt die Versammlung unter vollständiger Ausrückung des Inerats der Konfektionäre vom 5. d. M., den Streik unter den uns angebotenen Bedingungen beizulegen.“

Ferner erklären die Streikenden, fortab für eine weitere Stärkung unseres Verbandes einzutreten, damit wir zu günstigen Zeiten gerüstet dastehen. Etwasige Maßregelungen werden wir damit beantworten, daß wir es durch ausreichende Unterstüßungen möglich machen, daß sich die betreffenden Kollegen anderswo ansiedeln.“

In der Debatte wurde von mehreren Rednern lebhaft die Weiterführung des Streiks bestritten, weil die fähigsten Arbeiter sich noch geschlossen im Streik befinden und gewillt seien, die einmal aufgestellten Forderungen vollständig zu erkämpfen. Ein Antrag aus der Versammlung, über die Fortsetzung des Streiks per Stimmzettel abstimmen zu lassen und wenn mehr als ein Fünftel der Streikenden für Beendigung der Lohnbewegung sei, den Streik für beendet zu erklären, wurde angenommen. Von 191 abgegebenen Stimmen waren 42, also über ein Fünftel für Aufnahme der Arbeit zu den angebotenen Bedingungen. Infolgedessen ist der Streik beendet.

Die Stettiner Konfektionäre hatten ihre Halbtarigkeit gegen die Arbeiter bisher immer mit der Konkurrenz Berlins zu begründen gesucht, wo niedrigere Löhne als in Stettin gezahlt würden. Um zu ermitteln, ob das wahr ist, beziehentlich um für die Kommission für Arbeiterstatistik weiteres Material zu schaffen, wurde von der Regierung das Stettiner Gewerbegericht beauftragt, eine Erhebung über die Verhältnisse der dortigen Konfektion vorzunehmen. Das sollte durch Befragung von Konfektionären und Arbeiter geschehen. Das Stettiner Gewerbegericht hatte deshalb zum 4. April Einladungen ergehen lassen und den herangezogenen Industriellen dabei aufgegeben, sich bereits vorher aus ihren Büchern über folgende Fragen zu informieren und diesbezügliche Notizen zu machen: 1. Zahl der Arbeiter überhaupt; 2. Zahl der Zwischenmeister; 3. Zahl der in der Werkstätte, 4. Zahl der außerhalb der Werkstätte arbeitenden Personen; 5. Sind die Personen angemeldet: a) zur Krankenkasse, b) zur Invaliditäts- und Altersversicherung; 6. Die viele Ihrer Werkmeister, Zuschneider und Zwischenmeister verdienen mehr als 2000 M.? 7. Angabe der Löhne für ihre sämtlichen Fabrikate (Westen, Hosen, Stoffhosen u. s. w.); 8. Bestehen sich dieselben inkl. Zuthaten, eventuell welche Zuthaten müssen die Zwischenmeister liefern? Bei den Fragen unter 1-4 ist auch regelmäßig noch unterschieden zwischen männlichen und weiblichen Personen.

Die Mitglieder des Konfektionärverbandes haben es aber abgesehen, vor dem Gewerbegericht Auskunft zu geben, zu welchen Bedingungen sie ihre Waaren anfertigen lassen. „Wir begreifen dieses Verhalten vollkommen“, sagt der „Volksbote“, es ist eben ein peinliches Gefühl, der Unwahrheit überführt zu werden. Indessen wird durch die Enquete doch der beabsichtigte Zweck erreicht werden. Andere, nicht zum Verband gehörende Konfektionäre haben bereits ihre Aussagen gemacht, und was für Löhne von den Herren, welche dem Ringe angehören, gezahlt werden, wird durch Vernehmung von Arbeitern festgestellt. Wenn die Befragung den Konfektionären den Daumen auf's Auge drückt, so sind jene Herren selbst schuld daran. Wer so handelt, muß durch Gesetz gezwungen werden, und die Zeit dürfte nicht mehr fern sein, wo den Unternehmern die Errichtung von Betriebswerkstätten gesetzlich aufgezwungen wird. Hochmuth kommt vor dem Fall.“

Nach der „Ostsee-Zeitung“ haben sogar zahlreiche außerhalb des Verbandes stehende Konfektionsfirmen sich zur Auskunft bereit erklärt. Da die Lohnkommission der Aufforderung des Gewerbegerichts selbstverständlich bereitwillig nachgekommen ist und die Zwischenmeister ebenfalls die Eingabe unterstützen, so wird der Zweck der amtlichen Erhebung vollständig erreicht werden.

Die Fragen, die den Arbeitern und Arbeiterinnen vom Gewerbegericht vorgelegt werden, lauten: 1. Wo haben Sie zuletzt gearbeitet (fester Lohn oder Stücklohn)? 2. Welcher Art war Ihre Beschäftigung? 3. Wieviel betrug der feste Wochenlohn? 4. Wieviel betrug der Stücklohn, pro Stück? pro Duzend? 5. Welchen durchschnittlichen Wochenverdienst haben Sie erzielt? 6. Wie lange war die tägliche Arbeitszeit?

In Hamburg ist der Streik nun auch vollständig beendet, nachdem die Firma Oppenheim u. Kappolt sich zu einer Einigung verstanden hat. Gestern ist die Arbeit wieder aufgenommen worden. Bedauerlicherweise können nicht alle am Streik theilhaft gewesenen Arbeiterinnen sofort wieder eintreten, weil es der Firma gelungen war, einen großen Theil der Plätze anderweit zu besetzen. Ausgemacht ist aber, daß die am Streik theilhaft gewesenen Arbeiterinnen nach Bedarf berücksichtigt werden. Wir wollen wünschen, daß das Versprechen gehalten wird.

In Halle a. S. dagegen ist zwischen dem Konfektionär Serna u. den streikenden Arbeiterinnen noch immer keine Einigung zu Stande gekommen.

Partei-Nachrichten.

Bei der Gemeinderathswahl in Kupper im Kreis Landau in Schlesien siegte in der 3. Klasse zum ersten Mal ein öffentlich als Sozialdemokrat bekannter Kandidat, Genosse Mosig. Vivat sequens!

Die Parteigenossen in Laufen am Neckar haben durch jahrelange Kämpfe endlich erreicht, daß die Gemeindefolgegen das Schulgeld für die Volksschule aufhoben. Auch ihre Agitation gegen die Bürgerausnahmsgebühr war insofern von Erfolg, als diese Gebühr von 10 Mark auf 5 Mark herabgesetzt worden ist.

Die englische unabhängige Arbeiterpartei hat am 6. April in Nottingham ihren vierten Jahreskongreß eröffnet. Nach dem von Tom Mann erstatteten Jahresbericht zählt die Partei jetzt schon nicht weniger als 20 000 Mitglieder. 8000 öffentliche Versammlungen haben im letzten Jahre stattgefunden. In den Gemeindevorstellungen hat die Partei 4 Grafschaftsräthe, 35 Stadträthe, 89 Schulräthe, 13 Distrikträthe und 40 Wörträthe. Rev. Hardie, der Leiter der Partei, hielt eine längere Einleitungsrede, in der er für den nächsten Tag eintrat. Darauf wurde ein Antrag auf Bildung einer großen

sozialistischen Partei und Abhaltung eines britischen Sozialistenkongresses gestellt. Dieser solle für Großbritannien dasselbe besorgen, was der internationale Sozialistenkongress für die internationale Bewegung tut. Mit 52 gegen 24 Stimmen wurde schließlich die Abhaltung des Einigungskongresses beschlossen.

Totenliste der Partei. In Nürnberg ist wieder ein überaus maderer Kampfschiff, der Kammacher Karl Götter, dahin gegangen, von wannen keine Wiederkehr ist. Die „Frank. Tagespost“ widmet dem im 57. Lebensjahr stehenden Braven einen Nachruf, dem wir zur Anerkennung für die jüngere Generation den Parteinossen auch hier Raum gewähren. Götter, in Weihenfeld a. S. geboren, gehörte zu den Keilsteinen der alten Garde der Partei Nürnbergs. Nicht nur die Periode des nichtswürdigen Ausnahmegesetzes hat er mit durchgelämpft und dabei allezeit seine volle Schuldigkeit gethan, sowohl in den Wahlschlachten als auch namentlich, wenn es galt, einen Anschlag der damaligen Spitzelmeute zu nichte zu machen oder Unterstüßungs- und Agitationsbeiträge zu beschaffen oder ein Opfer der Verfolgungswuth in Sicherheit zu bringen, sondern auch jene Zeit vor dem Sozialistengesetz, in der die denkbar größten Anforderungen an jeden einzelnen Parteinossen gestellt wurden; wo ein paar Duzend Leute Tag für Tag mit Aufbietung aller Kräfte für die damals noch neuen Ideen gegen eine noch weit gefährlichere Gegnerschaft als sie heute ist, eintreten mußten, ohne Prehorgan, mit kärglichsten materiellen Mitteln ausgerüstet, wo die Agitation bei den Wahlen und zu deren Vorbereitung mit Schwierigkeiten verknüpft war, die man heute kaum mehr vom Hörensagen kennt. Unentwegt hat da allezeit Karl Götter seinen Mann gestellt. Und bis an sein Ende ist er thätig geblieben, und nicht bloß für die Partei allein, sondern ebenso für die Gewerkschafts- und für die freireligiöse Bewegung. Trozdem er selbst seine Subsistenzmittel in hartem Arbeitskamps erwerben mußte, hatte er doch immer auch einen Groschen übrig für noch Ärmere und sorgte getreulich für Anverwandte, denen es übel ging im Leben; er selbst ist unverehelicht geblieben. Dünn und dünner werden die Reihen derer unserer Parteinossen, die „von Anfang an dabei gewesen“, deshalb, Ihr jüngeren Genossen, schließt die Reihen!

Polizeiliches, Gerichtliches etc.
— Wegen einiger Notizen und Berichte über den Halle'schen Konfektionsarbeiterstreik wurde in Halle a. S. der verantwortliche Redakteur des „Volkssblatt“, Genosse Weichmann, zu 1 Woche Gefängnis verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte drei Monate beantragt.

— Eine Saalverweigerung war vom „Volkssblatt“ in Halle a. S., in folgender Form veröffentlicht worden: „Der Kunge in den Kaiserfäsen hat sein und gegebenes Wort schände gebrochen“ etc. Der damals verantwortliche Redakteur Franz Lehmann wurde des groben Unfugs angeklagt, vom Schöffengericht aber freigesprochen. Das Landgericht als Berufungsinstanz erkannte ebenso.

— Abgeblüht ist die Polizei in Magdeburg mit dem Verfuße, eine Tellerfammlung zu einer öffentlichen Kollekte zu stampeln. Der Maurer Gerchel war angeklagt worden, sich am 2. Dezember vorigen Jahres gegen die Polizeiverordnung vom 22. Mai 1890 dadurch vergangen zu haben, daß er in einer Versammlung der Maurer eine Tellerfammlung veranstaltete. Das Schöffengericht verurtheilte ihn auch. Er legte jedoch Berufung ein, und das Landgericht gab dieser statt. Das Urtheil lautet auf Freisprechung. Zwar habe, so lauteten die Gründe, das Gericht in der Tellerfammlung eine Kollekte erblickt, doch sei dem Vertheidiger darin beizutreten, daß die Kollekte nicht angeschrieben sei und daß es der Ausschreibung bedürft hätte, um zur Verurtheilung des Angeklagten zu gelangen. Die Kosten habe die Staatskasse zu tragen.

— Den Parteinossen Ludwig und Heinrich in Altona soll wegen Aufreizung zum Massenhaß der Prozeß gemacht werden; sie haben einige Exemplare der Märznummer des „Süddeutschen Postillon“ verbreitet beziehentlich verkauft — das ist das ganze „Vergehen“.

— Wegen eines geschichtlichen Vortrages über die deutschen Bauernkämpfe, wodurch er groben Unfug verübt haben soll, erhielt Genosse Manfred Wittich aus Leipzig von der Dresdener Polizeidirektion einen Strafbefehl, der auf 7 Tage Haft lautete. Er beantragte gerichtliche Entscheidung. Beim Schöffengericht kam er aber aus dem Regen in die Traufe, denn es erkannte auf 14 Tage Haft.

— Nach dem März-Gedenktage ist in der Volksbuchhandlung in Chemnitz erfolglos gehäusucht worden.

Gewerkschaftliches.

Achtung, Puker! Nachdem am Dienstag die von circa 2000 Pukern besuchte öffentliche Versammlung einstimmig beschlossen hat, daß auf allen Bauten, wo unsere Forderungen, welche den gesamteten Arbeitgebern zugestellt sind, nicht bewilligt wurden, von gestern ab die Arbeit ruhen sollte, ist nun der Ausstand definitiv eingetreten. Eine ganze Anzahl der besseren Bauergesellen hat unsere Forderungen bereits bewilligt, die große Mehrheit befindet sich noch in Unterhandlung, wobei der Schwerpunkt die Unterschrift ist. Eine Anzahl Unternehmer haben aber unsere Forderungen barsch zurückgewiesen und drohen, sich Puker von außerhalb kommen zu lassen, wobei sie namentlich auf Magdeburg reffektiven. Wir bitten deshalb alle auswärtigen Kollegen um solidarisches Verhalten. Die Berliner Kollegen, die mit den Unternehmern noch unterhandeln, fordern wir auf, etwaige Zugeständnisse sofort beim Bureau, Grenadierstraße 33, zu melden. Alle vom Ausstand betroffenen Kollegen haben sich in den Besitz einer Streiklegitimation zu sehen. Die Ausgabe derselben erfolgt täglich von morgens 9 bis abends 8 Uhr. Alle in Arbeit bleibenden Kollegen haben sich eine Arbeitsberechtigungskarte zu lösen; diese wird von 6—8 Uhr abends ausgegeben. Die Abstempelung der Streikarten findet der Kontrolle halber vormittags von 9—12 Uhr, nachmittags von 2—4 Uhr Grenadierstraße Nr. 33 statt. Die in Arbeit bleibenden Kollegen haben laut Versammlungsbeschlusse pro Arbeitstag 50 Pfennige zur Unterstüßung der Streikenden zu zahlen. Die ernannten Baudeputirten und vom Ausstand betroffenen Kollegen werden zu Freitag, den 10. April, nachmittags 2 Uhr, nach dem Lokal Grenadierstr. 33 eingeladen. Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht Die Streikkommission der Puker Berlins.

Die Arbeiterpresse wird gebeten, von unserer Lohnbewegung Notiz zu nehmen.

Die Arbeit niedergelegt haben in Berlin bei der Firma Friedrich, Reichenderstraße 4, sämtliche Form- und Gießerei-Arbeiter, und bei der Firma Biedle sämtliche mechanische Arbeiter. Der Vorstand des Berliner Metallarbeiter-Verbandes.

In der Mechanischen Schuhfabrik von Oppenheim in Berlin, Meyerbeerstr. 5, sind Differenzen ausgebrochen. Agitationskommission der Schuhmacher Berlins.

Zur Lohnbewegung der Berliner Maler. In den Werkstätten von Sobotta, Lange, Glaserstr. 13, sind unsere Tarifbedingungen nicht bewilligt worden. Der Malermeister Franz Oppermann, Königsbergerstr. 26—27, erklärt uns in einer Zuschrift: „Die mir von einem Theil meiner Gehilfen durch un wahre Vespiegelungen abgedrängte Unterschrift nehme ich hiermit zurück.“ Auf deutsch heißt das: Als bei Ausbruch des Streiks Herr Oppermann sich in einer riesigen Klemme befand, mußte er dem Druck der Gehilfen nachgeben; nach vier Wochen, wo ein kleiner Stillstand eingetreten, vermeint der Herr, seine Unterschrift zurückziehen zu können. Auch die Firma G. Marose,

Steglicherstraße 89, glaubt sich berufen, ihre uns gegebene Unterschrift wieder zurückziehen zu können. Die Kollegen, die bei diesen Firmen arbeiten, werden sicher nicht ermangeln, hieraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Wir ersuchen sie, sich auf dem Streikbureau, Neue Friedrichstr. 44, zu melden. Weiter ersuchen wir sämtliche übrigen Maler und Berufsgenossen um solidarisches Verhalten. Mit kollegialem Gruß Die Lohnkommission der Maler Berlins und Vororte.

An alle in der Leder- und Galanteriewaren-Branche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins! Kollegen! Endesunterzeichnete Kommission giebt hierdurch bekannt, daß sämtliche Briefe, Anfragen etc., Lohnbewegung betreffend, an Eugen Bräuner, Remelerstr. 58, vorn parterre, Geldsendungen dagegen an Höhe, Böckstr. 8, Quergebäude 3 Treppen zu richten sind. Die Lohnkommission der Leder- und Galanterie-Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins.

Nus Kottbus. Ueber die gegenwärtige Situation des Streiks ist uns zur Stunde, wo wir dies schreiben, noch kein Bericht zugegangen.

Die im Juli v. J. mit 60 Mitgliedern begründete Kottbuser Filiale des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes hat jetzt 2240 Mitglieder, darunter 4—500 Mädchen. Die Polizei hat das Mitgliederverzeichnis eingefordert. Man ist diesem Verlangen nachgegeben.

Der neuen, aus den Fabrikkommissionen gewählten Fünferkommission gehört auch ein Mitglied des katholischen Gesellenvereins an.

Tischlerbewegung. In Dortmund hatten vorige Woche in 29 Werkstätten 178 Tischlergehilfen ihre Forderungen eingereicht (Berklärung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung betreffend). Da die meisten Meister den Forderungen sympathisch gegenüberstehen, erscheint baldige Beilegung der Differenzen wahrscheinlich.

In Breslau haben sämtliche Möbelschneider der Hauswald'schen Möbelfabrik die Arbeit niedergelegt, weil der Inhaber der Firma, Herr E. Jäger, das Gesuch abschlug, den Werkführer Hahn zu entlassen.

In Leipzig haben, wie die Lohnkommission in der gestrigen Tischlerversammlung mittheilte, 28 Unternehmer (mit 277 Tischlergehilfen) die Forderungen glatt bewilligt. Dagegen haben 30 Unternehmer (mit 411 Gehilfen), einem von der Innung gefaßten Beschluß entsprechend, die 57 stündige statt der geforderten 56 stündigen Arbeitszeit und 8 pCt. statt der geforderten 10 pCt. Aufschlag für Doppelstühle bewilligt. Der Ausstand erstreckt sich deshalb nur auf einige Werkstätten. Eine weitere Tischlerversammlung wird zu den Vorschlägen der Innung Stellung nehmen; akzeptirt sie die Vorschläge, so dürfte die Lohnbewegung ohne Streik beendet werden.

Lohnbewegung im Baugewerbe. In Magdeburg ist in der Maurer- und Zimmerer-Bewegung eine Einigung vor dem Gewerbegericht als Einigungsamt zu stande gekommen. Die Abmachungen lauten nach der „Magdeburger Zeitung“ wie folgt: Arbeitszeit: Vom 1. bis 31. Oktober von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr abends, 8 1/2 bis 9 Uhr Frühstück, 12 bis 1 Uhr Mittag, kein Vesper, 8 1/2 Stunden Arbeitszeit. Vom 1. November bis 31. Januar von 8 Uhr morgens bis 4 1/2 Uhr nachmittags, 9 bis 9 1/2 Uhr Frühstück, 12 bis 1 Uhr Mittag, kein Vesper, 7 St. Arbeitszeit. Vom 1. bis 28. Februar von 7 1/2 Uhr morgens bis 5 Uhr abends, 9 bis 9 1/2 Uhr Frühstück, 12 bis 1 Uhr Mittag, kein Vesper, 8 St. Arbeitszeit. Vom 1. bis 31. März von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr abends, 8 1/2 bis 9 Uhr Frühstück, 12 bis 1 Uhr Mittag, kein Vesper, 8 1/2 St. Arbeitszeit. Vom 1. April bis 30. September von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, 8 bis 8 1/2 Uhr Frühstück, 12 bis 1 Uhr Mittag, 4 bis 4 1/2 Uhr Vesper, 10 Stunden Arbeitszeit. Während der Arbeitszeit von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends wird am Sonnabend um 1/2 Uhr Feiertag gemacht, an den Sonnabenden vor Ostern und Pfingsten um 4 Uhr ohne Lohnabzug, in letzteren Fällen fällt die Vesperpause aus. — Lohnsatz: Alle in den Tarif festgesetzten Arbeitsstunden werden mit 37 Pf. gelohnt. Ausgenommen sind Junggefelln und theilweise invalide Gesellen, bei denen eine freie Vereinbarung über den Lohnsatz zwischen Meister und Gesellen freisteht. Arbeit an Sonn- und Feiertagen soll mit 10 Pf. Aufschlag für die Stunde bezahlt werden. — Sonstige Vereinbarungen: Das Arbeitsverhältnis kann zu jeder Zeit gelöst werden, ohne vorherige Kündigung. Die Abrechnung erfolgt von Freitag zu Freitag, die Lohnzahlung erfolgt am Sonnabend. — Diese Abmachungen treten mit dem 18. April in kraft.

Die Maurer Dortmunds sind in den Streik getreten, weil die Meister sich weigern, den geforderten Stundenlohn von 38 und 40 Pf. auf das ganze Jahr zu bewilligen. Die Zimmerer werden, nach ordnungsmäßiger Kündigung, am 18. April die Arbeit einstellen, wenn die Meister bis dahin nicht nachgeben sollten.

Die Maurer Rassel's stehen in einer Bewegung um Einführung eines Tarifs, der neben anderen einen Stundenlohn von 40 Pf. vorschreibt. Acht Meister haben den Tarif sofort unterschrieben bewilligt. Die Innung hat sich betreffs zweier Punkte (40 Pf. Stundenlohn und heizbare Baubuden) noch nicht entschieden. Die Maurer haben ihr bis zum 9. April Frist gesetzt.

In der Lohnbewegung der Zimmerer Mannheims hat das Gewerbegericht als Einigungsamt einen Vergleich zu stande gebracht. Die Gesellen begnügten sich mit 38 Pf., anstatt der geforderten 40 Pf. Stundenlohn und die Meister nahmen die übrigen Forderungen mit unwesentlichen Veränderungen an. Dies Ergebnis ist erreicht worden, ohne daß es ernsthaft zum Kampfe gekommen wäre. Die Zimmermeister hatten mit der Thatsache zu rechnen, daß ihre Gesellen zu 33 pCt., also fast sämtlich dem Fachverein angehören. Die übrigen Bauhandwerker Mannheims stehen noch in der Lohnbewegung. Es sind dies Maurer, Schreiner, Schlosser, Maler, Läufer, Glaser, Gypser etc.

Die Zimmerer in Stuttgart haben am Dienstag die Arbeit niedergelegt. Circa 300 Zimmerer befinden sich im Ausstand.

Die Maurer Stuttgart's arbeiten jetzt nur noch zehn Stunden, doch ist an vielen Baustellen die zehnprozentige Lohnerhöhung für den Zeitausfall noch nicht eingeführt worden; an einigen Plätzen wurden kleinere Lohnzuschläge gewährt.

Die Zimmerer in Heilbronn haben den Streik für beendet erklärt, nachdem ihnen ein Stundenlohn von 34—36 Pfennigen und 25 pCt. Zuschlag bei gefährlichen Arbeiten bewilligt wurde.

Die Zimmerer in Ravensburg haben, bevor sie in den Streik eintraten, das dortige Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen.

In Magdeburg haben, wie die „Volkstimme“ meldet, die Steinmeyer ihre Forderungen von den meisten Unternehmern bewilligt bekommen.

Nus Bielefeld. Wie gestern kurz im Depeschentheil gemeldet wurde, beschlossen 2500 Arbeiter der Bielefelder Maschinenfabrik vorm. Dürkop u. Co., die sich mit der Anfertigung von Fahrträdern und Nähmaschinen beschäftigt, mit allen gegen 1 Stimme, die Arbeit niedergelegen. Die Forderungen, die sie stellen, sind: neunstündige Arbeitszeit, 13 prozentige Lohnerhöhung, Einführung eines Arbeiterauschusses, Abschaffung des Kolonnenführer-Systems, Vermeidung der Ueberstunden; Bezahlung derselben mit 50 pCt. Zuschlag und der Nacht- und Sonntagsarbeit mit 100 pCt. Zuschlag, Einführung von Lohnbüchern und Aushängen der Tarife, Unterlassung von Mahregelungen. Ob die Firma finanziell im stande ist, den Arbeitern entgegen zu kommen, ergibt sich aus dem letzten Geschäftsbericht. Die „Volkswacht“ theilt hierüber folgendes mit: Der Rohgewinn beträgt 1 035 235,64 M. gegen 735 718,26 M. im

Vorjahre, also fast 300 000 M. mehr. Nach einem Abzug von 53 288,06 M. gegen 34 975,58 M. im Vorjahre auf Bestreuer-Konto und Abschreibungen von 238 526,78 M. gegen 198 082,91 M. im Vorjahre bleibt ein effektiver Reingewinn von 745 882,85 M. gegen 519 070,30 M. im Vorjahre. Davon erhalten nun der Aufsichtsrath 2 Antiquitäten und die Beamten Gratifikationen in Höhe von 79 011,80 M., der Spezial-Reservefonds 150 000 M., der Unterstüßungs- und Pensionsfonds 15 000 M., der Neubaufonds 90 000 M. und dann bleiben noch immer 405 000 M. übrig, von welchen 18 pCt. Dividende bezahlt werden sollen. Wirklich ist dieser außerordentlich günstige Geschäftsbericht der unmittelbare Anlaß zur Lohnbewegung gewesen.

Die Kommission der Arbeiter hatte am Sonnabend eine Unterredung mit den Direktoren der Fabrik, wobei ihr gesagt wurde, man werde am Abend die Antwort schriftlich geben. Das geschah in Form eines an das Personal der Fabrik gerichteten Flugblattes, worin die Direktion betreffs der allgemeinen Lohnerhöhung um 15 pCt., der 50 prozentigen Erhöhung für Ueberstunden und 100 prozentigen Mehrzahlung für Nachtarbeit ausführte: „Da wir zur Zeit täglich 7500 Mark und mehr Lohn zahlen, würde eine solche Erhöhung täglich ca. 1200 Mark oder per Jahr rund 360 000 Mark betragen. Unsere Aktionäre würden also mit leeren Händen ausgehen, wenn wir diese Forderungen bewilligen wollten.“

Diese Angabe stimmt mit den 405 000 M. Dividenden, die diesmal nach überaus reichlichen Abschreibungen noch gezahlt werden können, nicht überein. Wenn Firmen, die so bedeutende Profite einfekimen, ihren Arbeitern nicht entgegenkommen wollen, welcher Unternehmer soll es denn sonst thun? Auch in Wien, wo dieselbe Firma eine Fabrik besitzt, sind Differenzen ausgebrochen. Wir wollen hoffen, daß es in beiden Orten noch zur Einigung kommt.

Ueber das Urtheil des Eupener Schöffengerichts in der Klage der Tuchfabrik Sternidel u. Gölcher gegen ihre aus- ständigen Weberinnen berichtet die „Kölnische Zeitung“ näheres. Der Geheim-Kommerzienrath Arthur Gölcher, als Besitzer der Fabrik, hatte 98 der Ausständigen wegen Vertragsbruch verklagt, weil sie die Arbeit am 5. März d. J. widerrechtlich verlassen und auch nachher trotz mehrmaliger Aufforderung nicht wieder aufgenommen haben sollten. Die Weberinnen sollten verpflichtet gewesen sein, die auf den Stühlen befindlichen Stücke vor Verlassen der Fabrik abzugeben. Die Verhandlungen vor Gericht nahmen mehrere Sitzungen in Anspruch. Die Beklagten machten geltend, daß ihrer Arbeitseinstellung ein mehrmaliger Vertragsbruch von seiten der klägerischen Firma vorausgegangen sei, indem diese bei Schlichtung des ersten bei ihr ausgebrochenen Ausstandes am 27. Januar d. J. einen Lohnsatz mit den Weberinnen vereinbart habe, der nach mündlicher Versicherung des Arbeitgeberes vorläufig auf sechs Wochen gelten sollte, von der Klägerin aber schon nach vier Wochen durch Abänderung der vereinbarten Löhne u. s. w. verletzt worden sei. Die Beweisaufnahme fiel durchweg zu gunsten der Weberinnen aus. Wie bereits gemeldet, wurde die Klage der Firma Sternidel u. Gölcher gegen sämtliche Ausständigen abgewiesen. Allerdings ist das Erkenntnis noch nicht rechtskräftig. Nebenbei ergaben die Verhandlungen, daß die klägerische Firma unter gleichen Verhältnissen geringere Löhne gezahlt hat, als andere Tuchfabriken Südens, insofern dessen sie auch wettbewerbsfähig war. Ob des Urtheils herrscht in den Arbeiterkreisen großer Jubel und es entsteht die Frage, ob nunmehr nicht die ausständigen Weberinnen gegen die Firma Sternidel u. Gölcher auf Schadenersatz für Lohnausfall klagen werden. Der Ausstand dauert schon vier Wochen und die Verluste der Arbeiterinnen, von denen manche ihre ganze Familie ernähren müssen, sind sehr bedeutend.

In Speyer hat eine Anzahl Brauerei-Arbeiter wegen der neulich erwähnten Differenzen die Arbeit am Sonnabend eingestellt. Es sind dann während der Feiertage in Speyer, Mannheim und vielleicht auch anderen Orten Flugblätter vertheilt worden, worin zum Boykott der betreffenden Brauereien aufgefordert wird. Diese Flugblätter tragen weder eine Unterschrift noch die Druckfirma. Ebensovienig ist die Arbeiterschaft um ihre Zustimmung angegangen worden. Kurz es handelt sich um eine mißbräuchliche Anwendung des Boykotts, und unsere dortigen Parteiorgane nehmen denn auch sehr entschiedene Stellung dagegen. Es scheint sich bei dem Boykottversuch um einen Geschäftsnarr einer Mannheimer Brauerei zu handeln. Angestellte derselben haben die Flugblätter verbreitet, und der Druck der Flugblätter ist, wie man allgemein annimmt, von einer ultramontanen Druckerei besorgt worden.

Die Stuckateure Münchens sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Hauptforderung ist die 9 stündige Arbeitszeit. Wenn Zugang fernbleibt, ist der Sieg sicher.

Die Zinggießer Nürnbergs stehen in einer Bewegung um 57 stündige Arbeitszeit pro Woche und 25 pCt. Zuschlag für Ueberstunden. 4 Meister haben sofort bewilligt, 5 weigern sich, 6 Zinggießer legten die Arbeit sofort nieder, 21 kündigten, 24 arbeiten zu den neuen Bedingungen.

In sämtlichen Fabriken Fürth's haben die Glasarbeiter die Arbeit eingestellt.

In Wien ist die Lohnbewegung der Schneider der englischen Kostümbbranche siegreich beendet. Die Forderungen der Arbeiter bestanden in einer Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden, Erhöhung der Löhne und Freigabe des 1. Mai als Feiertag. Bei einigen Damenkonfektions-Firmen sind die gleichen Forderungen errungen worden.

In Budapest wurde zu Ostern der Kongress der ungarischen Holzarbeiter polizeilich aufgelöst, und als er das nicht ganz ruhig hinnahm, wegen „Widerstandes“ auseinandergeprengt.

Die Dockarbeiter in Rotterdam haben ihren Kampf gegen die elektrischen Kräfte verloren, was bei der mangelhaften Organisation voraussehen war. Damit jedoch der Vortheil der neuen Maschine nicht ganz dem Kapital zufällt, beschloffen die Arbeiter, später den Streik von neuem aufzunehmen. Vorher wollen sie eine stramme Organisation gründen. Dazu ist ein neuer Dockarbeiterverein errichtet, unter der Leitung eines besoldeten Vorsitzenden, der sich der Sache voll widmen kann.

200 Glasarbeiter der Firma P. Regout in M a s t r i c h t (Holland) sind in den Ausstand eingetreten. Sie fordern eine Lohnerhöhung von 20 pCt. Ihre Organisation ist gut. Sieben „Mädelsführer“ sind sofort entlassen worden.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Dresden, 8. April. (B. L. B.) In der heutigen Landesversammlung der Sozialdemokraten Sachsens wurde ein Antrag Geper, wonach die sozialdemokratische Partei sich an den nächsten Landtagswahlen in Sachen zu betheiligen und wonach die sozialdemokratischen Landtags-Abgeordneten ihre Mandate beizubehalten haben, mit 65 gegen 34 bezw. gegen 19 Stimmen angenommen.

Rom, 8. April. (B. S.) Die neuesten aus Kassa hier eingelaufenen Nachrichten riefen große Bestürzung hervor. Aus der Klammung Kassa's erhebt man, daß die italienischen Truppen nicht stark genug waren, um den Anprall der Perwische auszuhalten. Es ist nöthig, daß neue Truppenverpflichtungen sofort dahin abgehen.

Belgrad, 8. April. (B. S.) Am ersten Feiertage wurde der griechische Gottesdienst in der Metropolitankirche zu Ueslueb plötzlich von Serben unterbrochen, die slavische Gesänge anstimmten. Darauf entwickelte sich eine furchbare Schlägerei zwischen Serben und Griechen, so daß die Gendarmerie eintreten mußte. Die Kirche wurde gesperrt. Als Haupttrübschäger der Serben wird ein Schullehrer und der Dragoman des russischen Konsulats bezeichnet.

Sozialdemokratische Parteitag.

Landesversammlung der sozialdemokratischen Partei Sachsen.

(Fortsetzung.)

Zum Bericht über die Thätigkeit der Landtagsfraktion wird das Wort nicht begehrt.

Genosse Schmidt-Zwickau erstattet für die Mandatsprüfungs-Kommission Bericht. Sämtliche 23 sächsische Reichstags-Wahlkreise sind durch Delegirte vertreten. 17 Kreise entsandten je 4, 2 Kreise je 3 und 4 Kreise je 2 Delegirte, zusammen 82 Delegirte. Außerdem sind 12 Landtags-Abgeordnete, von dem Zentral-Agitationskomitee die Genossen Heilweck und Fischer und als Delegirter der Gesamtpartei die Genossen Gerisch anwesend. Sämtliche Mandate werden für gültig erklärt. Es folgt die Beratung über Punkt 3 der Tagesordnung: Wahlrechtsänderung und Stellung der Partei zu derselben.

Referent Abg. Geier: Nicht allein aus dem Landtage sollen die Sozialdemokraten verdrängt werden, sondern auch die Agitation soll verstimmen. Von Volkvertretung kann unter dem Dreiklassenwahlrecht nicht die Rede sein, doch muß es den Gegnern selbst zum Schaden gereichen, wenn jede ehrliche Opposition entfernt wird. Denn die Opposition, welche bisweilen von einzelnen bürgerlichen Abgeordneten gemacht wird, war nur eine persönliche. Opposition wird also nicht mehr sein und gleichbedeutend ist damit die Verminderung des Interesses am Landtage in den weiten Volkskreisen. Ein politischer Rückschritt wird eintreten, so hoffen die Gegner. Doch welche Thorheit zu glauben, die Sozialdemokraten würden die Wahlen nicht ausnützen zur Agitation. Mögen Differenzen bestehen, wie das geschehen soll: darin sind wir einig, daß scharfer Protest sein soll und sein wird. (Sehr wahr.) Der Beweis ist geliefert, daß unsere Partei trotz der Polizeimaßnahmen stets gewachsen ist, und die Zukunft wird lehren, daß die Stimmzahl auch bei den Landtagswahlen wachsen wird. Eine allgemein gültige Schablone läßt sich nicht feststellen; auch eine besondere Organisation wird nicht nötig sein. Wir werden mit der bisherigen Organisation auch unter dem Dreiklassenwahlrecht kämpfen können. Nicht eine Ueberstärkung, sondern eine andauernde Steigerung muß erzielt werden. Die Wahlbewegungen in Oesterreich und Belgien müssen zu Ruhe gemacht werden. Ein Kompromiß mit Gegnern muß völlig ausgeschlossen sein, wir wollen einzig auf unsere Kraft vertrauen.

Will man in die Wahlbeteiligung eintreten, so wird man die Mandate beibehalten müssen. (Sehr richtig.) Von 15 Landtags-Abgeordneten stimmen 14 für Beteiligungs an den nächsten Landtags-Wahlen. Denn nur für diese wird Beschluß gefaßt werden können, die Partei kann nicht für alle Zeit festgelegt werden. Nun ist von einer Anzahl Genossen gegen eine Wahlbeteiligung gesprochen worden, aber die Gegner stützen sich darauf, daß sie sagen: Die Bevölkerung ist mit der Aenderung einverstanden. Wir können den Gegenbeweis antreten, wenn wir uns an der Abstimmung beteiligen und an richtiger Stelle Protest gegen das Wahlgesez erheben. Wenn eine Steigerung der bisherigen Beteiligung an den Wahlen möglich ist — und sie ist möglich — dann werden 150 000 neuer Wähler geschaffen, es ist der Unwille im Volk gestiegen, selbst in weiten generischen Kreisen fördern uns Massen zu, so steigert sich unsere Stimmzahl gewaltig. Die Abstimmz ist ein zweifelhafter Beweis, daß das Volk sich gegen das Dreiklassenwahlrecht wendet; positiv wird der Beweis erbracht einzig durch die Abstimmung. Es ist keine Abfindung mit dem Gesez, wenn die Massen nicht zur Urne gehen. Es ist wahr, der Landtag wird bedeutungslos, wenn die Menge nicht wählt. Aber wenn dies der Fall ist, so wird es um so schwieriger sein, eine Protestbewegung zu entfachen. Darin sind wir einig mit den Genossen, die gegen die Wahlbeteiligung sind, daß Mandate nicht zu erringen sind. Wir wollen den festen Beweis bringen, daß kein Sozialdemokrat gewählt wird. Man hat eingewendet, daß die Aufwendung der Mittel dann in keinem Verhältnis zu dem Erfolg stehen würde. Wir haben auch jetzt nicht nur der Mandate wegen die Mittel aufgewendet, sondern um unsere Ideen ins Volk zu bringen. Daß wir natürlich auch unsere Ideen von der Parlamentaristik propagieren wollen so wir können, leuchtet ein. Die Parlamentaristik ist kein zu unterschätzender Faktor. Aber trotzdem wir Mandate nicht erringen können, müssen wir weiter agitieren, und diese Agitation ist die Mittel werth. Erfolglos werden deshalb die Wahlen nicht sein, weil keine Mandate mehr zu erringen sind. Ein weiterer Einwand betrifft den möglicherweise eintretenden Mangel an Wahlmännern. Wir hatten früher Mangel an Kandidaten, jetzt nicht mehr, wir werden in Zukunft auch genug Wahlmänner haben, namentlich in industriellen Bezirken. Wenn wir Wahlenthaltung proklamieren, werden unsere Gegner alles aufbieten, um Wähler der 3. Klasse an die Urne zu bringen, die in ihrem Sinne wählen. Die Gegner wollen dann auch großmüthig Kandidaten präsentieren, die wie Arbeiterkandidaten aussehen. Man will diese Leute als Staffage in den Landtag bringen. Diese Staffage müssen wir durch die Wahlbeteiligung verhindern. Beteiligungs wir uns das nächste Mal nicht, so könnte uns das möglicherweise gereuen. Also ist es besser, wir machen das erste Mal den Versuch und richten unser Verhalten nach den hierbei gewonnenen Erfahrungen ein. Es ist möglich, daß die Beschränkung der Redefreiheit in nächster Zeit in Sachsen noch größer wird. Schon deshalb werden wir die nächste Wahlzeit zur Agitation besonders verwenden müssen. Nun will ich zur Frage der Mandatsniederlegung übergehen und sie ebenfalls ganz objektiv erörtern. Ich wiederhole: Wenn wir eine weitere Beteiligung beschließen, kann von einer Niederlegung der Mandate nicht die Rede sein. Aber schon darum, weil die Parlamentaristik das wirksamste Mittel bildet, an den Handlungen unserer Gegner Kritik zu üben, kann für mich von Mandatsniederlegung nicht die Rede sein. Die Genossen, die noch im Landtage bleiben, können diese Kritik weiter üben. Wenn sie auch keine selbständigen Anträge mehr stellen können, so können sie mit ihrer Kritik bei der Beratung der einzelnen Etats einsehen. Unsere Anträge sind sowieso stets niedergestellt worden. Was bisher fünfzehn Mann vermochten, werden auch die noch zurückbleibenden Genossen noch ausführen können. Sie werden auch Stand halten den gehässigen Anfeindungen der Gegner und sie zurückschlagen. Hätte man uns allesamt hinausbringen können, man hätte es gethan. Vor der Verfassungsänderung aber ist man zurückgeschreckt. Zu einer Verfassungsänderung bedarf es der Zustimmung zweier nach einander gewählter Landtage. Vor der Agitation für diesen zweiten Landtag hat man sich gescheut, deshalb kann auch nicht davon die Rede sein, daß man uns aus Gnade noch rückwärts im Landtage lassen will. Es liegt ein Zwang für die Gegner vor, sonst würden sie den Landtag aufgelöst haben. Es ist von Gnade auch deshalb nicht die Rede, weil es unser gutes Recht ist, das erworbene Mandat auch auszunützen. Die zurückbleibenden Genossen werden ihre Thätigkeit steigern müssen, sie werden auch die Wahlrechtsbewegung im Landtag fördern. Außerdem will ich zu bedenken geben, daß alle die Dinge, wie das Kapitel der Fabrikinspektoren, die Polizeimaßnahmen etc. jetzt plötzlich nicht mehr besprochen werden könnten. Man hat weiter gesagt, der Kopf geht weg, und

nur der Rumpf bleibt. Wir machen keinen Unterschied in der Qualität, wir haben stets kollegial zusammengearbeitet. Die Zurückbleibenden werden ebenso eifrig weiterarbeiten wie bisher, auch der „Rumpf“ wird der Partei niemals Schande machen, im Gegentheil, ich habe vollstes Vertrauen zu den Genossen. Weiter ist gesagt worden, die Wähler sind entrecht, also brauchen wir keine Abgeordneten. Die Mandate haben wir aber rechtmäßig erworben, warum sollen wir, wo die Wähler entrecht, noch weitere Rechte drangeben. Ich schließe hier nicht bloß mit dem Rufe: „Fort mit dem Dreiklassenwahlrecht!“ sondern auch: „Fort mit diesem ganzen Regierungssystem!“ Ich schlage Ihnen folgende Resolution vor:

Zu Ermüdung, daß es die Aufgabe der sächsischen Sozialdemokratie ist, den Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht andauernd fortzuführen und mit allen Mitteln das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zu erkämpfen, in fernerer Ermüdung, daß die Einführung des Dreiklassenwahlrechts ohne Befragung und Zustimmung der Wähler geschehen ist, und es deshalb nötig erscheint, ziffermäßig festzustellen, daß das sächsische Volk in seiner großen Mehrheit dem Dreiklassenwahlrecht feindlich gegenübersteht, ferner, daß die Sozialdemokratie zur Verfechtung ihrer Grundsätze die Parlamentaristik als geeignetes Kampfmittel — auch unter den besonderen Verhältnissen, wie sie durch die Einführung des Dreiklassenwahlrechts geschaffen worden sind, nicht aufgeben darf, beschließt die Landesversammlung:

1. Die sozialdemokratische Partei hat ununterbrochen und unter Aufwendung aller Kräfte für die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für die Landtagswahlen zu wirken.
2. Die sozialdemokratische Partei beteiligt sich an den nächsten Landtagswahlen.
3. Die sozialdemokratischen Landtags-Abgeordneten haben ihre Mandate beizubehalten.

J. Geier.

Nach Verlesung dieser Resolution erfolgte donnernder, langanhaltender Beifall.

Korreferent Dr. Schoenlant-Zeipzig: Die Sozialdemokratie ist vor eine gleich folgenschwere Entscheidung gestellt, wie die Regierung beim Einbringen der Vorlage. Diese Wahlrechts-Vorlage ist nur ein Glied in der Kette der Maßnahmen gegen die Sozialdemokratie, sie ist nur eine Etappe in dem Kampf der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklassen. Sachsen ist nur das Probirland; wir werden sehen, wie die Bourgeoisie der anderen Länder gleich so handeln wird. Daß die Herren von der Regierung sich vor einer Verfassungsänderung scheuten, ist wohl nicht ganz richtig. Es liegt gewiß nicht im Interesse der Gegner, wenn die Sozialdemokraten mit einem Mal eliminiert werden, das gäbe so unliebsames Aufsehen. Aussicht auf die Erringung von Mandaten ist nicht vorhanden. Das Volk weiß jetzt schon, was von dem Dreiklassenwahlrecht zu halten ist und den Gegnern haben wir die Stimmung des Volkes durch die kolossale Protestbewegung, die einzig da steht in der Geschichte Deutschlands, zur Genüge gezeigt. Das Dreiklassenwahlrecht ist ein Agitator, der nicht losläßt, dem nicht das Wort entzogen werden kann. Die Arbeiterklasse ist jederzeit zum Protest bereit, aber stets fruchtlos zur Urne zu wandern ohne Aussicht auf Erfolg, das thut sie nicht. Wenden Sie nach Preußen und fragen Sie sich: Wie viele beteiligten sich dort an den Wahlen? Noch nicht 9 pCt. waren es bei den letzten Wahlen. Und glauben Sie, das sächsische Volk würde etwas anderes thun? Aber da kommt man und sagt: Ja, wir wollen erst Erfahrungen sammeln. Welche Hoffnungen knüpft man denn daran? Glaubt man, die zweite und dritte Klasse könnten zusammengehen? Sind denn Kälber und Rehger jemals zusammengegangen? Wir haben doch eine Menge Mittel, um den Protest zu schärfen, auch ohne Wahlbeteiligung. Was ist denn das für ein Widerspruch, im gleichen Athem Protest einzulegen und für die Stimmabgabe zu sprechen. Man will die Wähler einschläfern. An Agitation wird es nicht fehlen, wir sind auf die Abgeordneten nicht angewiesen, und so lange wir kein neues Sozialgesez haben, kann die Presse viel mehr thun, als die paar Schläger im Landtage. Die Zurückbleibenden sitzen im Landtage auf Kündigung, sie können niemals auf Zuschuß rechnen. Ihre Zahl wird immer geringer, sie schrumpfen immer mehr zusammen. Mit Hohn und Spott wird man ihnen begegnen. Mit welcher Stimmung sollen wir denn in die Landtags-Agitation gehen, so lange noch Genossen im Landtage sitzen? Verträgt es sich denn mit der Würde der Partei, mit dem proletarischen Gefühl, die Mandate beizubehalten, wo gegen hunderttausende von Proletariern der schwerste Schlag geführt worden ist? Vermeide man doch jeden Schein eines Kompromisses. Wir dürfen das Feuer der Empörung nicht erlöschen lassen.

Weil wir rückständige Elemente haben, dürfen nicht die vorgeschrittenen durch die rückständigen majorisiert werden. Wir dürfen keinen Rest in der Kammer lassen, er lähmt unsere Bewegung. Mit der Landtagspolitik ist es aus, aus und zum dritten Male aus. Wir legitimieren sonst indirekt dieses Dreiklassenwahlrecht. Die Entwidlung geht ihren Gang weiter. Die sächsische Bourgeoisie ist mit ihrem Latein zu Ende, sie will parlamentarisch nicht weiter mit uns diskutieren. Gut, zeige man, daß nicht nur das Volk, nein, auch die Volkvertreter protestieren können. Auf die revolutionäre Bewegung des Proletates darf man nicht das Wasser der Mandatsbeibehaltung gießen. Nicht etwa Einigkeit wird erzielt, der Keim der Spaltung wird in die Bewegung gesenkt, denn gar viele Genossen stehen auf dem Standpunkt der Niederlegung. Das Opfer der Niederlegung ist nicht groß, angenehm wird den Genossen der Aufenthalt in der Kammer nicht sein. Vermeiden Sie den dauernden Konflikt. Das Bürgerthum hat alle Brücken abgebrochen, die Gegensätze haben sich aufs Höchste zugepöht zum permanenten Kampf zwischen Reich und Arm. Wir müssen diesen Kampf ohne alle Klügel führen. Wir haben einen Akt der Klassenpolitik, der mit dem einmüthigen Protest so glücklich begonnen hat, glücklich zu Ende zu führen. Zeigen wir, daß wir als Vertreter der revolutionären Sozialdemokratie zu handeln wissen. Fassen wir den Beschluß, der unserer Partei allein würdig ist. (Lebhafter Beifall.)

Ein Antrag Grenz-Zeipzig auf unbegrenzte Redezeit in der Diskussion wird gegen die Stimmen weniger Genossen abgelehnt.

Zu Ehren der Delegirten geben die Dresdener Parteigenossen einen Kommerz, es wird aus diesem Anlaß um 6 Uhr Vertagung beschlossen. Zuvor verlas der Vorsitzende ein lebhaft acclamirtes Begrüßungstelegramm der Kollbusser streikenden Textilarbeiter.

Dresden, den 8. April.

Kurz nach 9 Uhr eröffnete Raden die Sitzung. Es wird zunächst in einem Nebenzimmer zur Begründung der gestellten Anträge das Wort ertheilt. Antrag 1 wird begründet durch

Grenz-Zeipzig: Ich stehe auf dem Standpunkt des Genossen Schoenlant. Ich meine, wenn man seit Jahren in den Versammlungen einen radikalen Ton anschlägt, so soll man auch im Parlament eine radikalere Taktik einschlagen. Die Leipziger Parteigenossen sind noch reistlicher

Ueberlegung, nicht um für sich eine Extrawurst zu haben, in gutbesuchten Versammlungen, die der „Vorwärts“ abzuschwächen gesucht hat, einstimmig zu dem Beschlusse gekommen, daß die Abgeordneten ihre Mandate niederzulegen haben. Ich glaube, versichern zu können, daß sich in Leipzig eine wesentliche Wahlbeteiligung nicht erzielen lassen wird. (Auf: Schöne Sozialdemokraten!)

Antrag 2 begründet Rosenow-Chemnitz: Unbeschadet der Geier'schen Resolution kann diesem Antrage zugestimmt werden.

Antrag 3 begründet G. Fischer-Dresden: Obwohl mein Antrag fast dasselbe sagt, als der von Geier gestellte, so kann ich demselben nicht zustimmen, da dieser sich überhaupt für die Beteiligung an den Wahlen und gegen die Mandatsniederlegung ausspricht, während ich im Prinzip für die Niederlegung der Mandate und gegen eine künftige Beteiligung an der Wahl bin. Aber die Gründe, welche von gegnerischer Seite vorgebracht worden sind, obwohl sie mich nicht zu anderer Ansicht bringen konnten, sehr beachtenswerth, und es ist immerhin die Frage, ob die Gegner meiner Ansicht nicht demnach recht und ich unrecht habe. Auch sind es nicht die rückständigen Kreise, welche zuerst für Wahlbeteiligung und gegen Mandatsniederlegung eintreten. Es waren gerade die tüchtigsten Parteigenossen, darunter Genosse Kautsky, welche sich zuerst ganz entschieden gegen die Mandatsniederlegung und Wahlenthaltung aussprachen; auch waren es die großen Städte, wie Dresden, Chemnitz u. a., welche den Standpunkt der Wahlbeteiligung vertreten. Aber auch die Gründe, welche von den Genossen in den Weberbezirken vorgebracht wurden, sind beachtenswerth und wenn Genosse Schoenlant sich der Nähe unterzöge, in diese Weberdörfer zu gehen, so würde er finden, daß die dortigen Genossen ebenso tüchtige und überzeugte Sozialdemokraten sind, als die Genossen der großen Städte. Werthvoll ist es, daß Schoenlant im vorigen Jahre den Schwerpunkt auf das Land, dieses Jahr auf die große Stadt legte. Jetzt habe es ja doch keinen Zweck, die Mandate niederzulegen, eine Wahlrechtsbewegung habe nur einen Zweck während der Tagung des Landtages. Einer einmaligen Beteiligung an der Wahl könne jeder zustimmen; nach der ersten Wahl habe man die Erfahrung hinter sich und könne dann auch eine Landeskonferenz die zukünftige Taktik festlegen. Dann würde die Mandatsniederlegung die Wahlrechtsbewegung wieder in Fuß bringen. Die Reaktionen müßten erlernen, daß sie nicht der Sozialdemokratie, sondern sich selbst schaden, wenn sie die Sozialdemokraten vom Wahlrecht ausschließen. Der von mir gestellte Antrag bietet Gelegenheit zu einem einheitlichen Beschlusse, nehmen sie ihn daher an!

In der Diskussion nimmt zunächst das Wort

Goldstein-Zwickau: Wenn ich die Ueberzeugung hätte, daß über die Wirkung des Wahlgesezes im Lande völlige Klarheit herrscht, so würde ich unbedenklich für Wahlenthaltung eintreten. Die Ueberzeugung habe ich aber nicht. Die bürgerliche Presse hat das Volk vollständig über die Wirkungen des Wahlgesezes im Unklaren gelassen und unsere Presse und unsere Versammlungen konnten diese Lücke nicht ausfüllen. Der Parlamentarismus in Sachsen ist für mich todt und wir müssen unsere Taktik ändern. Wir müssen die Mandate niederlegen, aber vorher noch eine Probewahl vornehmen, um diejenigen zu überzeugen, die bis jetzt noch gar nicht im Klaren sind. Die Wahlbeteiligung kann nur noch einmal groß werden, dann schläßt die Sache sicher ein. Ich werde mich dem Antrage Fischer anschließen.

Rosenow-Chemnitz: Wir sind aus der „Leipziger Volksztg.“ schon an Lebenswürdigkeiten gewöhnt, gestern hat Schoenlant aber dem Faß den Boden ausgeschlagen, indem er alle, die nicht seiner Meinung sind, als rückständige Elemente bezeichnete. Die Leipziger dürfen sich wirklich nicht als die einzigen „Hellen“ hinstellen. Die Mandatsniederlegung, also die Waffen aus der Hand legen, das ist kein Gegenstoß, sondern heißt eine Oberseite mit dem Hintern pariren. Ich bitte Sie, der Resolution Geier zuzustimmen.

Dr. Gradnauer-Dresden: Ich finde nichts revolutionäres in Schoenlant's Phrasen, vielmehr steckt eine gewisse Resignation dahinter. Mit Glanz zu rechnen, das wäre unserer Partei nicht würdig. (Sehr richtig!) Schoenlant hat sich in eine Lebenssache verrannt und die wichtigen Fragen der Wahlbeteiligung hat er außer Acht gelassen. Es handelt sich nur darum, wie wir am besten Proteste organisieren. In solche Versammlungen, die von vornherein die bloße Negation an der Stirn tragen, kommt kein Mensch. Wir können aber sehr wohl etwas Bestimmtes dem Volke vor Augen führen: die Wiedergewinnung des allgemeinen gleichen Wahlrechts und den Sturz des Dreiklassenwahlrechts. Das ist das große Ziel, für welches das Volk ins Treffen geführt werden muß. Alle Protestversammlungen konnte die Reaktion negieren, sie konnte sagen: das sind ja junge Burschen, die gar nicht Wähler sind. Wollig wird diese Rede widerlegt durch den Beweis der Abstimmung. Wir können noch gar nicht absehen, wie die politischen Verhältnisse in Sachsen sich gestalten werden. Beteiligungs wir uns nicht an den Wahlen, so werden die bürgerlichen Parteien die Wähler der 3. Klasse an sich ziehen. Ich komme zu entgegengesetzten Schlüssen wie Schoenlant. Wollen wir resignieren und uns mit den Gemeinde- und Reichstagswahlen zufrieden geben, so wird den Gegnern der Muth wachsen, auch dieses anzutasten. Schoenlant meint es wohl nicht so tragisch, wenn er von dem Keil redet, der in die Bewegung getrieben wird; darin kennt er die Leipziger schlecht: Nie werden dieselben gegen die Beschlüsse der Gesamtpartei aufstreten!

Gerisch: Die bisherige Debatte hat außerordentliche Meinungsverschiedenheiten gezeigt. Leipzig und Chemnitz, alte Parteiorde, stehen in diametralen Gegensatz. Das ist für mich ein Beweis, daß die Fraktion gut daran gethan hat, die Angelegenheit nicht selbständig zu entscheiden. Es hätte der Sache nur gedient, wäre immer so sachlich diskutiert worden, wie zu meiner Freude gestern und heute. Es hat aber überall schmerzlich berührt, wie sich die Leipziger Genossen und besonders die „Leipziger Volks-Zeitung“ in dem Meinungsstreit verhalten hat. Schoenlant hat gestern diesem Verhalten die Krone aufgesetzt, als er die ländlichen Genossen hinter die städtischen zurücksetzte. Von einer Probewahl, wie sie Goldstein will, halte ich nicht viel. Dem Genossen Rosenow gebe ich recht, daß die Behörden eine bloße Protestbewegung sehr bald unmöglich machen würde. Wir sind in Sachsen ja schon daran gewöhnt. Wo man gegen den „Faust“ schon militärische Bedenken hat (Heiterkeit), da ist auch noch anderes möglich. An Gründen zu Versammlungsverboten fehlt es nicht und wenn da einer nicht mehr genügt, kommt der andere an die Reihe. (Der überwachende Kommissar Pohlstedt entzieht dem Redner hier das Wort und Gerisch muß die Tribüne verlassen, ohne seiner Ansicht Ausdruck gegeben zu haben.)

Altermann-Freiberg: Wir haben doch bisher nicht gewählt, nur um Mandate zu erringen, sondern die Wahlbewegung wurde uns ein Mittel zum Zweck; wir brachten unsere Ideen ins Volk. Dasselbe können wir künftig thun, wenn auch Mandate nicht zu erringen sind. Es steht auch noch gar nicht fest, ob nicht doch ein oder das andere Mandat uns zufällt. (Große Heiterkeit.) Ja, Genossen, die wirtschaftliche Entwicklung treibt auch die Wähler 2. Klasse uns zu.

Höppner: Cotta: Schoenlant hat seine Haltung, die er bei Beratung des Agrarprogramms eingenommen, jetzt sehr geändert. Was die Frage betrifft, ob es sich um eine Wahlbeteiligung handelt, ist die Frage sehr wichtig, so ist größte Wahlbeteiligung selbstverständlich. Geht man nur auf die nächste Wahl. Aber alle diese Gründe passen auch für die Beteiligung bei späteren Wahlen. Ich meine aber, viel Erfolge werden wir mit der Wahlbeteiligung überhaupt nicht erzielen. Wo das Volk keine positiven Erfolge sieht, läßt es sich nicht an die Urne bringen. Wahlbeteiligung bleibt zwecklos. Anders ist meine Stellung zur Niederlegung der Mandate, die ich für einen schweren taktischen Fehler halten würde. Die Gegner würden sich darüber nur freuen. Schoenlant sagte, daß es traurig sei, noch im Landtage zu verbleiben, ich frage, ob es einer so großen Partei würdig ist, einfach die Waffen zu strecken. Eine Waffe wird dadurch nicht stumpfer, wenn sie von weniger Personen geschwungen wird. Einen Konflikt innerhalb der Partei fürchte ich nicht.

Schmann: Leipzig mit 20 Genossen beantragt die folgende Resolution:

Die Landesversammlung erklärt: Mit dem Dreiklassen-Wahlgesetz, das von der herrschenden Klasse geschaffen worden ist, um die Sozialdemokratie, die stärkste Partei Sachsens, aus der Volksvertretung zu verdrängen, hat die Sozialdemokratie nichts zu thun und wird sich, da es ihr unmöglich ist, bei den Wahlen Mandate zu erringen, an den Landtagswahlen nicht beteiligen. Die Sozialdemokratie Sachsens wird aber bei jeder Gelegenheit eine lebhafteste Agitation entfalten gegen dieses Klassen-Wahlgesetz und für Einführung des gleichen, allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrechts. Die Landesversammlung hält es weiter für unwürdig, daß noch ferner Abgeordnete der sozialdemokratischen Partei einem Parlament angehören, von dem die Entziehung des arbeitenden Volkes beschlossen worden ist, und die Versammlung fordert deshalb die sozialdemokratischen Landtags-Abgeordneten auf, ihre Mandate niederzulegen.

Schmann: Leipzig, Lange: Leipzig, Grenz: Leipzig, Kleemann: Leipzig, Schoenlant, Menge, Ritter: Leipzig, Niem: Wurzen, Schmidt, Jwidau, Kolditz, Krimmischau, Schwarz: Werdau, Sambre: Plauß, Ritsche, Breslauer, Zimmermann, Wallfisch: Dresden, Denker: Hainichen, Neohl: Leipzig, Lindner: Pagan, Neu: Reichenbach, Presh: Neitzschau.

Schmidt: Jwidau: Obgleich mehrere Abgeordnete und auch unsere Zeitung für die Wahlbeteiligung und für Mandatsbeibehaltung eintreten, entschied unsere Parteiversammlung dagegen. Wie wir wußten, daß wir damit in der Minderheit waren, so wissen wir auch, daß die Genossen sich dem Beschluß fügen werden. Den Abgeordneten ist jede Möglichkeit genommen, in der Kammer zu wirken. Kompromisse werden bei Wahlbeteiligung gar nicht zu vermeiden sein. Wie es besser wäre, wenn mancher Sieg bei den Gemeinderats-Wahlen nicht erzielt würde, so wäre das dann der Fall mit dem Landtage. Ohne Mandate werden wir kämpfen müssen und ohne Wahlbeteiligung.

Hg. Schulze: Cosselbaude: Es handelt sich nur darum: Ist die Wahlbeteiligung eines der Mittel, welches geeignet ist, das alte Wahlrecht zurückzuerobern. Durch die Vorden der Gegner hat sich die Frage der Mandatsgewinnung durchgezogen. Für mich ist wichtiger die Gewinnung der Wähler und der Urwähler. Jedes Mittel müssen wir benutzen: Durch das Dreiklassen-Wahlrecht muß die Befreiung des Dreiklassen-Wahlrechts erreicht werden.

Grenz: Leipzig: Genosse Gradnauer und andere, die früher für Mandatsniederlegung waren, haben vollständig geschwenkt. Man hat gesagt, die „Volks-Zeitung“ habe den Leipziger Genossen ihre Haltung vorgeschrieben. Es ist noch niemals eine solche Einmütigkeit zwischen der Redaktion der „Leipziger Volks-Zeitung“ und den Leipziger Genossen vorhanden gewesen, wie in dieser Frage. Im Gegenteil, die Leipziger Genossen haben die Redaktion zu schnellerem Vorgehen ermuntert. Die Leipziger werden sich nicht mehr an den Landtagswahlen beteiligen, das ist nun einmal ihre Ueberzeugung, die sie nicht mehr aufgeben werden.

Pinkau: Es sei nicht richtig, daß in Leipzig keine Opposition gegen die „Volks-Zeitung“ bestanden habe. Die Stimmung, welche Schoenlant vertritt, ist in Leipzig allerdings vorhanden, aber man muß beachten, wie dieselbe entstanden ist. Weil die Fraktion nicht den Wünschen Leipzigs entsprochen wurde, wurde sie mit allerlei Reden bedrückt. Und doch ist hier zu sehen, daß die weitaus überwiegende Mehrheit gegen die Leipziger ist. Die ganze Schreibweise der „Leipz. Volksztg.“ mußte die Leipziger Genossen täuschen. Nicht eine Zeile hat die „Volkszeitung“ von Andersdenkenden gebracht, systematisch wurden diese todtgeschwiegen, systematisch wurde darauf hingearbeitet, die Stimmung zu fixieren, sie zuzuspitzen und auszunutzen. Noch nie dagewesen in der Parteipresse ist, daß eine ernste Sache unter dem Strich angeklagt wurde. Noch nie dagewesen ist, daß ein Aufruf der Fraktion nicht abgedruckt wurde. (Zuruf Schoenlants: Er ist ja abgedruckt worden!) Ja, nachdem die Genossen, der „Vorwärts“ und andere Zeitungen es verlangten, erschien er auf der letzten Seite mit unwürdigen Worten versehen. Man nannte uns Streber und Kleber, der ärgsten Gemeinheit zieh man uns. Im Laufe der Zeit mußte die „Volkszeitung“ sich aber doch überzeugen, daß die Mehrheit der Genossen gegen die „Volkszeitung“ war und in den letzten 14 Tagen war die Schreibweise eine objektive, mit der man sich einverstanden erklären kann. Was uns zuvor in Leipzig an den Kopf geworfen wurde, läßt sich nicht wiedergeben. (Zuruf: Die Schreibweise der „Volkszeitung“ war gemein!) Daß die Frage, um die es sich handelt, keine einfache war, beweisen doch die ersten Ausführungen, die allerorts gepflogen wurden. Die Schreibweise der „Leipziger Volkszeitung“ muß zurückgewiesen werden und ich schlage Ihnen folgende Resolution vor:

Die Landeskonferenz erklärt die Schreibweise der „Leipz. Volksztg.“ in Sachen der Mandatsniederlegung für eine der Partei nicht würdige und spricht ihren schärfsten Tadel darüber aus, daß die „Leipz. Volksztg.“ den Aufruf der Landtagsfraktion zur Einberufung der Landeskonferenz nur auf der letzten Seite mit Handglossen zum Abdruck gebracht hat.

Sachse: Plauß: Ich bin Gegner einer Wahlbeteiligung, weil es uns nicht gelingen wird, Wähler zu finden, denn dieselben würden einfach gemahregelt werden. Das Vorgehen der „Leipziger Volkszeitung“ kann ich nicht billigen, aber ähnlich sieht es mit dem Verhalten mehrerer Abgeordneter. Deshalb kann ich nicht für die Resolution Pinkaus stimmen. Es ist von beiden Seiten gesündigt worden, wenn auch der Anlaß von Leipzig ausging.

Schmann: Leipzig: Die Leipziger Genossen haben die Haltung der „Volkszeitung“ verstanden, denn der „Vorwärts“ hat auch eine verletzende Haltung eingenommen. Aber die Sache liegt nunmehr hinter uns und es ist nicht gut, alle alten Dinge aufzuwärmen. Mit der Agitation für die Beteiligung an den Wahlen würden wir nicht weit kommen, unter keinen Umständen darf man sich an der Wahl beteiligen.

Kaden: Dresden: Ich habe erst eine abwartende Stellung eingenommen, nachdem aber jetzt das Wahlgesetz angenommen ist, halte ich eine Wahlbeteiligung für unmöglich. Das Volk will Erfolge sehen, und wo diese nicht zu erringen sind, wird die Wählerkraft nutzlos. Ich halte auch eine Probewahl für zwecklos, unsere Leute sind vernünftig genug, das einzusehen. Sie sagen, es ist schade um den Gang zum Wahlstisch. Es verlohnt sich nicht, für dieses Wahlgesetz einzutreten, es müßte sonst Kompromisse mit werden und das wollen wir nicht. Die radikalen bürgerlichen Elemente sind in Sachen auch so gut wie ausgestorben. Mögen einige Antisemiten mehr gewählt werden, sie sind von den Konservativen und Nationalliberalen nicht zu unterscheiden. Wir müssen

uns darauf besinnen, daß wir eine propagandistische Partei sind. Ich bin auch für Mandatsniederlegung, nicht durch die Haltung der „Leipziger Volkszeitung“, sondern durch reifliche Ueberlegung. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben mich in der Ueberzeugung befestigt, daß wir die Mandate stärker hervorheben, wir brauchen uns nicht an den Debatten um eine Bahn-Haltestelle oder den Bau eines Amtsgerichts zu beteiligen. Die Wahlbeteiligung wird unter dem neuen Gesetz noch viel schwächer werden als jetzt. Die „Leipz. Volksztg.“ hat an der Partei schwer gekrankelt. Die Wahlrechtsbewegung hat durch die von den Leipziguern hineingeworfene Brandfackel schwer gelitten. Ja, ich habe meine Parteigenossen gefragt, ob diejenigen, die solche Schreibweise beliebt haben, noch Raum in der Partei haben sollen. (Schoenlant ruft: Ganz Leipzig steht hinter mir.) Ja, Genosse Schoenlant, ich verweise bloß auf den Cri-Cri-Artikel, in dem es hier: Sie leben, leben, leben. Und zwar leben wegen sekundärer Vortheile. Genossen, wir leben seit Jahrzehnten in der politischen Bewegung und müssen uns so etwas nachsagen lassen. So etwas kann nur jemand schreiben, der selber hinter dem Strauch steht, hinter dem er andere sucht. (Beifall.) Ich sage mit dem Genossen Bebel: Solche Leute gehen zur Bourgeoisie, wenn sie bei der Partei nicht entsprechend bezahlt werden. Wo bleibt, frage ich, das Prinzip? Wir hielten es unter unserer Würde, darauf zu antworten, wir hätten uns selbst zu beschämen geglaubt. Aber Genosse Pinkau hat mit seiner Resolution das richtige getroffen und ich bitte Sie, nehmen Sie das Tadelvotum an. (Beifall.)

Vorenz: Chemnitz: Für Chemnitz trifft doch am meisten zu, daß die Klassencheidung besteht und doch ist man dafür, das Agitationsmittel der Wahlbeteiligung nicht aus der Hand zu lassen. Wenn die Genossen durch Thatsachen belehrt werden, daß unter dem Dreiklassen-Wahlrecht keine Erfolge zu erringen sind, so wird dies anders, als wenn dies bloß durch Worte geschieht! Dieselben Argumente, welche gegen eine Wahlbeteiligung sprechen, nämlich daß die Genossen ermüden würden, treffen auf die bloße Protestverweigerung auch zu. Die Kreise, welche Schoenlant als rückständige bezeichnet, sind unsere besten. Das Erzgebirge, nicht die großen Städte, wie Dresden und Leipzig entsenden Abgeordnete in den Reichstag. Ich bin gegen die Mandatsniederlegung. Es können 9 Mann so gut schießen wie vorher 15.

Um 1 Uhr wird in die Mittagspause eingetreten.

Welche Bedeutung die Regierung den Verhandlungen der Landeskonferenz beilegt, erhellt aus der Thatsache, daß fünf Parlaments-Stenographen die Verhandlungen wortgetreu aufnehmen.

VI. Parteitag der badischen Sozialdemokratie. (Schluß.)

Die Pressenlegenheit wurde zu einer allseitigen Lösung in die Behandlung des Landesvorstandes überwiesen. Mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie schloß Rainald den Kongress, der im ganzen einen sehr sachlichen Verlauf nahm und die Entwicklung der badischen Sozialdemokratie fördern wird. Zu Ostern des nächsten Jahres findet der nächste badische Parteitag in Offenburg statt.

Lokales.

Wenn zwei dasselbe thun, so ist es nicht dasselbe. Von dem jetzigen preussischen Justizminister ist dieser Schalkspruch des Lenz bekanntlich als einer der Rechtsgrundzüge des deutschen Polizeireiches bezeichnet worden. Wie sehr dies offenkundig den Nagel auf den Kopf trifft, lehrt ja vor allem die Handhabung des preussischen Vereinsgesetzes, mit dem man brav sozialistische Organisationen zu zerstören sucht, das aber ordnungsfreundlichen Vereinen gegenüber selbst dann nicht in Betracht kommt, wenn diese sich offenkundig begangener Gesetzesverletzungen rühmen. Ein neues Beispiel für diese praktische Anwendung des gleichen Rechts für alle finden wir in dem 1898er Jahrbuch des Ostdeutschen Jünglingsbundes, einer Organisation für Freimüthigkeit und Patriotismus, die ihren Sitz in Berlin, Spandauerstr. 19, hat. Der Bund sagt von sich, daß er aus 219 Vereinen bestünde und einen Bundesvorstand habe, der regelmäßig monatlich seine Sitzungen abhalte. Ein paar Zeilen weiter heißt es im Bericht: „Auf Vorstandsbeschluß wurde sämtlichen Vereinen eine Petition an den Bundesrath zur Unterschrift zugesandt, in welcher um Einschränkung des Schankgewerbes an Sonn- und Feiertagen und ganz besonders um Schließung der Schankwirtschaften an den Sonntag-Vormittagen gebeten wurde.“ Auch thut der Bundesvorstand sich etwas darauf zu gute, daß die „acht vereinigten deutschen Jünglingsbünde“ dem alten Volksfeinde im Sachsenwalde zu seinem 80. Geburtstag gemeinsam eine Adresse überreicht haben.

Wo hört man da etwas vom Einschreiten des Staatsanwalts? Man komme nicht mit dem von Rechts wegen den in Betracht kommenden Behörden übrigens völlig gleichgiltigen Einwand, daß die herzensteifigen Jünglingsbündler bei Erörterung der nach heutiger Rechtsprechung eminent politischen Angelegenheit der Petition etwa gar nicht genützt haben, daß es einen Paragraphen acht des Vereinsgesetzes giebt, dem man mit solchen Dingen schnurstracks zuwiderhandelt. Dem geschwehrenden Vorstand gehören an: zehn Pastoren, ein Doktor, ein königlicher Betriebssekretär, ein Konfirmandenrath, ein Professor der Theologie, ein Geheimer Rechnungsrath, ein Kommerzienrath u. s. w. Stöder ist Ehrenmitglied. Dies sind alles Leute, welche kraft ihrer Stellung im öffentlichen Leben doch wohl wissen müssen, daß Vereine, welche bezwecken, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern, nicht mit anderen Vereinen gleicher Art in Verbindung treten dürfen u. s. w.

Aber — wenn zwei dasselbe thun, so ist es nicht dasselbe. Die wunderlichsten Auslegungen unseres so schon in einem Lande mit politischem Leben durchaus sinnwidrigen Vereinsgesetzes, wenn es gilt, sozialdemokratischen Organisationen den Garau zu machen; völlige Verjagung dieses Gesetzes aber gegenüber den offenkundigen Vergehen sozialdemokratischer Vereine. Es ist ein gutes Zeichen der Gesittung und des rechtlichen Sinnes im deutschen Volke, daß es mit lichteindlichen Vereinen trotz aller Begünstigungen nicht vorwärts geht — geschmackvoll sagt der Jünglingsbund von dem zweifelhaften Erfolg seiner Propaganda, daß Gottes Sachen langsam wachsen — während die deutsche Sozialdemokratie den härtesten Verfolgungen zum Trost blüht und sich von Tag zu Tag mächtiger entfalt!

Die Sparbarkeit der Berliner Handwirthe ist jedem Miether bekannt. Bieweit diese bedenkliche Tugend geht, zeigt der Umstand, daß die einzige Müllabfuhr-Gesellschaft, welche ihr Geschäft wirklich den behördlichen Anforderungen entsprechend handfrei befragte, ihren „Kassenwechselbetrieb“ wegen ungenügender Frequenz hat einstellen müssen. Dies System war den Hauswirthen eben zu theuer und daher lassen sie dem behördlichen Verbot zum Trost den Müll bei der Abnahme lustig weiter umherwirbeln zum gesundheitlichen Nachtheil des Publikums und der mit der Abfuhr beschäftigten Arbeiter.

Zur praktischen Anbahnung des Duellmordes bringt die „Köln. Volksztg.“ folgenden Plan in Vorschlag: Vielleicht ladet man überhaupt das Publikum an den Anschlagfallen zu dem Schauspiel ein und stellt zugleich einen Totalisator auf, damit das Publikum auf den Ausgang der Schießerei Wetten veranlassen kann und so ein größerer Reiz angeht wird. Das Eintrittsgeld kann man ja, so weit

es nicht für Pistolen, Munition, Arzt und Begräbnis-kosten verbraucht wird, zum Bau einer Kirche spenden, in der dem Volke Moral und Religion gepredigt wird. Dann wären doch wenigstens die Fronte und der Hohn auf Vernunft, Moral und Religion konsequent durchgeführt. Und ausarten muß offenbar der Unfug noch mehr, wenn ihm endlich Einhalt gethan werden soll. Zu belehren und zu bekehren sind ja diese Leute von der fatisfaktionsfähigen Gesellschaft nicht. Wenn ihnen nicht Zwang angethan wird, werden sie in ihrem verriickten Treiben fortfahren, bis, wie vor hundert Jahren, der allgemeine Ulnutz zu ihm ein Ziel steht. — In letzterem nativen Nothschrei giebt das ultramontane Blatt die ganze Hilflosigkeit desjenigen Theils der herrschenden Klasse kund, in dem die aufmerksame protegitte Schnabigkeit noch nicht alle Vernunft erstickt hat.

Barricaden in Berlin. Der hiesige Vertreter des „New-Yorker Journals“ hat am 23. März einen guten Fang gefangen. Das Blatt brachte am 24. März eine Kabeldepesche, deren erste Ueberschrift in knäppeligen Buchstaben lautet: „Barricaden in Berlin.“ Als Untertitel folgen: „Anarchistische Aufrufe in Ostende“; „Bäder- und Fleischläden werden geplündert“; „Nach hartem Kampf 70 Kugelfreier verhaftet.“ Die Erfolge, welche die Sozialisten im deutschen Reichstage in letzter Zeit erzielt haben, haben die Anarchisten nicht ruhen lassen. Sie wollen offenbar einmal zeigen, daß sie auch noch da sind. So haben sie heute auf der Ostseite Berlins einen ernstlichen Not arrangirt, bei dem sie sich im Plündern von Läden und Barricadenbauern übten. Es war zwar kein Eigenthum zerstört worden, aber Männer und Frauen, welche den mächtigsten Eindringlingen in ihre Läden Widerstand zu leisten suchten, wurden von den Kabaubrüdnern in rohester Weise mißhandelt. Straßenbahnwagen drohten, Frachtwagen wurden angehalten. Die Waare der Bäderläden wurde auf die Straße geworfen. Der friedlichen Bürger bemächtigte sich ob dieses Treibens des anarchistischen Wobbs ein solcher Schrecken, daß sie glaubten, die Herrschaft des Kommunismus sei angebrochen. Die Polizei verhaftete fleißig der Aufrührer. Aber es gelang ihr dies erst nach heftigem Kampfe. Die meisten der Verhafteten sind chronische Arbeitslose und Prostituirte. Als sich das Gefindel gegen die Polizei nicht mehr auf der Straße halten konnte, verbarrikadete es sich in einer jener Kellervirtschaften, die als Rendezvous-Platz für Diebe und allerlei gefeslofes Gesindel dienen. — Daß die amerikanischen Leser sich solchen Ull regelmäßig vormachen lassen, spricht gerade nicht für deren Intelligenz. Freilich sind die wiesien von jenseits des Ozeans kommenden Depeschen auch nicht viel mehr werth, wie die vorstehende Tartarennachricht. Der Philister dies- und jenseits des großen Wassers will eben „Neuigkeiten“ lesen und an armen Tropfen, die für 10 Pf. die Zeile das Blaue vom Himmel herunterlägen, fehlt es weder in der alten, noch in der neuen Welt.

Münchenschanz. Bei der Eröffnungsfeier der diesjährigen großen Kunstausstellung, mit der die Erinnerungsfeste an die vor 200 Jahren erfolgte Gründung der königl. Akademie der Künste verbunden ist, wird der Senat der Akademie zum ersten Male in einer ganz sonderbaren Feitradt erscheinen. Sie besteht der „Voll. Ztg.“ zufolge in einem rothen Mantel mit weiten, lang herabhängenden Ärmeln und in einer rothen Kappe. Es ist die Tracht, die einst die Senatoren des stolzen Venedig trugen. — Das muß sehr komisch werden.

Eine Reorganisation der Kriminalpolizei soll die Tagesordnung einer Konferenz gewesen sein, die von höheren Polizeibeamten kürzlich abgehalten worden ist. Wenigstens behauptet dies das „Berliner Tageblatt“, das in wohlthuerender Bescheidenheit sich das Verdienst zuschreibt, durch „seine“ Erörterungen der offenkundigen Mißfolge, die unseren Sicherheitsbehörden bei der Aufspürung von Kapitalverbrechern leider anhaften, die Anregung zu diesen, angeblich übrigens resultatlos verlaufenen Verhandlungen gegeben zu haben. Gegen solche Propaganda des Hoffeschen Blattes streitet ärgerlich die „Staatsbürger-Zeitung“, die sich bekanntlich etwas darauf zu gute thut, das polizeifreundliche Blatt in Berlin zu sein. Sie verlangt „mehr individuelle Freiheit für die einzelnen Beamten“. Uns will bedünken, daß es den Polizeibeamten, soweit sie Privatpersonen gegenüber agiren, an individueller Freiheit eigentlich nicht mangelt. Wenigstens hat der letzte Mißhandlungsprozeß in uns abermals diese Auffassung hervorgerufen. Desgleichen die verchiedentlichen Thaten der politischen Polizei vor, während und nach dem Sozialistengesetze. Erfolg haben sie aber auch nicht gehabt.

Antisemitisches. Reichstags-Abgeordneter Dr. Bödel hat sich wieder ein eigenes Organ geschaffen. Es ist dies ein in Berlin erscheinendes „unabhängiges und unpolitisches Wochenblatt für Volkswirtschaft und geistiges Leben“, „Der Vorkämpfer“ betitelt, welches den Interessen des deutsch-wirtschaftlichen Verbandes dienen will. — Wie die „New-Yorker Staatszeitung“ erzählt, hat der Reichstags-Abgeordnete Ahlwardt in Hoboken die erste Nummer seiner Antisemitentzung veröffentlicht. „Sein Mitarbeiter und erster Redakteur ist ein Herr Friedow, der in seiner vorchristlichen Epoche den Namen Schmuhl geführt hat.“

Ferdinand Gumbert, der bekannte Komponist so mancher populärer Lieder, ist hier im fast vollendeten 78. Lebensjahre (geboren 22. April 1818) gestorben. Die in ihrer Einfachheit herrlichen Melodien von „Ich bitt Euch, liebe Vögelin“, „Zwei Aengeln braun“, „Was ich so tief im Herzen trage“ u. s. w. sind heute noch in manchen Sängers und mancher Sängerin Munde. Die Beerbigung Ferdinand Gumbert's findet heute, Donnerstag, 4 Uhr nachmittags, auf dem israelitischen Friedhofe in der Schönhauser-Allee statt.

Die Waldpfade in der Umgebung des Müggelsees sollen jetzt Orientierungstafeln erhalten.

Die Große Berliner Pferdereisenbahn-Gesellschaft hat den Fahrpreis für die Linie Spittelmarkt-Treptow auf 15 Pf. herabgesetzt.

Der Vorstand des deutschen Thierschutzvereins bittet das Publikum, welches Hausthiere hält, überzählige junge Hunde und Katzen ihm zu überweisen. Die Abholung wird durch das Thierdepot (Stadtbahnhof 79 und 80 an der Stralauer Brücke), nöthigenfalls unentgeltlich bewirkt. Auch übernimmt der Verein alte, kranke oder überzählige Thiere, sei es zur freien Verfügung oder kranklosen Tödtung durch den Vereins-Thierarzt, welcher im Depot am Montag, Mittwoch und Freitag, im Hof (Schulstraße 112), am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend von 11 bis 12 Uhr zu sprechen ist und zwar für Mitglieder und Unbemittelte unentgeltlich.

Folgende Verichtigung hat Herr Dr. Friedrich Lange, Herausgeber der „Deutschen Zeitung“, der „Täglichen Rundschau“ eingesandt. „Es ist unwar, daß ich meinem Verpader irgend welchen Auftrag an den Verpader der „Täglichen Rundschau“ erteilt habe, mithin auch unwar, daß ich den Verpader der „Täglichen Rundschau“ zu irgend welchem Zwecke zu mir gebeten oder ihm eine Vergütung für irgend eine mir zu leistende Gefälligkeit angeboten hatte. Wahr ist dagegen, daß mein Verpader mir gegenüber die Absicht ausgesprochen hat, mit dem Verpader Ihres Blattes Rücksprache zu nehmen und daß ich ihm in Gegenwart eines Zeugen wiederholt und in bestimmtester Form verboten habe, in meinem Dienste irgend welchen unlauteeren Gebrauch von den Beziehungen seines früheren Dienstverhältnisses zu machen. Dies geschah, nachdem ich ihn auf seine wiederholte Bewerbung um den von ihm jetzt eingenommenen Posten nur unter der ausdrücklichen Bedingung angestellt hatte, daß ich von ihm keinerlei Durchstreichereien zu befürchten hätte. Hat mein Verpader die Aussagen gemacht, so hat er gelogen und außerdem gegen meinen ausdrücklichen Befehl gehandelt; er wird demgemäß zur Verantwortung gezogen

werden. Da ich glücklicherweise für die Unterredung mit meinem Verpachter einen Zeugen habe, so sehe ich der Anzeige bei der Staatsanwaltschaft mit Gelassenheit entgegen."

Von seinem 13 jährigen Bruder ist der 17 jährige Lehrling Hans Sachs in Reinickendorf nicht unbedenklich mit einem Messer verletzt worden, als er diesen, der in betrunkenem Zustande die Passanten auf der Straße antempelte, nach Hause bringen wollte.

Auf dem Wege zum Standesamte wurde Dienstag Vormittag um 11 Uhr der Steiniehgelle Gustav Ferbig aus der Brannenstraße Nr. 104 vom Tode ereilt. Ferbig, ein Mann von 66 Jahren, war seit drei Jahren Wittwer und stand im Begriffe, sich zum zweiten Male zu verheirathen. Dienstag Vormittag sollte die standesamtliche Trauung stattfinden, der bejahrte Bräutigam wurde jedoch, als er seine Braut abholen wollte, in der Weddstraße vor dem Hause Nr. 18b von einem Herzschlage getroffen und verschied auf der Wache des 69. Polizeiregiments, wohin man ihn getragen hatte.

Bei dem Versuch, eine entflozene Taube einzufangen, ist der 15 jährige Knabe Körner vorgestern von dem Dache eines Hauses der Reichenbergerstraße herabgefallen. Das Kind wurde schwer verletzt in ein Krankenhaus gebracht.

Von der Staatsanwaltschaft ist die Leiche eines Kindes beschlagnahmt, das am ersten Feiertage im Krankenhaus starb. Am 3. d. M. war die Wäschefrau Wäblenbeck aus der Schulzenborserstraße 17, deren Mann als Maurer außer dem Hause weilt, in ihrer Küche bei der Wäsche. An der Erde stand ein Kessel mit kochendem Wasser, auf der Maschine eine Kanne mit Kaffee. Von diesem wollte der vierjährige Otto naschen und er benutzte die Gelegenheit, als die Mutter hinausging, um einem Mädchen zu öffnen, das Wäsche brachte. Der Kleine stieg auf den Kesselrand, um die Maschine zu erklettern, fiel in das kochende Wasser hinein und verdrückte sich schwer. Im Krankenhaus ist er seinen Verletzungen erlegen.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 9. April 1896. Ziemlich mildes Wetter mit schwachen westlichen Winden und veränderlicher Bewölkung ohne erhebliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Kunst und Wissenschaft.

Moderner Dichter und Komponisten-Abend. Die Arbeiter-Bildungsschule veranstaltet am Sonnabend, den 18. April, in Keller's Festsaal, Kopenstraße, einen "Modernen Dichter- und Komponisten-Abend". Die Arbeiter-Bildungsschule, so wird uns geschrieben, betritt damit ein neues Gebiet: neben ihrer Hauptthätigkeit, dem methodischen Unterricht, der naturgemäß nur an eine kleinere Anzahl von Arbeitern und Arbeiterinnen ertheilt werden kann, und neben den wissenschaftlichen Veranstaltungen, wie die Kramka-Vorstellungen, will sie von Zeit zu Zeit auch dem Bedürfnisse des arbeitenden Volkes von Berlin nach künstlerischen Genüssen dichterischer, musikalischer und theatralischer Art Rechnung tragen. Den Anfang bildet ein "Moderner Dichter- und Komponisten-Abend", dessen Verlauf etwa folgendermaßen gedacht ist: Einleitend wird ein Vortrag über "Moderne Dichterscharaktere und ihr Verhältnis zur neueren Liederkomposition" gehalten, der in knappen Umrissen die zeitgenössische Dichtkunst, besonders die lyrische, charakterisirt, sowie ihr Verhältnis zur modernen Liederkomposition andeuten soll, um dadurch das Verständnis für die nachfolgenden Gesangsvorträge zu erleichtern. Diesen Theil des Abends hat Schriftsteller Heinrich Schulz übernommen. Im Anschluß daran werden die künstlerisch bedeutendsten und inhaltlich dem modernen Geist am meisten entsprechenden Gedichte zeitgenössischer Dichter, soweit sie von der modernen Liederkomposition berücksichtigt sind, zum gesanglichen Vortrag gelangen. Von den hierzu gehörigen Dichtern seien u. a. Namen genannt wie Villancour, Genz, Ferd. Meyer, die Gebrüder Hart, Bierbaum, Maday, Hensel, der jüngst verstorbene Leopold Jacoby, Robert Seidel, Andorf, Fuhs; von den neueren Liederkomponisten, die von wirklich strebendem Geiste beseelt sind, seien nur Richard Strauß, ferner Max Schilling, Professor Thulle und Hermann Bischoff erwähnt. Außer den Liedervorträgen wird noch Instrumentalkonzert und zwar Kammermusik geboten werden. Ihre Mitwirkung haben bis jetzt bereits eine stattliche Anzahl von Künstlern zugesagt, so die Konzertfängerin Emily Hamann, Martinson (Sopran), der Konzertfänger Emil Severin (Bariton), der Konzertmeister Eugen Donderer (Violoncello), der Kapellmeister Wilhelm Klattke, Hermann Bischoff (Klavierbegleitung) u. a. Wenn man bedenkt, wie den ärmeren Volksschichten durch die hohen Eintrittspreise zu allen musikalischen Veranstaltungen seitens der bürgerlichen Kreise jeder künstlerische Genuß illusorisch gemacht wird, so sollte die Arbeiterchaft Berlins den neuen Versuch der Arbeiter-Bildungsschule freudig begrüßen und sie durch zahlreiche Besuch — wir verweisen in dieser Beziehung auf die glänzenden verlaufene Festkollegien — zu weiteren Veranstaltungen dieser Art ermuntern.

Studentinnen in Genf. Im Winterhalbjahr 1895/96 ludirten an der Universität Genf etwas mehr als 200 Frauen, darunter 188 immatriculirte. Ungefähr ein Drittel ist russischer Nationalität; allein in der medizinischen Fakultät ist ein halbes Hundert Russinnen immatriculirt. Auf sie folgen in der Medizin 18 Polinnen, 5 Armenierinnen, 4 Bulgariinnen, 1 Serbin und 2 Genferinnen, die einzigen immatriculirten Studentinnen der Universität selbst. Am meisten drängt sich das weibliche Geschlecht zu der literarischen Fakultät. Da finden sich unter 109 Immatriculirten 41 Frauen, (davon 17 Deutsche, 7 Russinnen) und unter den Hörern bilden sie sogar die Mehrheit, von 186 eingeschriebenen Hörern sind 75 weiblichen Geschlechts.

Die Aussichten auf Nansen's Rückkehr und auch die Bekämpfung seiner Erfolge beginnen leider zu schwinden. Ueber den Ursprung der ersten Nachricht wird jetzt in russischen Blättern eine Version laut, die geeignet ist, alle Hoffnungen herabzustimmen. Im "Tomski Wistok" liest man: Dieser Tage passirte Tomsk der jaluische Kaufmann Kuschnarew, ein Onkel desselben Kandalow, der die Nachricht über Nansen in die Welt gesetzt hat. Wie der Onkel in Tomsk erzählte, hat sein Neffe eigentlich nur eine Vermuthung aufgestellt. Die Sache verhielt sich folgendermaßen: Von den neu-sibirischen Inseln lehrte eine der drei Partien zurück, die Kuschnarew dahin zur Ausbeutung von Mammoth-Eisenerz expedirt hatte. Diese Eisenerzforscher erzählten, daß sie in der Nähe der neu-sibirischen Inseln ein Schiff mit Europäern gesehen hätten, daß sie jedoch nicht weiter interessirte. Sie wußten eben, daß es Europäer giebt, die sich mit so unnützen Dingen, wie das Befahren des Eismees zu wissenschaftlichen Zwecken beschäftigen, und daß sie gar keine ernsten Zwecke (also Handelszwecke) verfolgen. Daher setzten sie sich auch gar nicht mit dem Schiffe in Verbindung, sondern ließen es ganz unbeachtet. Kandalow, dem die Eisenerzforscher die Nachricht brachten, dachte sofort, daß es sich hier nur um Nansen handeln könnte und schrieb darüber nach Irkutsk, von wo dann die Botschaft die ganze Welt umfloß. Auf den neu-sibirischen Inseln befinden sich gegenwärtig noch zwei Partien der Kuschnarew'schen Eisenerzforscher, die im November zurückkehren müssen und vielleicht nähere Nachrichten über das gesehene Schiff bringen werden.

Eine von der Geographischen Gesellschaft in Petersburg ausgerüstete Expedition zur Erforschung des Districts Zerkut ist am 7. April abgereist. Die Expedition wird erst nach drei Jahren zurückkehren.

Literarisches.

Gabriel Deville: „Principes socialistes“. Unser Genosse Gabriel Deville, der 1888 ein französisches Resümee des „Kapitals“ von Carl Marx schrieb und dessen Schrift über den Anarchismus den deutschen Genossen bekannt ist, hat unter dem Titel: „Sozialistische Grundzüge“ (Principes Socialistes) zum Preise von 3 Frs. 50 Cent. eine Arbeit veröffentlicht, die, in klarer, verständlicher Sprache, eine Art Encyclopädie des Sozialismus bildet. Die Schrift bildet den 1. Band der bei J. Giard u. C. Brière in Paris erscheinenden Internationalen sozialistischen Bibliothek (Bibliothèque socialiste internationale). —

Gerichts-Beilage.

Ein Berliner Börsenblatt vor Gericht. Eine Privatklage des Kommerzienraths Hugo Landau und des Generalconsuls Eugen Landau gegen den Chefredacteur der „Bank- und Handelszeitung“, Walther Mandl, die gestern das hiesige Schöffengericht beschäftigte, scheint sich zu einer Art Monstreprozess auszuwachsen zu sollen. Die Inhaber der Firma Jakob Landau sind seit geraumer Zeit Gegenstand heftiger Angriffe der „Bank- und Handelszeitung“. Diese hat in drei Artikeln unter der Ueberschrift „In eigener Sache“, „Eugen Richter, der Beschützer der Unschuld“ und „Das Recht auf Diskussion“ Verleumdungen gegen die Privatkläger geschleudert und zwar, indem sie Vorgänge besprach, die bei der Aktiengesellschaft Glabendeck, bei der Hofier Janderrosier und bei der Jeserich-Walsh-Gesellschaft angeblich vorgekommen seien. Die Ehre der Privatkläger, die bei diesen Gesellschaften als Aufsichtsräthe bezw. Hauptaktionäre betheiligte sind, wird durch verschiedene Nebenwendungen auf das Heftigste angegriffen; es wird behauptet, daß „die Manipulationen der Firma Jakob Landau dem armen Privatpublikum Millionen Mark kosten“, daß die „Freisinnige Zeitung“ sich vergeblich mit der Ehrenrettung dieser Manipulationen abmühe, und es werden dann allerlei Angriffe auf die persönliche und geschäftliche Ehre der Privatkläger gerichtet. Zum gestrigen Termin, in welchem die Kläger durch Rechtsanwalt Träger, der Angeklagte durch den Rechtsanwalt Leonh. Friedmann vertreten waren, hatten beide Parteien umfangreiche Schriftsätze eingereicht. Der Angeklagte, welcher erklärte, für alle in den Artikeln aufgestellten Behauptungen den Beweis der Wahrheit führen zu können, stellte es so dar, als ob seine Artikel nur Entgegnungen und Vertheidigungen gegen Angriffe der „Freisinnigen Zeitung“ gewesen seien. Klägersicherheits war dagegen ein umfangreicher Beweis dafür angeboten worden, daß der Angeklagte mit seinen Angriffen nicht „berechtigter“ Interessen, sondern sehr unberechtigter Interessen des eigenen Geldbeutels verrette. Es wurde behauptet, daß der Angeklagte Bankiers, Bankhäuser und Aktiengesellschaften sich tributpflichtig zu machen und namentlich dadurch zur Ueberlassung von Inseraten und Prospekten zu nöthigen Suche, daß er sie heftig angriffe und ihnen dann den Preis des Friedens diktiere. Die Kläger behaupteten trotz des Widerspruchs des Angeklagten, daß auch dessen Gehässigkeit gegen sie auf derselben Grundlage beruhe. Insbesondere erklärte sie sich zum Beweise dafür bereit, daß der Angeklagte ohne Auftrag Börsen-Annoncen in seiner Zeitung abdrucken und dann die Rechnungen dafür den betr. Gesellschaften mit der Bitte um Honorirung zuzuschicken pflege. Der Angeklagte bestritt zunächst die Thatsache, als ihm aber Briefe vorgelegt wurden, welche nachwiesen, daß er bei der Breslauer Diskontobank in dieser Art vorgegangen, gab er die Möglichkeit zu, zu verweigerte aber weitere Auskunft nach dieser Richtung hin, da er meinte, daß solche Sachen doch weit ab von dieser Privatklage lägen, und er über die Lage der einzelnen Fälle unmöglich sofort Auskunft geben könne. Der Amtsrichter war anderer Ansicht. Er meinte, daß es doch zur Beurtheilung der Frage nach der Vertretung „berechtigter Interessen“ wichtig sei, zu prüfen, auf welche Motive des Angeklagten Angriffe gegen die Privatkläger zurückzuführen seien. Es wurde deshalb beschlossen, die Sache zu vertagen, um Gelegenheit zu gewinnen, die von den Privatklägern gegen den Angeklagten in der angebotenen Richtung erhobenen Beschuldigungen, deren das Schriftstück des R. M. Träger eine ganze Reihe enthält, näher zu prüfen, auf der anderen Seite aber auch, um sich über den vom Angeklagten angebotenen Wahrheitsbeweis näher zu orientiren.

Der Bibelversuch: „Wenn dich jemand auf die rechte Wache schlägt, so reiche ihm auch die linke dar“ fand gestern vor Gericht eine eigenartige Illustration. Wegen Beleidigung eines katholischen Priesters wurde unser Parteigenosse Johann Pichocky vor der III. Strafkammer hiesigen Landgerichts I zur Verantwortung gezogen. Der Angeklagte ist verantwortlicher Redacteur der in Berlin in polnischer Sprache erscheinenden sozialdemokratischen Arbeiterzeitung. Die letztere brachte in ihrer Nummer vom 16. November v. J. eine Korrespondenz aus Kattowitz, in welcher der in einem dort benachbarten Ort amirende Pfarrer Max Stroder angegriffen wurde. Dieser hatte am 3. November über das Evangelium „Gebt Gott, was Gottes ist, und dem Kaiser, was des Kaisers ist“ gepredigt, und soll dabei, wie in der Korrespondenz behauptet wurde, auf die Sozialdemokratie gescholten haben. Der Angeklagte hatte eine Reihe von Personen angegeben, die bezeugen sollten, daß die Behauptungen des Kritikers der Wahrheit entsprächen. Den Wahrheitsbeweis hielt das Gericht aber nicht für erbracht. Der Staatsanwalt beantragte 3 Monate und der Gerichtshof erkannte auf einen Monat Gefängnis.

Der Arbeiter August Bippel kam in etwas angetrunkenem Zustande am 16. Dezember v. J. in die 177. Gemeinde-schule in der Weißbierstraße, um sich zu erkundigen, warum er wegen Schulverweigerung seines Kindes zwei Mark Strafe zahlen sollte. Als der Rektor nicht zu sprechen war, beschimpfte Bippel einen Lehrer und mußte, als er sich nicht entfernte, von einem Schuttmann forgebracht werden. Die 140. Utheilung des Schöffengerichts verurtheilte J. zu 3 Monaten Gefängnis.

Einen Beitrag zu dem Kapitel von der Diensthöhenbehandlung in Berlin und Umgegend hat der Fahrradfabrikant Hermann Barta in der Bergstraße zu Myrdorf zu liefern gesucht. Derselbe unternahm eines Tages ein Attentat auf die Ehre seines Dienstmädchens, welches allerdings nur den Erfolg hatte, daß gegen den stürmischen Dienstherrn eine Anklage wegen thätlicher Beleidigung erhoben wurde. Für eine Anklage wegen verführerischer Nothzucht fand die Staatsanwaltschaft nicht ausreichendes Belastigungsmaterial. Die Verhandlung fand vor der II. Strafkammer am Landgericht II unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt und endete mit der Verurtheilung des Angeklagten zu der Geldstrafe von 200 Mark und den Kosten des Verfahrens.

Auf dem Gebiete der Gewerbesteuer hat der „Voss. Ztg.“ zufolge, das Oberverwaltungsgericht aus Anlaß des Falles, daß ein Parteigenosse möblierte Zimmer seines Hauses vermietet, den wichtigsten Grundsatz ausgesprochen: Das Vermietern mobiler Zimmer (Wohnungen) bildet stets einen steuerpflichtigen Gewerbebetrieb. Zur Begründung wurde nach Mittheilungen der „Voss. Ztg.“ angeführt: Es ist zwar richtig, daß bei dem Zutreten von Leistungen des Vermieters behufs Bedienung oder Verpflegung des Miethers die Merkmale des Gewerbebetriebes, nämlich des Weberbergungsgewerbes, deutlicher erkennbar sind. Allein schon die bloße Darbietung der Möbel zum Gebrauche des Miethers gegen Entgelt, welche mit der Vermietung mobiler Zimmer stets verbunden ist, erfüllt den steuerlichen Gewerbebegriff. Nur die Vermietung des nackten Gebäudes stellt sich als einem dem gewerblichen Gebiete entzogene, reine Nutzung des Grund-

Gebäudebesitzes dar. Die seitens des Hausbesizers bewirkte Ausstatung des Gebäudes oder eines Gebäudetheiles mit Möbeln zum Zweck der dauernden oder wiederholten Vermietung erscheint als eine über die Grenze der reinen Immobiliennutzung hinausgehende gewerbliche Thätigkeit, welche dem ganzen Gewerbegebiet den Charakter des Gewerbebetriebes ausdrückt.

Soziale Rechtspflege.

Lehrlingsausbildung. Der Versicherungsbeamte Sch. klagte gegen den früheren Kaufmann, jetzigen Buchdruckereibesitzer B o l k m a n n auf Aufhebung eines Lehrvertrages, den er für seinen Sohn mit dem Beklagten abgeschlossen hatte. Der Kläger begründete seinen Antrag damit, daß B o l k m a n n seinen Verpflichtungen als „Lehrherr“ in keiner Beziehung nachgekommen sei. Obwohl der Sohn habe Schriftsetzer lernen sollen, wäre er viel zu Gängen benutzt und auch an der Maschine beschäftigt worden. Dann hätte den Lehrlingen des Beklagten auch keine tüchtige, technisch gebildete Kraft zur Seite gestanden, die ihre gründliche Ausbildung hätte vornehmen können. Gehilfen wären überhaupt nur zeitweilig im Betriebe thätig gewesen. Und bei all' diesen Umständen sei es dem Lehrling nicht mal ermöglicht worden, die Fachschule zu besuchen. — Die Kammer hob unter dem Vorbehalt des Affesford A l t m a n n den Lehrvertrag auf, nachdem sie eine Beweiserhebung veranlassen hatte. Zur Begründung des Urtheils führte der Vorsitzende u. a. aus: Da der Beklagte nicht Fachmann sei, hätte er unter allen Umständen für eine geeignete technische Vertretung sorgen müssen. Diese sei aber, nach der Zeugenaussage und den vorgelegten Arbeitsproben zu urtheilen, absolut nicht vorhanden gewesen. Die betreffenden Arbeiten strotzten, wie die sachverständigen Besitzer feststellten und an einer besonderen Arbeit erläuterten, von typographischen Fehlern. Speziell wäre der als Zeuge vernommene Schriftsetzer vollständig unfähig, Lehrlinge auszubilden. Bemerkte sei noch, daß Sch. junior seit kurzem der zweite Lehrling ist, welcher Herrn B o l k m a n n auf dem gekennzeichneten Wege verloren geht. Drei junge Leute stehen jetzt noch unter seiner päterlichen Zucht; die in den betreffenden Kontrakten enthaltenen Kontraktbuchauslagen sehen keine geringeren Strafen als 500 M. vor. Wenn das nicht zieht! —

Versammlungen.

Die Agitations-Kommission für den Austritt aus der Landeskirche hielt am 30. März eine Versammlung in Klem's Volksgarten ab. Das Referat hatte Dr. P i n u übernommen und nahm in der Diskussion mehrfach Segner das Wort.

Freireligiöse Gemeinde. Donnerstag, den 4. April, abends 8 Uhr päpstlich, Rosenholzerstr. 28: Beschließende Versammlung. Vorwahl. Nege Betheiligung erwünscht.

Vermischtes.

Duelljaffe 'Schall II'. Der „Voss-Zeitung“ wird geschrieben: Die Duell-Mauseri, welche vor einiger Zeit im Oberholze bei Dersenburg in der Nähe von Halberstadt zwischen dem Lieutenant der Reserve Moosbale und Schwanecke stattgefunden hat, verdient insofern Beachtung, als ein Theologe eine merkwürdige Rolle dabei gespielt hat. Nachdem die dem Moosbale von Schwanecke zugesagte Beleidigung dadurch beglichen worden war, daß letzterer dem erstern Abdille gethan, belegte Moosbale jun. den Schwanecke mit Ausdrücken wie Schuft, Lump u. c.; da Sch. jedoch hierauf nicht reagierte, Lieutenant M., aber auf alle Fälle eine Entscheidung herbeizuführen wünschte, gab der Kandidat der Theologie K., welcher hier als Lehrer an einer Privatschule thätig ist, dem Lieutenant M. den Rath, diesen Fall der studentischen Verbindung, welcher Sch. angehört, mitzutheilen; diese werde den Sch. veranlassen, den M. zu fordern, was denn auch geschehen ist. Dem Duell, welches an einem Sonntagmorgen stattfand, hat auch der Herr Kandidat K., welcher am 1. Juni d. J. als wohlbestallter Geistlicher in ein Pfarramt treten wird, mit beigewohnt.

Kindisch. Aus den Glückwunschkarten, die dem Fürsten Bismarck am 1. April zugehen, dünkte den „Hamb. Nachr.“ das nachstehende Schreiben „politischen Inhalts“, das den Posttempel eines Ortes in der Uckermark trägt und adressirt ist: An Herrn v. Bismarck, Friedrichruh, werth, hier im Wortlaut wiedergegeben zu werden:

Lieber Bismarck.
Ich gratulire zum Geburtstag. Papas Kühe haben die Maul- und Klauenseuche. Papa sagt, da ist nur Capriivi dran schuld. Mein Bruder ist schon von der Milch krank geworden. Bitte, schreiben Sie mir bald einen Brief. Viele Grüße.
Sch. bei S. Uckermark
Cruft Sch.
31 M. 1896.

ich gratulire auch
Frida.

Bereits 1848 war es in Ostbaltien Sitte, den Demokraten die Schuld zu geben, wenn die Kartoffeln nicht gedeihen wollten. Jetzt scheint Capriivi in agrarischen Familienkreisen die Rolle des Buhmannen zu spielen. Vielleicht ist dies christlich-patriotische Kindererziehung.

Im Wärengraben zu Bern wurde Mittwoch früh der gerissene Körper eines Mannes aufgefunden, welcher während der Nacht in den Zwinger gestürzt sein muß.

Im Eschthal ist am 7. April ein verheerender Waldbrand ausgebrochen, der große Dimensionen annimmt, so daß auch Meran ernstlich bedroht ist.

Absturz einer Lokomotive. Aus London wird vom 7. April berichtet: Bei der gestern erfolgten Eröffnung der Enonbon-Bergbahn löste sich auf der Rückfahrt die Lokomotive los, stürzte über den Abhang hinab und wurde zerschmettert. Der Maschinenist und der Heizer retteten sich durch Abspringen; die Wagen wurden durch schnelles Bremsen sofort zum Stehen gebracht. Nur ein Passagier, welcher abgesprungen war, wurde getödtet, einige Passagiere erlitten leichte Verletzungen. Die Maschine hatte bei der Entgleisung eine Telegraphenlange umgeworfen, wodurch auf der Anhöhe die Signallinse für die Ablassung des zweiten Zuges in Bewegung gesetzt wurde. Dieser lief in einen Wagen des ersten Zuges hinein, welcher eine Strecke die Bahnlinie entlang geschleudert wurde. Die Passagiere hatten den Wagen verlassen.

Ein Doppelmord ist am Sonnabend in London verübt worden, der um so erschreckender ist, als er zur Mittagstunde und im Herzen von Whitechapel, dem sehr volkreichen Viertel, begangen wurde. Die Mörder drangen in das Haus eines 74-jährigen Mannes John Levy ein, der für wohlhabend galt, und brachten dem Greis, sowie dessen in den besten Jahren stehender Wirthschafterin mit einem Fleischermesser Schmitze in den Hals bei, die den schnellen Tod der Angegriffenen zur Folge hatten. An der Vererbung des Ermordeten wurden die Verbrecher jedoch dadurch gehindert, daß eine Verwandte Levy's, die von diesem zum Mittagbrot eingeladen war, Polizisten herbeiholte, als ihr auf wiederholtes Klopfen das Haus nicht geöffnet wurde. Einer der Uebelthäter suchte sich durch Flucht auf das Dach zu retten. Ein Polizist folgte ihm jedoch dahin und der Verbrecher stürzte sich auf die Straße hinab. Er brachte dabei ein Kind, das an der Hand der Mutter an dem Hause vorüberging, zu Falle, ohne es jedoch ernstlich zu beschädigen, während er selbst schwere innere Verletzungen erlitt. Von seinen Helfershelfern hat die Polizei bisher keine Spur entdeckt.

Eine Pockenepidemie greift in Gloucester um sich. In der vorletzten Woche wurden 172 und in der letzten Woche 195 Erkrankungsfälle konstatiert. 104 Personen sind der Krankheit bereits erlegen. Zur Hilfeleistung gingen 30 Londoner Aerzte nach Gloucester ab.

Sozialdemokratische Parteitage.

Parteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs. III.

Prag, 7. April 1896. Die heutigen Verhandlungen leitet Dr. Thaddäus Reger, der Organisator der polnischen Bergarbeiter im Karoliner Revier. Die Debatte über die Wahlreform wird fortgesetzt. Die Mehrheit der Redner tritt für den Antrag der Parteivertretung ein, die Minderheit verteidigt den Antrag der mittelmährischen Organisation und bekämpft die Beteiligung an den Wahlen auf Grundlage der badenischen Wahlreform.

Die Ansichten eines Theiles der Minorität kommen in folgender von dem italienischen Delegierten Serin gestellten Resolution zum Ausdruck:

„In Erwägung, daß das Wahlreformprojekt Baden den Forderungen der Sozialdemokratie nicht entspricht, beschließt der Parteitag, das (vorangeseht, daß der Entwurf Gesetz wird) die Parteikandidaturen aufzustellen und mit der Verpflichtung für die Gewählten, im Parlament die Forderung des allgemeinen Wahlrechts zu erheben, dann aber sofort ihre Mandate niederzulegen, um Ergänzungswahlen zu provozieren, worauf sie neuerdings kandidieren sollen, und so fort, bis unsere Forderung erfüllt ist.“

Um scharfsten spricht sich die Opposition in der Rede des Delegierten Mornik aus Wien I. Bezirk aus. Der Redner ist der Ansicht, daß die Parteivertretung gegenüber der Wahlreform Baden, deren Inhalt dem Dr. Adler schon vor der Unterbreitung wertwürdiger Weise bekannt gewesen sei, eine zweideutige Haltung eingenommen habe. Nur um diese zu bemängeln, sei man in die Kommunalwahlen eingetreten. Nach einigen Angriffen gegen einzelne Mitglieder der Parteivertretung beantragt er ein Misstrauensvotum gegen diese.

Abg. Bernerstorfer: Ich gebe zunächst die Erklärung vor dem Parteitag ab, daß ich, wenn ich in der fünften Kurie kandidiere, unter keinen Umständen gegen einen sozialdemokratischen Kandidaten kandidieren werde. (Beifall.) Seit Monaten wußten wir, was als Wahlreform von Baden vorgeschlagen werden würde. Das wußte nicht Dr. Adler allein (Heiterkeit), das wußten die jugoslawischen Abgeordneten, die in ihren Blättern darüber berichteten, das wußte jeder Abgeordnete, der nicht blind und taub ist. Wie der badenische Entwurf zu beurteilen ist, darüber ist jeder Mensch sich klar. Er ist ein miserables Nachwerk. Wir dürfen uns nicht in Deklamationen gegen dies Konstrukt ergreifen, sondern die Dinge nehmen, wie sie sind. Das ist ja der Stolz der Sozialdemokratie aller Länder, sich immer klar über die Verhältnisse zu sein und diesen Verhältnissen angepaßt zu arbeiten, ohne das Prinzip zu verlassen. (Bravo.) Der badenische Entwurf wird Gesetz werden. Möglicht ist nur, daß die kleine Opposition im Parlament durch konsequente Obstruktion gewisse Verbesserungen (direkte Wahl, Wahl am Sonntag) durchsetzt.

In der Serin'schen Resolution kommt der heißblütige Italiener zum Vorschein. Durch beständige Protestwahlen würde nur erreicht werden, daß das Parlament kalt lächelnd ein Gesetz annimmt, wonach solche Wahlen ungültig sind. Die Waffe kann man sich nicht immer selbst wählen, auf die Soldaten kommt es an, die sie tragen. (Beifall.) Bei den Wahlen kann die Partei eine kolossale Agitation entfalten. Wahlversammlungen tagen ohne polizeiliche Überwachung. Das ist besonders für die Provinz von großer Bedeutung, die unter der Willkür der Regierungsvertreter zu leiden hat. (Beifall.) Schon jetzt ist die Sozialdemokratie ein politischer Faktor. Ihre Bedeutung wird noch wachsen, wenn sie Abgeordnete im Parlamente hat. In Oesterreich genießen die Abgeordneten viele Privilegien. Ihnen öffnen sich Thüren, die sonst verschlossen sind. Schon jetzt hat die Anwesenheit von zwei, drei Leuten im Parlament genügt, um eine Menge Dinge zu beleuchten, die sonst nie beleuchtet worden wären und die öffentliche Meinung darüber aufzuklären, die sonst, wie es in Oesterreich üblich ist, verpumpt wäre. Ein weiterer Vorzug ist die Immunität des Abgeordneten. Es ist doch nicht der Beruf eines sozialdemokratischen Agitators, beständig im Gefängnis zu sein. (Heiterkeit.) Er soll draußen sein, draußen wirken. Durch die Wahlen bekommen Sie mindestens zehn Leute, die man nicht beständig einsperren kann. Die neue Kurie wird überhaupt mehr volkstümliches Material im Parlament liefern, als es die alten Stammsitzhaber (Heiterkeit) bisher gethan haben. Die Situation ist für Sie unbeschreiblich. Mit der badenischen Wahlreform ist die Wahlrechtbewegung nicht beendet. Sie wird im neuen Parlament sofort wieder aufstehen und noch mehr als bisher in den Vordergrund des öffentlichen Lebens treten. In einer Versammlung von unentschlossenen Leuten bedeutet 10 entschlossene Leute etwas. Ich schließe also mit dem Vorschlag: Erheben wir uns zu einem feierlichen, mit allen Schimpfwörtern des deutschen Reichs angetragenen Protest (Stürmische Heiterkeit) gegen die badenische Reform, ergreifen wir aber dann, weil wir vernünftige Leute sind, auch die schlechte Waffe und kämpfen wir weiter mit ihr an der kompetenten Stelle. Schlagen wir uns nicht stolz seitwärts in die Wäsche. Jede Frage der Taktik muß kühl erwogen werden. (Lebhafter Beifall.) Die einzige Quelle, aus der in Oesterreich die Wasser der Zukunft fließen, ist die Arbeiterbewegung. In ihrem Siege ist alles eingeschlossen, was wir in Oesterreich an Freiheit und ökonomischer Entwicklung erwarten können. (Lebhafter Beifall.) Die Mittagspause tritt ein.

In der Nachmittags-Sitzung gelangt ein Schreiben von Wilhelm Liebknecht zur Verlesung, in dem er für die zahlreichen Glückwünsche aus Oesterreich seinen warmen Dank ausdrückt.

Es wird hierauf mitgeteilt, daß die Firma Brüder Perach in Lieben heute 500 streikende Arbeiter aus den Wohnungen getrieben habe. (Lebhafte Pfuiwaise.) Den Streikenden werden 100 Gulden bewilligt und mit der Sympathie für die hungernden Arbeiter die Verachtung über die Haltung der bloßen liberalen und jugoslawischen Presse in dieser Angelegenheit ausgesprochen.

Nach Eintritt in die Tagesordnung wird die Wahlreformdebatte fortgesetzt. Die meisten Redner vertreten den Standpunkt der Parteivertretung.

Daszinski-Krakau verwirft die Abstimmungs- und Protestpolitik.

Wesel, Graz: Vor zwei Jahren war ich Anhänger des Generalstreiks. Ich habe mich aber davon überzeugt, daß der Generalstreik in Oesterreich nur ein Streik der Generale, aber nicht der Massen sein würde. (Große Heiterkeit.) Ich bin davon abgekommen. Wir müssen uns mit der Wahlreform des Genossen Baden befassen. (Stürmische Heiterkeit.)

Reichstags-Abgeordneter Wollenkühler stellt einige Irrthümer der Debatte richtig. Die deutschen Sozialdemokraten bedauern am allermeisten die betrieblige Thatsache, daß die moderne Arbeiterbewegung in den Bergwerkdistricten Oberschlesiens und der Saar noch so wenig Eingang gefunden hat. Sie können aber zunächst nicht viel daran ändern. Versucht ist beständig worden, in das ober-schlesische Revier einzudringen. Durch die Entwicklung der politischen Bewegung in Deutschland ist der

gewerkschaftlichen Bewegung durchaus nicht der Boden entzogen worden. Wo eine starke politische Bewegung ist, da ist auch eine starke Gewerkschaftsbewegung. In Oberschlesien und an der Saar sind Partei und Gewerkschaften schwach vertreten. Es ist ein Fehlschluß, daß beide Bewegungen nicht neben einander bestehen können.

Was die Wahlreformfrage betrifft, so hebt Redner hervor, daß wenn die Sozialdemokratie eines Landes so lange darauf warten wolle, bis das Wahlrecht nach ihren Wünschen ist, sie sich überhaupt nie an den Wahlen beteiligen könnte. Redner verweist auf Belgien und England und hebt die agitatorische Wirkung der Wahlagitatorien hervor. Die Reden im Parlamente bringen in Kreise, die sonst gar nicht von der Sozialdemokratie berührt werden. Nicht unsere 47 Mandate bedeuten etwas, sondern die zwei Millionen Stimmen, die für uns abgegeben sind, bilden unsere Macht im Volke! Solche Armeen werden Sie auch ausbilden können. Die Vorbereitungen zur Wahl müssen zeitig getroffen werden. Die Organisationsarbeit muß hinter Ihnen liegen, wenn Sie in den Wahlkampf gehen. (Beifall.)

Für die Opposition gegen die Wahlbeteiligung beantragt Dr. Verfil-Neunkirchen:

„Die Regierungsvorlage betreffend die Wahlreform ist auf das entschiedenste zu bekämpfen. Mit allen Mitteln muß verhindert werden, daß diese Regierungsvorlage Gesetz und daß auf Grund dieser Regierungsvorlage gewählt werden kann.“

Wenn der Karren verfahren sei, so sei dies Schuld der Parteivertretung, die während der zwei Jahre die Partei nicht gehörig vorwärts gebracht habe und das Nachvertrauen der Partei lässlich vertilgere.

Die Debatte spinn sich bis in die Abendstunden fort, ohne daß wesentlich neues gesagt wird.

Von den tschechischen Rednern spricht sich die Mehrheit gegen die Wahlbeteiligung aus, während von den früheren Anhängern des Massenstreiks die meisten erklären, daß sie von ihrem Standpunkt zurückgekommen seien. In den fauren Äpfel der Resolution der Parteivertretung muß gebissen werden, weil es der Äpfel der Erkenntnis der tatsächlichen Machtverhältnisse sei.

In seinem Schlusswort hebt der Referent für die tschechische Nationalität Steiner-Prag hervor, daß 2/3 der tschechischen Delegierten für die Resolution der Parteivertretung und nur 1/3 dagegen stimmen werde.

Dr. Adler weist in seiner mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Schlussrede die Angriffe gegen die Parteivertretung zurück und empfiehlt nochmals die Annahme der Resolution. Mit diesem Beschlusse trete die österreichische Sozialdemokratie in eine neue Epoche: sie trete zum ersten Male in einen modernen politischen Kampf mit modernen politischen Waffen und beginne damit erst eine moderne politische Arbeiterpartei zu werden.

Es wird zur Abstimmung geschritten. In namentlicher Abstimmung wird die Resolution der Parteivertretung mit 101 gegen 9 Stimmen, bei 7 Stimmenthaltungen, angenommen.

Beschlossen wird ferner die Beteiligung an den Landtagswahlen und die Herausgabe eines Leitfadens zu den Reichstagswahlen.

Die Anträge der Opposition werden gegen eine verschwindende Minorität (1 bis 7 Stimmen) abgelehnt. Ueber den Antrag, die Kandidaten auf das Gauselber Programm zu verpflichten, wird zur Tagesordnung übergegangen. Der Antrag der Parteivertretung wegen ihres Verhaltens zu badenischen Wahlreform ein Misstrauensvotum zu erheben, wird gegen 2 Stimmen abgelehnt. — Als Wahltag soll der Sonntag gefordert werden.

Die Weiterverhandlung wird vertagt. Schluß 8 1/2 Uhr.

Gewerkschafts-Kongresse.

Erster Kongreß aller auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands.

Konntag, den 6. April.

Zweiter Tag.

In das Bureau werden gewählt: Penn-Berlin, 1. Vorsitzender; Fräulein Schrein-Vielefeld, 2. Vorsitzende; Eische-Dresden, Schriftführer.

Der Vorsitzende verliest zunächst mehrere eingelaufene Begrüßungsgramme. Den ersten Gegenstand, der jetzt zur Beratung gelangt, bildet „Die Lage der weiblichen Angestellten im Handelsgewerbe.“ Fräulein Clara Daase-Berlin, welche hierzu referiert, führt etwa folgendes aus: Das Glend der Handlungsgehilfin unterscheidet sich in nichts von dem Glend der Fabrikarbeiterin. 45 M. pro Monat bildet den Durchschnittslohn für alle weiblichen Angestellten und dies bei einer viel längeren Arbeitszeit. Die Handlungsgehilfin selbst haben das größte Interesse daran, sich mit den Forderungen der weiblichen Angestellten zu beschäftigen.

Das, was die weiblichen Angestellten wollen, hat Rednerin in folgender Resolution niedergelegt, welche einstimmige Annahme findet:

„In Erwägung, daß infolge geringer Entlohnung der Frauenarbeit im Handelsgewerbe auch die Lage der männlichen Angestellten mehr und mehr verschlechtert wird, erachtet der Kongreß es für unbedingt notwendig, ganz energisch die Forderung gleicher Bezahlung bei gleicher Leistung für die Kolleginnen zu erheben.“

Es weiterhin gelangt ein Antrag zur Annahme, daß die Agitationskommission der Handlungsgehilfen Deutschlands auch die Agitation unter den Gehilfinnen zu betreiben hat und in der Kommission die Gehilfinnen durch ein Mitglied vertreten sein sollen. Im Anschluß hieran wird beschlossen, Fräulein Daase eine größere Agitationstour nach allen größeren Plätzen Deutschlands unternehmen zu lassen. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Einführung einer einheitlichen Ladenschlussstunde“ wird nach einem Referat von D a n i e l - Magdeburg folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Der Kongreß erklärt, daß der gesetzliche Aktstundentag nicht bloß für offene Verkaufsgeschäfte, sondern für die Angestellten des gesamten Handelsgewerbes nach wie vor mit allen Kräften zu erstreben ist. Als Uebergangsstadium erscheint der von der Reichskommission für Arbeiterstatistik vorgeschlagene Abend 8 Uhr Schluß ohne alle Ausnahme, aber für alle Handelsgeschäfte überhaupt als annehmbar. Der Kongreß hält jedoch die von der Reichskommission vorgeschlagene Eröffnungsstunde für viel zu früh auf 5 Uhr morgens festgesetzt, und verlangt die Einführung einer Eröffnungsstunde auf 8 Uhr morgens. Außerdem ist für die jugendlichen Personen bis zu 18 Jahren eine um mindestens 2 Stunden kürzere Arbeitszeit einzuführen.“

Hieran sich anschließend, wird ein Antrag Blum-Berlin angenommen, nach welchem der Kongreß die Einführung des obligatorischen Fortbildungs-Unterrichtes für alle jugendlichen Arbeiter unter 18 Jahren im Handelsgewerbe durch Reichsgesetz während der Geschäftsstunden fordert.

Bzüglich des Punktes über „die Sonntagstrübe“ wird ohne weitere Debatte eine Resolution Blum-Berlin angenommen, nach der der Kongreß die Einführung einer vollständigen Sonntagstrübe durch Reichsgesetz für notwendig erachtet. Da aber auch den Kommunalverwaltungen das Recht zusteht, eine Einschränkung der Sonntagstrübe

herbeizuführen, werden die Delegierten verpflichtet, in ihren Städten mit Hilfe der sozialdemokratischen Gemeindevertreter oder durch Petitionen eine Verkürzung resp. Abschaffung der Sonntagarbeit durch Ortsstatut zu erstreben.

Ueber die Stellung der Handlungsgehilfen zur Versicherungs-Gesetzgebung wird nach einem Referat von W i l d e - Berlin folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Der pp. Kongreß empfiehlt den auf gleichem Standpunkt stehenden Gehilfen-Organisationen zur Versicherungs-Gesetzgebung folgende Stellung einzunehmen:

1. Das Kranken-Versicherungsgesetz ist auf alle Handlungsgehilfen auszuweiten.
2. Mit bezug auf das Alters- und Invaliden-Versicherungsgesetz ist eine Aenderung dahin zu erstreben, daß die Altersgrenze der Versicherten auf 55 Jahre herabgesetzt und die Rente erhöht werden.
3. Die Unfall-Versicherungsgesetzgebung ist auch auf die Handlungsgehilfen auszuweiten mit der Maßgabe, daß die Verwaltung der Versicherungsanstalten von den Versicherten selbst übernommen wird.“

Ferner wird hierzu noch ein Antrag Blum-Berlin angenommen, der die Delegierten verpflichtet, für eine regere Beteiligung der Handlungsgehilfen an den Krankenkassen-Wahlen in ihren Städten Sorge zu tragen. Nunmehr kommt der auf Antrag des Dr. Quard auf die Tagesordnung gesetzte Punkt: Stellungnahme gegen die §§ 9 und 10 des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes, zur Verathung. Von einem Referat wird Abstand genommen und folgende Resolution von Dr. Quard-Frankfurt a. M. angenommen:

„Der Kongreß erklärt: Die Annahme der §§ 9 und 10 des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes durch den Reichstag würde von den Handlungsgehilfen Deutschlands als einfache Vergeltung im Interesse der Prinzipale empfunden werden. Obgleich nun der Kongreß es begründen könnte, wenn die Klasse der gleichgiltigen Kollegen durch solche Rachsenschläge ausgerüttelt würde, so richtet er doch an den Reichstag in letzter Stunde die energische Aufforderung die erwähnten Strafparagrafen vollständig abzuschaffen, weil sie ein Ausnahmengesetz sind, das nicht einmal für Beamte in Gültigkeit ist, weil sie Geschäftsvorteile schätzen, die der Handlungsgehilfe durch seine Arbeit mit errungen hat, weil sie unmündige Personen mit Gefängnisstrafe bedrohen und weil sie endlich ganz einseitig die angehenden Geschäftsgeheimnisse des Prinzipals schützen sollen, während der Prinzipal die Geheimnisse der Gehilfen ungestraft soll verrathen dürfen.“

Die beiden Punkte „Stellung der Handlungsgehilfen unter die Gewerbe-Ordnung“ und „die Lehrlingsfrage“ werden zusammen beraten. Nach eingehenden Referaten von H i n g e - Halberstadt und W i l d e - Berlin wird eine Resolution angenommen, nach der der Kongreß an den Reichstag und Bundesrath das dringende Ersuchen richtet, die Ausdehnung der Gewerbe-Ordnung auf alle Handelsbetriebe baldigst zur Durchführung zu bringen. Auch hält der Kongreß die Anstellung von durch Gehilfen gewählten Handelsinspektoren zur Beaufsichtigung der Forderungen notwendig. Hierzu wird noch ein Amendement D ö r n b e r g e r - Stuttgart und J a f r o w - Mannheim angenommen, nach dem der Kongreß beschließt, daß, für den Fall der Ablehnung der Unterstellung von Handlungsgehilfen unter die Gewerbe-Ordnung, es dringend notwendig ist, daß die §§ 118, 119a, 120, 120a, b, c, e, 134, 135, 136, 137 der Gewerbe-Ordnung in das Handels-Gesetzbuch aufgenommen werden. Zu diesem Zwecke werden die Delegierten aufgefordert, durch Petitionen die Kommission zur Revision des Handels-Gesetzbuches zu ersuchen, Auskunftspersonen der Freien Vereinigungen der Kaufleute zu vernehmen.

Angenommen wird gleichfalls eine Resolution W i l d e - Berlin, die verlangt, daß die im Handelsgewerbe beschäftigten jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen unter 18 Jahren ebenfalls den in der Gewerbe-Ordnung enthaltenen Schutzbestimmungen unterstellt werden.

Zum nächsten Gegenstand der Tagesordnung „Die Ausdehnung der Gewerbe-Ordnung auf die Handlungsgehilfen“ hält L i p i n s k i - Leipzig das Referat. Folgende Resolution wird angenommen:

„Der Kongreß erachtet die jetzt den Handlungsgehilfen gewährte Rechtshilfe, den veränderten sozialen Verhältnissen nicht mehr entsprechend, für ungenügend, da die Handlungsgehilfen keinen sozialen Einfluß auf die Rechtspflege haben, das Klageverfahren vor den Amts- bezw. Landgerichten ein kostspieliges und langwieriges ist und fordert die Ausdehnung der Gewerbe-Ordnung auf die Handlungsgehilfen und Gehilfinnen. Obgleich der Kongreß die Gewerbe-Ordnung nicht als fehlerfrei betrachtet, steht er in der Kompetenzverweiterung der Gewerbe-Ordnung auf die Handlungsgehilfen eine Verbesserung der Rechtshilfe der Handlungsgehilfen, weil hierdurch eine soziale Vertretung, eine schnelle, sachliche, und billige Erledigung der Streitigkeiten ermöglicht wird; er erklärt sich gegen die Angliederung sogenannter kaufmännischer Schiedsgerichte an die Amtsgerichte bezw. Handelskammern, weil dadurch eine schnelle und billige Erledigung der Klagen in Frage gestellt wird, in den Organisationen auch eine organische soziale Vertretung der Handlungsgehilfen wie bei den Gewerbe-Ordnungen nicht möglich ist und spricht sich gegen die Errichtung besonderer Kammern für Handlungsgehilfen aus.“

Es wird sodann zur Erörterung der Einführung einer Minimal-Kündigungsfrei geschritten. Nach einem Referat von Preiß (Dresden) wird eine von demselben eingebrachte Resolution angenommen, die an den Reichstag und Bundesrath die Forderung richtet, dem Artikel 61 des Handelsgesetzbuches folgende Fassung zu geben:

1. Die sechs-wöchentliche Kündigungsfrist bleibt bestehen.
2. Durch besondere Abrede kann eine längere Kündigungsfrist festgesetzt werden, doch muß dieselbe für beide Theile von gleicher Dauer sein und mindestens einen vollen Kalendermonat umfassen. Der Vertrag kann nur am ersten eines jeden Monats zum nächsten ersten gelöst werden.
3. Nach erfolgter Kündigung bis zur Erlangung einer dauernden Stellung ist den Handlungsgehilfen und Lehrlingen am Tage die nötige Zeit von zwei Stunden ohne Gehaltsabzug zu gewähren, um sich eine Anstellung verschaffen zu können.

Bei diesem Punkt wird von M a s s - Berlin die elende Lage der Adressenscheiber zur Sprache gebracht und hierauf eine Resolution angenommen, nach der die Delegierten sich verpflichten, daß an allen Städten, wo sich Adressenbureaus befinden, die Kollegen am Orte in eine eingehende Erörterung der Mißstände eintreten.

Zu dem Punkte „Unterstützung bezw. Versicherung gegen Stellenlosigkeit“ soll nunmehr übergegangen werden. Auch soll hierbei gleich die Organisationsfrage mit beraten werden.

L i p i n s k i - Leipzig hält hierzu wiederum das Referat, bei welchem er seine Forderungen in einer Resolution zusammenfaßt, durch die der Kongreß die Unterstützung stellungloser Handlungsgehilfen nicht für geboten hält, dagegen hält er die Versicherung gegen Stellenlosigkeit für diskutabel und wird die neue Agitationskommission beauftragt, die nötigen Unterlagen zu beschaffen und Vorschläge zu machen. Die Resolution wird angenommen. Des weiteren wird ein Antrag H i n g e - Halber-

Stadt) angenommen, der auch die Zentralisation einstweilen nicht für geboten hält.

Ferner gelangt ein Antrag Wildes zur Annahme, nach dem eine Unterstufung eingeführt werden soll, die den stellenlosen Handlungsgehilfen die weitere Krankenversicherung ermöglicht.

Nunmehr wird zur Wahl der Delegierten zum Berliner Gewerkschaftskongress geschritten und werden die Genossen Hünge und Tark per Affirmation gewählt.

Von der Besichtigung des internationalen Gewerkschaftskongresses zu London durch einen eigenen Delegierten sieht der Kongress ab und wird ebenfalls durch Affirmation der Genosse Haller in Wien mit der Vertretung der deutschen Handlungsgehilfen betraut.

Als Sitz der Agitations-Kommission wird wiederum Berlin bestimmt, doch wird die Wahl der 5 Personen den Berliner Genossen in einer öffentlichen Versammlung vorzunehmen überlassen.

Auf Antrag Tark's werden als Vororte für die Agitation bestimmt:

1. Magdeburg für Nord- und Westdeutschland.
2. Leipzig für Sachsen.
3. Pfort für Süddeutschland.

Der Kongress beschließt ferner, daß eine Preschkommission gewählt wird, doch bleibt die Wahl der Personen Berlin überlassen.

Es wird sodann noch eine Resolution angenommen, nach der die Arbeiter-Konsumvereine verpflichtet sind, ihren Angestellten den Forderungen der Arbeiterschaft entsprechende Arbeitsbedingungen zu bieten. Dem Lagerhaltertage zu Leipzig wird noch eine angenommene Resolution übermittelt, nach der der Kongress die in Konsumvereinen beschäftigten Lagerhalter (Verkäufer) als Handelsgehilfen betrachtet und dieselben aufgefordert werden, den Forderungen der Handlungsgehilfen sich anzuschließen und die Beschlässe gemeinsam auszuführen. Der Kongress wird sodann mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie geschlossen.

Kongress der Textilarbeiter Deutschlands in Apolda

In Anschluss an die Generalversammlung trat am ersten Osterfesttage der Kongress der Textilarbeiter Deutschlands im Gasthof „Vorwärts“ zusammen.

Der Redakteur des „Textilarbeiter“, Wagner-Burgstädt, eröffnet den Kongress um 3 1/2 Uhr nachmittags. Nach kurzer Begrüßung durch Raumann-Apolda und den Einberuher wird sofort zur Wahl des Bureaus geschritten. Als erster Vorsitzender wird Rohleder-Erfenberg gewählt, als zweiter Vorsitzender Raumann-Apolda, als Schriftführer Wagner-Burgstädt, Georgi-Glauchau und Landgraf-Burgstädt. Zur Prüfung der Mandate werden Lerchner-Eimbach, König-Chemnitz und Schulz-Berlin erwählt. Durch einen Verstoß sind zwei effiziente Delegierte ohne Mandate geblieben; sie werden auch ohne dieselben als stimmberechtigt anerkannt. Auf Antrag von Semmler-Eimbach wird die aus 17 Punkten bestehende Tagesordnung durch Zusammenlegung der einzelnen Gegenstände auf sieben reduziert. Das Bureau empfiehlt eine Geschäftsordnung, die ohne Widerspruch akzeptiert wird. Zum ersten Gegenstand der Tagesordnung gibt Bieweg-Eimbach den Bericht der Preschkommission und referiert zugleich über einen Antrag, das Fachorgan einen Tag später in Druck zu geben und demselben eine Beilage zu geben, sowie über den Antrag, eine fachgewerbliche Beilage zu schaffen. Der Berichterstatter bezeichnet den Stand des Fachorgans als verhältnismäßig gut, ersucht jedoch um Ablehnung jener Anträge. Das Organ wird in einer Auflage von fast 20 000 Exemplaren hergestellt, von denen jedoch 16 500 allein für die Verbandsmitglieder abgegeben werden. Häbsch-Berlin wünscht den Druckort des Organs von Burgstädt nach Berlin verlegt, wo jede Nummer um 30 Mark billiger hergestellt werden könne. In Berlin habe auch der Redakteur mehr geistige Bewegung und bessere Verbindungen. Joh. Bernau beantragt die Verlegung. Nachdem dieser Antrag mit dem Bericht über zwei Stunden diskutiert worden war, zieht ihn der Antragsteller zurück. Ein Antrag Greifeld's aus Apolda, eine zweifelhafte Beilage einzuführen, findet nicht genügende Unterstützung. Die beiden obengenannten Anträge werden abgelehnt; dagegen ein Antrag Sandmann-Leipzig angenommen, im Fachorgan eine Rubrik „Versammlungs-Kalender“ einzuführen.

Inzwischen hat die Mandatprüfungs-Kommission ihre Arbeiten beendet und erstattet Bericht. Es sind anwesend 67 Delegierte, die 69 Orte vertreten. Alle Mandate werden für gültig erklärt. Unter den Delegierten sind die Frauen Vogel-Reichlau und Peters-Forst, Frau Kähler-Hamburg ist als Vertreterin der Generalkommission anwesend. Auf Vorschlag von Frau Vogel, der von einem Delegierten zum Antrag erhoben wird, erfolgt die Wiederwahl der bisherigen Preschkommissions-Mitglieder per Affirmation. Es sind dies: Bieweg, Semmler, Landgraf, Hermann und Pietzscholl.

Weiterer Verhandlungstag

Es folgen Berichte über die Tätigkeit der Agitationskomitees, wobei über die geringe Unterstützung geklagt wird, die den Komitees seitens der Textilarbeiter geleistet wird. Die Hindernisse, die der Organisation durch die verschiedenartige Auslegung der Vereinsgesetze bereitet werden, bilden den Gegenstand weiterer Klagen. Wagner-Burgstädt bringt hierzu folgende Resolution ein:

Der Oftern 1896 im Vorwärts in Apolda tagende Textilarbeiter- und Arbeiterinnen-Kongress legt ganz entschieden die Verantwortung gegen die verschiedenartige Handhabung der Vereinsgesetze, die den Arbeitern und Arbeiterinnen die Ausübung des ihnen durch die Reichs-Gewerbe-Ordnung „garantierten“ Vereins- und Versammlungsrechts in den meisten Bundesstaaten außerordentlich erschwert, in einigen oft unmöglich macht und Frauen die Teilnahme an Vereinen und Versammlungen gewerkschaftlichen und politischen Charakters in manchen Bundesstaaten ganz verbietet. Der Kongress protestiert gegen die unter dem Vorwande, daß in Aussicht genommene Redner- oder Rednerinnen nicht genügend oder zu geringfügig bekannt seien und von ihnen Gefährdungen zu befürchten wären, in letzter Zeit häufig erfolgten Versammlungsverbote. Er protestiert im besonderen dagegen, daß den Frauen, die doch mit Ausnahme der Weibspflücker dem Staate gegenüber dieselben Pflichten zu erfüllen haben wie die Männer, die bezüglichen Rechte noch gestrichelt werden, als den werthvollsten Männern. — Das Recht der Vereinigung und Versammlung ist dem deutschen Reichsbürger durch Reichsgesetz zugesichert; in Geltung gebliebene ältere Verordnungen und Gesetze werden daher durch ihre Anwendung zu Werkzeugen der Unterdrückung reichsgesetzlicher Vereinigungen und führen nicht allein zur Verleumdung der Volksrechte, sondern auch zur Verwirrung der ohnedies schon unklaren Rechtsbegriffe. — Das Rechtsbewußtsein der bestehenden Klassen wird durch die auf Grund veralteter Gesetze geübte Verletzung der Reichs-Gewerbe-Ordnung nicht erfüllt, im Gegenteil, durch die immer augenfälliger werdende, einseitige Anwendung bundesstaatlicher Gesetze und Verordnungen erheblich beeinträchtigt und deren gewohnte Anwendung und Ueberhebung in bedenklichem Maße gefördert, ja selbst herausgefordert. Die Annulierung eines Reichsgesetzes durch bundesstaatliche Gesetze ist ein Rechtszustand, dem jeder wahrhafte Reichsbürger mit Nachdruck entgegenzutreten muß. In dieser Erwägung fordert der Kongress die Aufhebung aller bundesstaatlichen Vereins- und Versammlungsgesetze und die Schaffung eines Reichs-Vereinigungs- und Versammlungsrechts, daß der Reichsbürger auf dem Gebiet des Vereins- und Versammlungswesens unbeschränkte Freiheit gewährleistet, jede behördliche Bevormundung aufhebt und von Klassenhaß gezeigte Gehirnen unmöglich macht.

Nach diesem Redner erhalten noch über 20 Personen das Wort, die meistens neues nicht vorbringen. Der Vertreter der männlichen Textilarbeiter Forst und Frau Peters für die dortigen weiblichen Textilarbeiter erklären, daß die lokalorganisierten Arbeiter in Forst dem Zentralverband beitreten werden. Nowak-Potsdam und John-Schönweide traten für obligatorische Arbeitslosen-Unterstützung ein. Eine dahingehende Resolution wird eingebracht. Dagegen eine Resolution, die die weitere Erleichterung der Agitations- resp. Organisationskomitees fordert für Landesbeiräte, wo bisher noch keine bestehen, und weiter verlangt, daß diesen Komitees die nötigen Mittel zur Entfaltung energischer Tätigkeit zur Verfügung gestellt werden sollen. Ein Schlusstrag wird durch Stimmengleichheit abgelehnt. Die Vertreterin der Generalkommission, Frau Kähler-Hamburg bringt als Meinung der Generalkommission zum Ausdruck, daß dieselbe für Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung in allen Organisationen ist. Doch könne dies nicht mit 15 und 20 Pfennigbeiträgen geschehen. Persönlich ist sie der Ansicht, daß wenn die Generalversammlung sich schon mit der Frage befaßt und die Unterstützung abgelehnt hat, kein Anlaß bestehe, daß der Kongress sich mit der Frage befaßt. Uebrigens halte sie es nicht für richtig, daß die organisierten Arbeiter Aufgaben des Staates übernehmen. Der Staat, die Gesellschaft, welche die Arbeitslosen ersehen läßt, solle auch für deren Ernährung und Unterhaltung sorgen. Nach einigen persönlichen Bemerkungen erfolgt die Abstimmung über die eingebrachten Resolutionen.

Die oben mitgetheilte Resolution Wagner, ebenso auch die von demselben gestellte Resolution betreffs der Agitationskomitees werden einstimmig angenommen. Die Resolution zur Arbeitslosenunterstützung wird mit großer Majorität abgelehnt.

Es folgt der Punkt: Die Hausindustrie, beziehentlich Hausweberei und ihre Zukunft. Vor Eintritt in die Beratung dieses Gegenstandes verliest der Vorsitzende ein Begrüßungsgramm aus Gera. — Sodann erhält Kistlerlein-Berlin als Referent das Wort. Seine Ausführungen gipfeln darin, daß der Minister des Innern nicht recht habe, wenn er sage, dem Handwerk sei überhaupt nicht zu helfen. Wenn die Forderungen der Arbeiter nach dem Achtstundentag, entsprechend höheren Löhnen und ausreichendem Arbeiterschutz angenommen und gesetzlich sanktioniert seien, so sei auch der Hausindustrie resp. den Haus- und Handwebereien geholfen. Er bitte deshalb, seiner Resolution dahin zuzustimmen, daß den noch vorhandenen wenigen Tausend Handwebereien die Erleichterung erleichtert werde durch Unterstellung auch der Hausindustrie unter die Aufsicht der Fabrikinspektionen, durch die Einführung des gesetzlichen Achtstundentages u. s. w., kurz durch die Bewilligung der bekannten Arbeiterforderungen.

Nachmittags-sitzung

Es wird zunächst beschlossen, daß nur noch 5 Minuten Redezeit gewährt werden. Zu dem Punkte „Hausindustrie“ sind drei Resolutionen eingelaufen.

Die erste, von Kasse-Bielefeld beantragt, lautet: „In anbeacht der immer mehr verbesserten Technik in der mechanischen Weberei aller Branchen und der nutzlosen Resolutionen an die Regierung möge der Kongress von den anscheinend langwierigen Verhandlungen über diesen Punkt Abstand nehmen, jedoch sich mit den Handwebereien solidarisch zu erklären und denselben anzurathen, sich der modernen Arbeiterbewegung anzuschließen, soweit dieses noch nicht geschehen ist.“

Scholz-Berlin wünscht, der Kongress soll fordern: 1. Einführung eines Normalarbeitstages für Fabrik- und Hausindustrie; 2. Verbesserung und Ausdehnung der Arbeiterschutz-Gesetze auf die Hausindustrie; 3. Abschaffung der Zwangsarbeit.

Kistlerlein's Resolution fordert, daß der Kongress die Nothwendigkeit des Bestehens der Handweberei anerkennt. Alle auf die Verbesserung der Lage der Handweberei abzielenden Bestrebungen sollen von der gesamten Textilarbeiterchaft unterstützt werden. Zuletzt fordert die Resolution auch die Ausdehnung der Arbeiterschutz-Gesetzgebung auf die gesamte Hausindustrie.

Es sprechen hierzu eine ganze Reihe Delegierte, unter ihnen auch viele Handwebereien und mehrere Innungsmeister. Alle erkennen an, daß die Hausweberei nicht werth sei, erhalten zu bleiben. Je früher je besser müsse dieselbe beseitigt werden. Aber den Arbeitern dieser Industrie müsse man die höchste Sympathie entgegenbringen und sich solidarisch mit ihnen erklären. Wollte man aber der Resolution Kistlerlein's bestimmen, so würde das Glend der Handweberei nur noch verlängert werden. Mit der Einführung der Achtstundentag in der Hausindustrie werde letztere unprofitabel und dadurch endgiltig und gänzlich verschwinden.

Die Vertreter der Handweberei aus Schlesien und Berlin, Sachsen und Rheinland sind hierin fast durchweg einig und verlangen deshalb für die Hausindustrie-Betriebe die Aufsicht der Fabrikinspektoren und weitere Ausdehnung der Arbeiterschutz-Gesetze. Der Gegenstand ist überhaupt nur auf die Tagesordnung gesetzt worden, um eine prinzipielle Ansprache auf diesem Gebiet herbeizuführen. Kistlerlein erklärt, daß es eine solche Anschauung sei, wenn angenommen werde, er besäße sich im Gegensatz zu den übrigen Rednern. Er habe sich wenigstens genau so ausdrücken wollen, wie dieser. Die von ihm gestellte Resolution zieht er zu Gunsten der von Scholz-Berlin gestellten zurück. Es wird die Resolution von Scholz angenommen mit dem Zusatz, daß der Kongress die Einführung eines Minimallohnes für die Arbeiter in Hand- und mechanischen Webereien für nothwendig erachte. — Damit ist die Resolution Kasse erledigt.

Zum nächsten Punkt: Gründung eines Streikfonds, referiert Häbsch-Berlin. Er betont die Nothwendigkeit und empfiehlt die Ansammlung eines Fonds durch regelmäßige Sammlungen. — Bieweg-Eimbach beantragt, der Kongress solle einen Ort bestimmen, wo drei Personen gewählt werden, die als Streikkommission die nothwendigen Arbeiten vorbereiten und den Fonds verwalten. Eine andere Resolution will das dem internationalen Vertrauensmann der deutschen Textilarbeiter übertragen. — Kähler-Offenburg vertritt dasselbe. Der Antrag Bieweg enthält auch die Bestimmung, daß die Kommission überall Vertrauensmänner werden soll, an welche Sammelbeiträge ausgegeben werden. Die Begründung der Streiks soll der Zentralleitung überlassen bleiben. Dieser Antrag wird angenommen. Die dann vorgenommene Wahl des Ortes für die Kommission fällt einstimmig auf Ebersfeld. Hiermit ist der Gegenstand erledigt.

Die Referenten zum nächsten Gegenstand der Tagesordnung, Kontrollmarken betreffend, verzichten auf das Wort und wünschen sofortige Diskussion. Der Ausschuss für die Kontrollmarken beantragt die Auflösung des Ausschusses, weil die Kontrollmarken als Kampfmittel in der Textilbranche sich nicht bewährt habe. Von einzelnen Rednern wird die Kontrollmarken als „Kadaver“ bezeichnet. Der Ausschussantrag wird angenommen und ist damit der Punkt ebenfalls abgethan.

Ueber die Durchführung eines einheitlichen Lohn-tarifs für die gesamte mechanische Weberei Deutschlands entspinnt sich noch eine längere Debatte. In derselben zieht der Delegierte Landmann-Leipzig einige Löhne bekannt, welche für die Zeit vom 21.-27. März d. J. in einer Leipziger Weberei an Arbeiter von 18-21 Jahren ausgezahlt wurden. Der Arbeiter Kiesel, Nr. 1333 der Lohnliste, hatte von 4,50 M. Wochenverdienst 3 M. Strafe, für Krankengeld und Invalidenbeitrag 17 Pf., zu zahlen, es blieben ihm übrig 1,69 M. Ein anderer Arbeiter, Nr. 1842 der Lohnliste, hat 4,54 Lohn. Davon ab 3 M. Strafe, 17 Pf. Krankengeld, baar erhalten 1,87 M. Nr. 1282 der Lohnliste: Lohn 3,61 M., Strafe 2 M., Krankengeld und Invalidenbeitrag 15 Pf., baar erhalten 1,43 M.

Nr. 1843 der Lohnliste: Lohn 3,20 M., Strafe 3 M., Kassenbeiträge 15 Pf., baar ausgezahlt 5 Pf. Die Firma, die diese Löhne zahlt (für eine volle Woche), ist die Leipziger Baumwollspinnerei in Leipzig-Lindenau. Diese Lohnangaben wurden mit lebhaftem Unwillen entgegengenommen. Kessel, aus Schlesien datirende, noch ungünstigere Mittheilungen wurden von sehr vielen Delegierten gemacht. Einem Antrag Liebold-Geiz der verlangt, daß bei allen Lohnbewegungen die Frage erörtert werden soll, ob es möglich ist, die Forderung des Minimallohnes mit aufzustellen, stimmt der Kongress zu. Ebenso der Resolution Kasse, wonach der Kongress erkennt, daß die Annahme eines einheitlichen Lohn-tarifs in der Textilbranche der erste Schritt ist zur Verbesserung der Arbeitslöhne. Alle Vorbereitungen zur Durchführung desselben könnten jedoch nur von der Organisation vorgenommen werden.

Wagner-Burgstädt referiert sodann über die Besichtigung der internationalen Kongresse. Beschlüssen wird, den Londoner allgemeinen Kongress nicht zu besuchen, wohl aber den im Jahre 1897 in Nourbaig in Frankreich zusammentretenden internationalen Textilarbeiter-Kongress. Die Wahl des Delegierten soll durch Urwahlen in späterer Zeit vorgenommen werden. Weiter soll erstrebt werden, die internationalen Textilarbeiter-Kongresse höchstens alle drei Jahre stattfinden zu lassen.

Frau Vogel-Reichlau stellt am Schluß ihres Referats zu Punkt 6: Forderung des weiblichen Zuspeliorats, den Antrag, bei jeder Gelegenheit zu betonen, daß im Interesse der weiblichen Arbeiterschaft, besonders in Rücksicht auf die große Zahl der Textilarbeiterinnen, die Anstellung weiblicher Inspektoren nothwendig sei, bis dieser Forderung Gehör geschenkt wird. Nach Befürwortung seitens mehrerer Redner wird dieser Antrag angenommen und der Gegenstand damit verlassen.

Zu einem Antrag, die Arrangirung von Festlichkeiten bei Kongressen betreffend, wird Uebergang zur Tagesordnung beschlossen.

Der Vorsitzende erklärt sodann, daß alle vom Kongress gefaßten Beschlüsse, welche eine Einwirkung auf die Gesetzgebung bezwecken, vom Bureau in einer Eingabe an den Bundesrath abgegeben werden.

Das Protokoll des Kongresses soll in Broschürenform gedruckt und vom Verlag des „Textilarbeiter“ zum Selbstkostenpreis herausgegeben werden.

Die Tagesordnung des Kongresses ist damit erschöpft. Der Vorsitzende dankt noch eine Ansprache an die Delegierten. In derselben wird zum Ausdruck gebracht, daß die Verhandlungen von größter Sachlichkeit und Einmüthigkeit getragen waren, wofür allen Delegierten Dank zu sagen sei. Diese würden auch in ihren Heimathorten von neuem für die Sache der Textilarbeiterbewegung wirken. Dieselbe bedürfe auch des Vorschubs, denn sie sei eine derjenigen, welche noch am schwächsten dasthe. In der Hoffnung, daß seine Erwartung zutrefte, bringe er ein Hoch der deutschen Textilarbeiterbewegung. Hierin stimmen die Anwesenden begeistert ein. Sodann erklärt der Vorsitzende den Kongress für geschlossen, dabei nicht vergessend, den Apoldaer Kollegen für die von ihnen aufgewendete Mühe und Arbeit zu danken.

Ein Verbandstag der süddeutschen Mühlenarbeiter

wurde vom 5. bis 7. April in Nürnberg abgehalten. Vertreten waren die Städte München, Rosenheim, Freising, Eßlingen, Waiblingen, Ludwigschafen, Frankfurt, Würzburg, Nürnberg und Erlangen durch 8 Delegierte. Die General-Kommission ist durch Segel-Fürth, die Nürnberger Gewerkschaften durch Bredner-Nürnberg vertreten. Außerdem sind anwesend: Kappeler-Altenburg für den Deutschen Müller-Verband, Klemens-Nürnberg als Geschäftsführer des süddeutschen Müller-Verbandes und Stapp-Heilbronn als früherer Vorsitzender des süddeutschen Müller-Verbandes. Zum Vorsitzenden wird Wendel-Frankfurt, als Schriftführer Steger-Würzburg gewählt. Die Tagesordnung umfaßt 14 Punkte. Ueber die Geschäftsführung des früheren Vorsitzenden des süddeutschen Verbandes, Stapp, entspann sich eine lebhafteste Debatte, weil unter seiner Leitung bedeutende finanzielle Mißerfolge zu verzeichnen waren.

Eine Kommission, welche die Buchführung zu revidieren hatte, kam zu dem Resultat, daß Stapp zwar nicht unehrlich mit den Verbandsgeldern umgegangen war, daß er aber nicht die Fähigkeit besaß, die Geschäftsführung in korrekter Weise zu leiten. Der Verband, der kaum 500 Mitglieder besitzt, hat infolge dieser Geschäftsführung ein Defizit von 1340 M. zu decken.

Die Hauptdebatte drehte sich um die Frage, ob der süddeutsche Verband weiter bestehen oder sich auflösen und dem deutschen Verbande sich anschließen solle. In namentlicher Abstimmung wurde einstimmig beschlossen, der süddeutsche Verband habe sich aufzulösen und sich bis 15. Juli d. J. dem deutschen Verbande anzuschließen. In Beziehung auf die Zeitungfrage beschloß man, die Sache der Zentralleitung des deutschen Verbandes zu überweisen; gewünscht wurde, daß ausgesprochen werde, das Verbandsorgan, die „Einigkeit“, statt wie bisher 2 mal, 3 mal monatlich erscheinen solle. Als letzter Punkt wurde die Agitation unter den Müllern auf dem Lande besprochen und beschlossen, Vertrauensmänner aufzustellen und Agitationsmarken einzuführen. Hierauf wurde der Verbandstag vom Vorsitzenden mit einer Aufforderung an die Delegierten, stets für die gemeinsame Sache zu arbeiten, und mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung geschlossen.

Soziale Ueberfluth

Der Vorstand des Verbandes deutscher Post- und Telegraphenassistenten hat jetzt den Mitgliedern seinen Geschäftsbericht für das Jahr 1895 zur Kenntniß gebracht. Der Verband ist gegen das Vorjahr wiederum erheblich gewachsen und auch seine Finanzlage ist sehr günstig. Die Zahl der Mitglieder, welche Ende Dezember 1894 erst 5610 betrug, hat sich bis Dezember 1895 schon auf 7708 vermehrt, während sich das Vermögen des Verbandes am Jahresschluß auf 100 778 M. belief, bei einem Kassenabschluß von 861 900 M. Die Hauptentnahmen 291 570 M. wurden aus dem Waarenhause des Verbandes erzielt, das den Mitgliedern Kleidungsstücke und andere Gegenstände liefert. Der Umsatz betrug an den 5 Betriebsstellen des Verbandes (Hauptgeschäft Berlin und Zweiggeschäfte Hamburg, Düsseldorf, Hannover, Leipzig) 383 968 M., wovon allein auf dem Umsatz an Kleidungsstücken 223 886 M. kommen. — Die Lage des Verbandes wird also trotz aller Befehdungen, die er von gewisser Stelle aus erfährt, mit jedem Jahre günstiger und stärker.

Offener und Vorwärtler, die ihre zu Offener aus der Schule entlassenen Pflegebefohlenen die Feder- und Galanteriewaaren-Branche erlernen lassen wollen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie bei der Wahl des Lehrmeisters besonders vorichtig sein müssen. Es giebt in dieser Branche Leute, die aus anderen Berufen herübergekommen, absolut keine Fachkenntnisse haben, sondern nur einen bestimmten Artikel herstellen können, aber democh Lehrlinge annehmen und diese dann 3-4 Jahre in der schlimmsten Weise anbeuten. Nach beendeter „Lehrzeit“ macht dann so ein junger Mann die bittere Erfahrung, daß er eine der vielen verpfuschten Existenzen ist, die die heutige anarchische Produktionsweise Jahr für Jahr in immer größerer Zahl erzeugt. Die Lohnkommission der Feder- und Galanterie-Arbeiter (Portefeuille) Berlin und Umgegend (H. Schmidt, Rautenstraß 13, v. 2 Tr.) er bietet sich Eltern und Vorwärtlern bei der Wahl des Lehrmeisters mit Rath und That zur Seite zu stehen.

Bei der Durchführung der sozialen Versicherungs-Gesetze ist, wie uns geschrieben wird, oft der große Uebelstand

zu beobachten, daß Berufsvereinigungen, Versicherungsanstalten und Schiedsgerichte in ihren den Versicherten erteilten Bescheiden die sogenannte Berufungsklausel fortlassen, das heißt, nicht zum Ausdruck bringen, wie und wo der Antragsteller gegen die betreffende Entscheidung Widerspruch erheben kann. Berufsvereinigungen unterlassen diesen Hinweis mit Vorliebe dann, wenn die Entscheidung nach ihrer eigenen Uebersetzung einer rechtlichen Unterlage entbehrt oder doch mindestens in ihrer Begründung zweifelhaft ist. Schiedsgerichte verweisen in den wenigsten Fällen auf das Reichs-Versicherungsgesetz als letzte Instanz. Man darf nicht damit rechnen, daß nach mehrjährigen Bestehen der sozialen Versicherungs-Gesetzgebung der Instanzenzug ziemlich allgemein bekannt sei; im Gegenteil herrscht in den Kreisen der Versicherten über die grundlegenden Bestimmungen dieser Gesetze noch sehr große Unkenntnis. Die geschilderte Handlungsweise der bezeichneten Organe vermehrt diese Unkenntnis und sät obendrein Mißtrauen. Bei Abänderung der beiden in Frage kommenden Gesetze sollte daher nicht vergessen werden, zu bestimmen, daß Bescheide ohne Hinweis auf die nächste Instanz keine rechtliche Wirkung haben.

Das vorläufige Ergebnis der Volkszählung vom 2. Dezember 1895 für das Königreich Sachsen stellt sich nach der „Leipziger Zeitung“ im Vergleich zu den letzten Zählungen folgendermaßen:

Zählungs-jahre	Be-völkerungs-zahl	Zunahme zwischen zwei Volkszählungen		Auf je 1000 männliche Bewohner kommen weibliche
		absolut	pro-zentual	
1867	2 423 586	—	—	1042
1871	2 556 244	132 658	5,47	1047
1875	2 760 596	204 352	7,39	1041
1880	2 972 805	212 218	7,60	1057
1882	3 014 822	—	—	1058
1885	3 182 008	209 186	7,04	1063
1890	3 502 684	320 676	10,08	1059
1895	3 788 572	—	—	1087
1895	3 788 014	280 300	8,00	1060

Im letzten Jahrzehnt war die durchschnittliche jährliche Zunahme etwas geringer, als sie zwischen den Zähljahren 1871/75 und 1885/90 gewesen ist. Seit den letzten 15 Jahren hat sich der Ueberschuß der weiblichen Bevölkerung über die männliche auf einer beträchtlichen Höhe erhalten: Am 2. Dezember 1895 fanden 1 636 445 männlichen Bewohnern 1 940 569 weibliche gegenüber.

Von den 143 Städten haben seit der letzten Volkszählung 35 an der Wohnbevölkerung abgenommen. Unter diesen befinden sich 10 mit mehr als 5000 Bewohnern. Von den Landgemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern hatten vier eine Abnahme erfahren. Ueber 10 pCt. betrug die Bevölkerungs Zunahme in 34 Städten. Von den 89 größeren Landgemeinden hatten 22 eine Zunahme von mehr als 10 pCt. in den letzten 5 Jahren erfahren. Die Wohnbevölkerung der Stadtgemeinden betrug am Tage der Volkszählung 48,8 pCt., die der Landgemeinden 51,2 pCt. der gesamten Bevölkerung des Landes. Bezeichnet man aber im statistischen Sinne die Bewohner von Orten mit 2000 und mehr Bewohnern als städtische und die übrigen Orte unter 2000 Bewohnern als ländliche Bevölkerung, so kommen auf letztere nur 84 pCt. Vornehmlich hat sich die Bevölkerungszunahme in den Großstädten und in den größeren Mittelstädten, ferner in den diesen Städten angrenzenden Industrie- und Gewerbeorten geltend gemacht. Die kleineren Städte haben eine verhältnismäßig noch geringere Zunahme erfahren, als die Landgemeinden unter 2000 Bewohnern. Am Tage der vorjährigen Berufs- und Gewerbe-zählung war die ortsumfassende Bevölkerung in vielen kleineren Orten eine größere, als bei der Volkszählung ermittelt wurde.

Was die Bewegung der Bevölkerung in den Amtshauptmannschaften anbelangt, so war die Zunahme am geringsten in den Amtshauptmannschaften Dippoldiswalde, Freiberg, Borna, Götha und Marienberg. Die Durchschnittsziffer von 8 pCt. der Zunahme im ganzen Lande wird nur von der Bevölkerungszunahme in den drei Großstädten und in den vier Amtshauptmannschaften Dresden-Nlt. und Neustadt, Leipzig und Plauen bedingt. Die prozentuale Zunahme in den Amtshauptmannschaften Großenhain, Meißen und Zwickau erreichte zwar annähernd das Landesmittel, und die in der Amtshauptmannschaft Delitzsch war etwas höher, aber in allen übrigen Verwaltungsbezirken ist die Zunahme eine erheblich geringere gewesen. Seit der Berufszählung am 14. Juni hat in den Amtshauptmannschaften Eoban, Dippoldiswalde, Dresden-Neustadt, Freiberg, Borna, Döbeln, Grimma, Olshag, Götha und Delitzsch die ortsumfassende Bevölkerung sich vermindert. Dies erklärt sich zum Theil durch die Rückkehr zahlreicher Fremder und Bewohner von Großstädten von dem Landaufenthalte. Nur in den Amtshauptmannschaften Dresden-Nlt., Großenhain und Leipzig überwiegt die männliche Bevölkerung; das Ueberwiegen der weiblichen tritt besonders in den Bezirken mit Textilindustrie hervor, z. B. in Eoban und Zittau, in einigen Bezirken des Erzgebirges und des Vogtlandes. (Reichs-Anzeiger.)

Versammlungen.

Am gegen die dem Reichstag vorliegende Novelle zur Gewerbe-Ordnung, durch welche für die Uniform-, Militär-Effecten- und Herrenmoden-Branchen das Detailreisen verboten werden soll, Stellung zu nehmen, war von einem Komitee zu gestern Abend eine sehr zahlreich besuchte Versammlung von Interessenten nach dem Hotel Saxonia zusammenberufen worden. Der Leiter der Versammlung, Herr Dr. Colson, Abtheilungschef des Baarenhauses für Armees und Marine, führte in einer längeren Eröffnungsansprache zunächst aus, daß die Novelle, wenn sie in der dritten Lesung Gesetz werden sollte, für die ganzen vorherbezeichneten Branchen eine eminente Gefahr bilden würde. Man wolle durch das Gesetz dem Mittelstande aufhelfen, werde damit aber gerade das Gegentheil erreichen und vor allem dem unfaulern Wettbewerb, den man ebenfalls durch ein Gesetz belämpfen wolle, dadurch fördern, indem die großen Firmen, die heute fast nur die von ihren Detailreisenden ausgehenden Bestellungen nach Maß ausführen, dann ihre Artikel in allen möglichen Massen en masse herstellen und auf den Markt werfen und hierdurch die kleinen Gewerbetreibenden vollständig erdrücken würden. Die Novelle sei also geeignet, die allergrößten volkswirtschaftlichen Schädigungen zu verursachen und müsse daher aufs entschiedenste bekämpft werden. Hieraus berichtete Herr Ludwig Ullmann, welcher die Agitation gegen den Gesetzesentwurf ins Leben gerufen hat, über die von dem Komitee bisher erzielten Erfolge, worauf noch in längerer Diskussion erklärt wurde, die Regierung sei in der Sache äußerst schlecht beraten; denn während sie durch das Gesetz die wirtschaftlich Schwächeren stärken wolle, werde sie gerade erreichen, daß sie zu Grunde gerichtet werden. So seien tausende von kleinen Schneidern ausnahmslos auf den Besuch ihrer Kunden angewiesen und müßten aufhören zu existieren, wenn sie nicht mehr kämen. Uebershaupt werde das Gesetz nach allen Seiten nur Schaden verursachen und niemandem einen Nutzen bringen, ausgenommen vielleicht der Staatskasse durch eine Menge von Strafgebern, da die bewußten Bestimmungen

eine Anzahl von Denunziationen zeitigen würden. Zum Schluß erklärte Rechtsanwalt Hugo Sonnenfeld, der Syndikus des Komitees, daß die Annahme einzelner Geschäfte, sie würden durch das Gesetz nicht geschädigt werden, ein großer Irrthum sei, da die Schädigung, direkt oder indirekt, gleichmäßig sämtliche Geschäfte der betreffenden Branchen treffen würde. Sodann theilte Herr Ullmann noch mit, daß am 15. d. M. in der Tonhalle eine große öffentliche Protestversammlung gegen den Gesetzesentwurf abgehalten werden solle, worauf einstimmig folgende Resolution angenommen wurde: Die Versammlung der Interessenten der Uniform-, Militär-Effecten- und Herrenmoden-Branchen spricht ihr Einverständnis mit den bisherigen Maßnahmen des Komitees für Agitation gegen das Verbot des Detailreisens hiermit aus und ermächtigt das Komitee, in gleichem Sinne namens der Gesamtheit obiger Branchen weiter thätig zu sein.

Der Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter vollzog in seiner Versammlung am 30. März die Erziehungswahl des Vorstandes. Gewählt wurden: Stolp, erster Schriftführer; Böttcher, zweiter Schriftführer; Holz, zweiter Kassirer; Voigt, Beisitzer. Zu die Verstaat-Kontrollkommission wurde Abt und in die Arbeitsvermittlungskommission Gerte und Schröder delegiert. Die Arbeiter der Firma Buchholz, Klavierfabrik, haben durch einmütiges Zusammenhalten die 52stündige Arbeitszeit, eine 7 1/2 bis 10prozentige Lohn-erhöhung nebst Freigabe des 1. Mai erzielt. Verschiedene Arbeiter von Leipzig und von Langen erstatteten, daß sich daselbst wieder unhaltbare Zustände eingeschlichen haben. Neu aufgenommen wurden 40 Kollegen.

Im Verein deutscher Schuhmacher (Zentrale II.) sprach am 30. März Dr. Wegl in einem interessanten Vortrag über Hypnotismus. Unter Vereinsangelegenheiten erfolgte die Wahl eines Delegierten zum Gewerkschaftskongress. Die Versammlung übertrug dieses Amt dem Mitgliede Hammacher mit dem Auftrage, für den Antrag der Dresdener Metallarbeiter zu stimmen, der die Aufhebung der Generalkommission bezweckt. Sodann wurden die Mitglieder darauf aufmerksam gemacht, daß in der Schuhfabrik von Bergschmidt u. Sange die Differenzen noch nicht beigelegt sind. Den sämmtlichen Mitgliedern diene zur Nachricht, daß sie in den Mitgliederlisten gestrichen werden, wenn sie ihren Verpflichtungen nicht nachkommen. Die nächste Versammlung findet am 8. Osterfeiertag statt.

Die für die Schneider und Näherinnen in der Herren- und Knabenkonfektion zum dritten Osterfeiertag Vormittag im Lokal von Gröndel in der Brunnenstr. 188 einberufene Versammlung war leider nur schwach besucht. Zander gab in Kürze einen Gesamtüberblick über die Thätigkeit des Einigungsamtes und nahm eine Reihe von Beschwerden über Vorkommnisse bei den einzelnen Arbeitgebern entgegen. Zum Schluß ersuchte Redner die Anwesenden, in der Abendversammlung bei Rautenberg zu erscheinen.

Die Versammlung der Mäntelnäherinnen, Bäcker, Zuschneider, Stepper und Stepperrinnen, die am 3. Osterfeiertag Abend bei Rautenberg, Dranienstr. 180, tagte, erfreute sich eines regen Zuspruches. Einleitend berichtete Zander über eine ganze Anzahl von Beschwerden, die aus den Kreisen der Arbeiter und Arbeiterinnen über Nichtinnehaltung der Vereinbarungen zwischen Arbeiterinnen und Zwischenmeistern dem Arbeitsnachweis- und Auskunfts-bureau Alte Jakobstr. 88 zugegangen sind. Im Anschluß hieran ersuchte er die Anwesenden, die auf ihren Arbeitsplätzen vorkommenden Umgehungen der getroffenen Vereinbarungen mitzutheilen, um über dieselben bei den bevorstehenden Verhandlungen abzurufen zu können. Es wurde hierauf von verschiedenen Redner resp. Arbeiterinnen lebhaft Klage geführt über eigenartige Praktiken der Zwischenmeister, sowie über das brutale und abweisende Verhalten gegenüber den Arbeiterinnen, die ihre so schwer erlängten Rechte nun auch zu wahren suchen. Hieran schloß sich die Wahl von zwei Delegierten zum Gewerkschaftskongress. Gewählt wurden Timm und Holzhauser-Hienbüchel.

Am 8. April vormittags hielt die Kostümbbranche abermals in Cohn's Festsaal eine Versammlung ab, um den Bericht über den Stand der Bewegung entgegenzunehmen. Der Berichterstatter Timm konnte mittheilen, daß in allen Werkstätten die Forderungen der Arbeiter bewilligt wurden, außer bei Schnurmacher und bei Hansen. Die Kollegen dieser beiden Werkstätten bebarren um so mehr auf ihren Forderungen bezüglich der neunstündigen Arbeitszeit, als dieselben in allen übrigen maßgebenden Werkstätten zur Anerkennung gelangten. Es wurde in Vorschlag gebracht, am 9. April abends noch einmal in einer Verhandlung mit den Arbeitgebern einen günstigen Ausweg zu versuchen, um dann einen endgiltigen Beschluß zu fassen. Verschiedene Redner wiesen diesen Weg als ergebnislos zurück, andere bekräftigten denselben. Schließlich wurde der Vorschlag angenommen, die Agitationskommission der Schneider und Schneiderinnen zu beauftragen, zu den Verhandlungen die Arbeitergeber schriftlich einzuladen. Weiter wurde beschlossen, von sämmtlichen Geschäften die Bewilligungen schriftlich im Bureau Alte Jakobstr. 88 niederzulegen, damit die zuziehenden Kollegen sich informieren können.

Die Dachdecker Berlins hatten sich am Abend des dritten Feiertags im großen Saal von Cohn, Weuthstraße, zahlreich versammelt, um betreffs ihrer Lohnbewegung entscheidende Beschlüsse zu fassen. Nach einem interessanten Vortrage des Genossen Millarg über die Ursachen der diesjährigen Bewegung der Bauarbeiter, welcher viel Beifall fand, begründete Beste nochmals die folgenden, schon in früheren Versammlungen aufgestellten Forderungen: 1. Neunstündige Arbeitszeit und 15 pCt. Lohnerhöhung für Gesellen und Arbeiter. 2. Sämtliche Handhabung der von der Polizei vorgeschriebenen Schutzmaßregeln. 3. Freigabe des 1. Mai. 4. Abschaffung der Akkordarbeit. 5. Bei Sonntagsarbeit und Ueberstunden 50 pCt. Lohn-zuschlag. 6. Die Wartezeit bei der Lohnzahlung am Sonntags-Abend nach 7 Uhr ist gleich einer Stunde Arbeitszeit zu bezahlen. Redner brachte dann einen Brief des Gründers und ehemaligen Vorsitzenden der Dachdeckerorganisation, Carl Mah, in Firma C. H. Mah, zur Verlesung, worin dieser wohl der Bewegung alles Glück wünscht, aber zugleich erklärt, die Forderungen selbst nicht eher bewilligen zu wollen, bevor seine früheren Kampfgenossen nicht mehrere größere Firmen zum Nachgeben gezwungen hätten. Nach dem weiteren Bericht Beste's haben einige Firmen bereits bewilligt, während andererseits außer der Aussperrung durch die Firma Hochmuth auch schon von den Arbeitern verhängte Sperren zu verzeichnen waren. Angesichts des letzteren Umstandes schlägt Redner namens der Lohnkommission vor, am nächsten Morgen (den 8. April) nicht erst die Arbeit zu beginnen, sondern den Meistern und Unternehmern die aufgestellten Forderungen nochmal mündlich zu unterbreiten und im Falle der Ablehnung sofort in den Ausstand zu treten. (Lebhafter Beifall.) Im Laufe der Debatte wurde mehrfach das Verhalten des Herrn Karl Mah gerügt. Herr Hermann Mah, ebenfalls Dachdeckermeister, sprach seine Freude über das Vorgehen der Gesellen und Arbeiter des Berufs aus und erklärte, die Forderungen voll und ganz zu bewilligen, jedoch vorläufig nur auf 4 Wochen. Gelingt es den Dachdeckern innerhalb dieser Frist nicht, nennenswerthe Erfolge zu erzielen, dann will er aus Rücksicht auf die Konkurrenz die Bewilligung wieder rückgängig machen. Die Versammlung faßte schließlich einstimmig den gestern unter „Gewerkschaftliches“ schon publizierten, dem Vorschlage Beste's entsprechenden Beschluß. Beschlossen wurde ferner, daß die bisherige Lohnkommission als Streikkomitee zu fungiren habe, und, daß die Ausschändigen verpflichtet seien, sich täglich zweimal im Streikbureau, Kleine Marktsstraße 10, zur Kontrolle einzufinden, und zwar zwischen 9 und 10 Uhr vormittags und zwischen 3 und 4 Uhr nachmittags. Die Dachdecker, denen be-

willigt worden ist, wurden durch einen Beschluß verpflichtet, 10 pCt. ihres Wochenverdienstes an die Streikkommission zu Unterstüßungszwecken abzuführen. Zu Revisoren der Kommission wählte man H. Blau, Bunte und K. Winkowski. — Am Freitag Abend findet eine öffentliche Versammlung, wieder bei Cohn, Weuthstraße, statt, in der über den Stand des Streiks Bericht erstattet werden wird. Mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung trennten sich die Versammelten.

Die Bauanschläger hielten am Dienstag Abend eine öffentliche Versammlung ab, in der Gen. Zahn über „Die Kultur-aufgaben des Sozialismus“ referirte. Eine sehr rege und ausgedehnte Diskussion, an der sich gegen 20 Redner beteiligten, entspann sich nun über die schon früher gehegte Zusammenschließung bzw. Auflösung der beiden Vereinigungen zur einheitlichen Organisation. Im allgemeinen war man der Ansicht, daß die kleinlichen Interessen, welche von einzelnen Personen in beiden Vereinen mit einer Zähigkeit und Ausdauer, die einer besseren Sache würdig wäre, vertheidigt werden, nur dazu beigetragen haben, die gesammte Bewegung zu schädigen und das auf den Bauten eingeriffene Kolonnensystem zu züchten. Man möge anstatt für die einseitige Krankenunterstützung in den Vereinen eher für Abschaffung der Akkordarbeit und Einführung der Lohnarbeit agitiren. Schröder und Bergau sind der Meinung, daß man unbedingt eine Statutenänderung vornehmen müsse, um die Vereinigung zu erzielen. Das Ergebnis der Diskussion war die Annahme eines Antrages: eine Kommission zu wählen, welche die Vereinigung herbeiführen soll. Als Mitglieder dieser Kommission wurden hierauf Finke, Günther, A. Bergau, Berlin und A. Fiediger gewählt. In der am nächsten Sonntag bei Cohn stattfindenden Versammlung der Bau-Anschläger sollen die Verhandlungen über die Einigung besprochen werden.

Die Schuhmacher hielten am Dienstag Vormittag eine öffentliche Versammlung ab, wo Genosse Lipinski aus Leipzig einen beifällig aufgenommenen Vortrag über die Nothwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit im Schuhmachergewerbe hielt, dem eine längere Diskussion folgte, wobei namentlich der Anschluß an die Organisation, die leider von den Berufsgegnossen zu wenig beachtet werde, als erstes Erforderniß hingestellt wurde. Das Auftreten eines Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaftlers rief eine längere Auseinandersetzung über die grundsätzlichen Unterschiede zwischen dieser Organisation und den auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Gewerkschaften hervor. Eine eingehende Debatte wurde über die Bedeutung der Meister und über die Art, wie dieselbe in diesem Jahre zu gestalten sei, gepflogen. Einerseits wurde gewünscht, die Arbeit nur da ruhen zu lassen, wo dies ohne materielle Schädigung der Kollegen möglich sei, während von anderer Seite strikte Arbeitsruhe beantragt wurde. Bilderer bekräftigte einen Antrag: um polizeiliche Genehmigung eines öffentlichen Anzuges einzufommen. Er wisse zwar, daß eine solche Genehmigung nicht erteilt werden würde, doch wäre es interessant, die Begründung der Ablehnung eines Anzuges zu erfahren, der Innungen und ähnlichen Vereinigungen anstandslos erteilt werde. Dieser Antrag wurde von mehreren Rednern entschieden bekämpft und schließlich zurückgezogen. Nach zweistündiger Debatte beschloß die Versammlung: den 1. Mai durch strikte Arbeitsruhe zu feiern und am Vormittag eine Versammlung mit entsprechender Tagesordnung zu veranstalten. Namentlich wurden die Verhältnisse der Schoparbeiter (Handarbeiter) der Friedrichstadt besprochen. Christensen schilderte die Lage dieser Kollegen als eine äußerst elende. Obwohl durch die feinen Geschäfte der Friedrichstadt die höchsten und allerhöchsten Herrschaften besucht werden, haben die dort beschäftigten Arbeiter doch unter niedrigen Löhnen und langer Arbeitszeit zu leiden. Wie aus der Diskussion hervorging, haben diese Kollegen sich entschlossen, etwas für die Verbesserung ihrer Lage zu thun, und wurde ihnen in dieser Hinsicht die Unterstützung der in Fabriken beschäftigten Schuhmacher zugesichert. Da am Montag sich eine Versammlung mit dieser Angelegenheit beschäftigen wird, verlagte man bis dahin die Besprechung und ersuchte die in Frage kommenden Kollegen, Material über ihre Lohnverhältnisse mit zu bringen.

Zu den Versammlungsberichten der Zinkgießer und Stürzer vom 5. d. M. haben sich einige Unrichtigkeiten eingeschlichen. Anstatt 30 Pf. Minimallohn muß es heißen 30 M. für Ueberstunden wurden 25 Pf. pro Stunde, nicht 25 pCt. verlangt.

Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Bemerkung des Ehrensaals, soweit der Raum dafür ausreicht, dem Publikum zur Verfügung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie verwarft sich aber gleichzeitig dagegen, mit dem Inhalte desselben identischer zu werden.

Zu der Kritik der Redaktion betreffend das Verhalten der Schöneberger Genossen bei der Stichwahl habe ich im Namen der Schöneberger Genossen zu erklären, daß der Vorwurf der Ruthlosigkeit, der Ungeschicklichkeit und des Begehrens eines taktischen Fehlers wohl bei ruhiger Erwägung seitens der Redaktion nicht fallen konnte. Wir werden doch wohl gute Gründe haben, wenn wir trotz Beteiligung bei der Hauptwahl jetzt vor der Stichwahl zurücktreten. — Beiläufig gesagt, riefen uns selbst ältere Genossen dazu. — Die Verhältnisse liegen nun einmal so, daß es kein taktischer Fehler sein kann, wenn beim Reffen der Kräfte bei der Hauptwahl sich ergibt, daß wir bei der diesjährigen Klassenwahl eine Aussicht auf Durchbringen bei der Stichwahl nicht haben, inselgedessen von einer Beteiligung bei der letzteren abzurufen, um weniger der Partei, als vielmehr den einzelnen Genossen Zeit und deshalb auch Geld zu ersparen. In unserem Dorf (Sprichw. Milionendorf) sind im Gegensatz zu den Arbeitern, die in großer Zahl wegen zu niedrigen Steuerfahres nicht wahlberechtigt sind, sehr viele Angehörige der bürgerlichen Klasse der 3. Wählerklasse angehörend, während sie vielleicht in anderen Orten der 2., ja sogar der 1. Klasse angehören würden, daher das Uebergewicht von jener Seite bei der Wahl. Die Beteiligungs in gegnerischen Sinne von Straßensegnern und Wählern war bei der Versammlung nur nebensächlich erwähnt worden, hatte also ein Eingehen der Redaktion hierauf nicht nöthig gemacht. Im übrigen ist der Beschluß von der allein hierzu kompetenten Versammlung einstimmig gefaßt worden, so daß es sich erübrigt hätte, weiter darauf einzugehen, wenn nicht weitere Kreise der Genossen durch die Nachschrift der Redaktion bei einem doch nicht alles wiedergebenden Versammlungsbericht die Meinung bekommen könnten, als hätten wir uns großer Verträge schuldig gemacht. — Sollten durch diese Polemik die hiesigen Genossen sich mehr um örtliche Verhältnisse kümmern, ihrer Pflicht mehr als bisher nachkommen, beschließende Versammlungen besuchen, an den Wahlen theilnehmen u. s. w., so hätte die ganze Angelegenheit für uns den besten Abschluß gefunden.

Schöneberg, den 23. März 1896.
D. Weiling, Vertrauensmann.
Mit dem letzteren Wunsche können wir uns auch einverstanden erklären. Im übrigen ist die Angelegenheit durch das Eingehen unserer Schöneberger Parteigenossen in kein anderes Stadium getreten. Derselben Gründe waren im Versammlungsbericht enthalten und führten uns bei ganz ruhiger Erwägung — denn wir wählten nicht, weshalb wir uns wegen der an sich unbedeutenden Sache erregen sollten — zu dem abschließenden Urtheil. Die angeführten ungünstigen Verhältnisse müßten unseren Genossen zum größten Theil vor der Wahl bekannt sein; wenn sie aus diesen Gründen die Beteiligung an der Wahl überhaupt ablehnen, so läßt sich darüber reden, aber bei der Stichwahl tritt man nicht zurück. Wir werden auch in Zukunft uns erlauben, Beschlüsse der Volksversammlungen, wenn sie unserer Meinung nach eine unrichtige Taktik empfehlen, zu kritisiren. (Die Red.)

6. Wahlkreis (Moabit).
 Donnerstag, abends 8 Uhr,
 im Saale der Frauen-Brauerei, Alt-Moabit Nr. 47-49:
Volkversammlung.
 Tagesordnung: 1. Der Entwurf des Bürgerlichen Gesetzbuches.
 2. Zeitungspedition. 3. Verschiedenes.
 Der Vertrauensmann.

Bildhauer Berlins!
 Freitag, den 10. April 1896, abends 8 Uhr, im großen oberen Saale
 des Englischen Gartens, Alexanderstraße 27c:
Große öffentl. Versammlung.
 Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Maifeier. 2. Bericht der
 Delegierten zur Gewerkschafts-Kommission. 3. Bericht über
 den Verlauf des Holzbildhauerstreiks. 4. Verschiedenes.
 Es ist nothwendig, daß alle Kollegen in dieser Versammlung erscheinen.
 Der Vertrauensmann.

Achtung! Dachdecker.
 Freitag, abends 8 Uhr, in Cohn's Festsälen, Beuthstr. 20:
Große öffentliche Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Berichterstattung der Streikkommission. 2. Verschiedenes.
 Wegen der wichtigen Tagesordnung werden die Kollegen ersucht, pünkt-
 lich zu erscheinen.
 Der Einberufer.

Große öffentliche Versammlung
 aller in
Fahranben-Fabriken beschäftigten Arbeiter und
 Arbeiterinnen
 am Freitag, 10. April, abends 7 Uhr, im Tonisenstädtischen Konzerthaus,
 Alte Jakobstr. 37.
 Tages-Ordnung:
 1. Der Stand unserer jetzigen Lohnbewegung. 290/18
 2. Regelung der Unterstützungsfälle.
 Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
 Recht zahlreichen Besuch erwartet
 Der Vertrauensmann: Guß. Eisenblätter, Eisenbahnstr. 39.

Achtung! Putzer! Achtung!
 Freitag, den 10. April, nachmittags 2 Uhr,
 Grenadierstraße 33:
Oeffentliche Versammlung
 der Streikenden u. Baudeputierten der Putzer Berlins u. Umg.
 Tages-Ordnung:
 Der gegenwärtige Stand unserer Lohnbewegung.
 Die Kollegen, die noch in Arbeit stehen, sind verpflichtet, einen Bau-
 deputierten zu entsenden.
 Die Streikkommission.
 Siehe unter „Gewerkschaftliches“.

Achtung! Klempner. Achtung!
 Donnerstag, den 9. April, abends 8 Uhr:
Werkstatt - Vertrauensmänner - Versammlung
 bei Cohn, Beuthstr. 21 (kl. Saal).
 Jede Werkstatt, welche noch keinen Vertrauensmann besitzt, hat
 die Pflicht, sofort einen zu wählen und denselben zu entsenden.
 Auch werden daselbst alle bis jetzt kassirten Gelder angenommen.
 Franz Zimmermann, Vertrauensmann der Klempner, Pflaferstr. 55.

Verlag von Hans Baake, Berlin S., City-Passage.
 Soeben ist erschienen und durch alle Buchhandlungen und
 Kolporteurs zu beziehen:
Die Röntgen'sche Entdeckung
 in gemeinverständlicher Darstellung.
 64 Seiten mit 10 Illustrationen und einer nach dem Röntgen'schen
 Verfahren aufgenommenen Photographie von Dr. B. Borchardt.
 Preis: 30 Pfennige.
 Das Centralbureau der Kopp'schen Krankenwagen, Gips-
 strasse, ist nach der **Elsasserstr. 95** verlegt.

Hackescher Markt 4, Am Stadtbahnhof „Börse“
J. Brünn,
 Ecke Neue Promenade
Inventur - Ausverkauf!
Teppiche! Gardinen! Portièren!
Steppdecken! Leinenwaaren!
Fertige Wäsche!
 zu aussergewöhnlich billigen Preisen.

Künstl. Zähne 2 M. Schmerzloses Zahnziehen u. Nervödten 1 M
 Plomb. 1.50. Rep. sof. Theilzahlg. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Spr. 9-7 Uhr

Frischen Maitrank
 ausgezeichnet im Geschmack, à Flasche 50 Pf. ercl. Johannisbeer-Wein,
 weiß und roth. Heidelbeer-Wein, Stachelbeer-Wein, ganz vorzüglichster
 Dessertwein, à Flasche 75 Pf. Empfehlen und senden einzelne Flaschen
 frei Haus Berlin 4780L*

Eugen Neumann & Co.
 6a Belle-Alliance-Platz. 81 Neue Friedrichstr. 8 Oranienstr.
 29 Genthinerstr. Niederlage in Potsdam, Bäckerstr. 7.

Ordentliche General-Versammlung
 der
Orts-Krankenkasse
 der **Hutmacher, Hutsonnituren**
 und **Filzwaaren-Verfertiger**
 zu Berlin
 am Sonntag, den 19. April 1896,
 vormittags 10 Uhr,
 im Restaurant des Herrn A. Feind,
 Weinstr. 11,
 wozu die Delegirten hiermit eingeladen
 werden. 7985b

Tages-Ordnung:
 1. Jahres- und Kassenbericht.
 2. Bericht der Kassenrevisoren pro
 1895 und Antrag auf Ertheilung
 der Decharge.
 3. Ergänzungswahl zweier Vor-
 standsmitglieder der Arbeitnehmer.
 4. Verschiedenes.
 Zur Beachtung! Anfragen oder Be-
 schwerden, zu deren Erledigung die
 Einsicht der Kassenregister erforderlich
 ist, werden nur beachtet, wenn die-
 selben bis 14. April 1896 in Kassen-
 lokal, Chorinerstr. 84, schriftlich ein-
 gereicht worden sind.
 Eintritt nur gegen Vorzeigung der
 Postkarte gestattet.
 Der Vorstand
 gez. D. H. e. c. f., Vorsteher,
 Anhaltstraße 14.

Ortskrankenkasse
 der **Messerschmiede u. s. w.**
General-Versammlung
 Sonntag, 19. April, vorm. 10 Uhr,
 bei Wernau, Rosenbäckerstr. 57.
Tagesordnung:
 1. Kassenbericht. 2. Bericht über die
 Abnahme der Jahresrechnung, sowie die
 Entlastung des Reudanten. 3. Ver-
 schiedenes. 797b
 In dieser Versammlung werden die
 Mitglieder, sowie die zahlenden Arbeit-
 geber hiermit eingeladen.
 Der Vorstand. J. S.: Korn.

Öffentliche
Radfahrer-
Versammlung
 am Freitag, den 10. April 1896,
 abends 8 1/2 Uhr,
 im Restaurant von Wilks,
 Andrastr. 26.
Tagesordnung:
 1. Stellungnahme zum diesjährigen
 Kongress der Arbeiter-Radfahrer-Deutsch-
 lands zu Pfingsten am 24. und 25. Mai
 in Offenbach a. M. 2. Diskussion.
 3. Verschiedenes. 265/6
 Zur Deckung der Unkosten Ueber-
 sammlung.
 Der Vertrauensmann.

Ankauf
 von **Opal-Fleckenwasser** macht
 sich bei einmaligen Gebrauch
 bezahlt. **Opal-Fleckenwasser**
 macht die theure chemische Wäsche
 entbehrlich, da ein leichtes Weichen
 mit Opal genügt, sämtliche
 Flecken zu beseitigen. **Opal-**
Fleckenwasser ist in der Jung-
 gefellen-Wirtschaft ebenso un-
 entbehrlich, wie im Familien-
 haushalt. Benzol dagegen
 hinterläßt Klünder, riecht unan-
 genehm und ist feuergefährlich.
 Preis 30, 50 und 90 Pf. Erhält-
 lich in Droguenhandlungen.

Möbel-Kaufgelegenheit,
 passendste Gelegenheit für Brautleute, Westensow-
 straße 15, parterre, in der Möbelfabrik sollen
 ca. 200 komplette Wohnungs-Einrichtungen,
 verleben gewesen und neue Möbel zu jedem
 annehmbaren Preise verkauft werden. Theil-
 zahlung gestattet. Beamten ohne Anwartschaft
 besonders billig sind die an Herrschaften kurze
 Zeit verlebten gewesenen Möbel, Kleiderständer
 15, Kleiderständer, Kommode 12, Westische mit
 Matratze 18, Aufbaum-Kleiderständer 30 Mark,
 Waschtisch-Kleiderständer und Verticors 26,
 französische Aufschreibetische mit Matratze 45,
 Kleiderständer 45 Mark, Truemeau
 mit Stufe 60, Büschgaranturen 60 Mark, neue,
 hochlegante Garnituren 100 Mark, Buffets,
 Contisentische, Pianosophas mit Corollischen
 und Tisch-Einsetzung in allen Farben, Damen-
 und Herrenschreibtische, Gesessene Möbel werden
 unentgeltlich 3 Monate auf meinen Aufbe-
 wahrungsspeichern aufbewahrt, durch eigene
 Gespanne transportirt und aufgestellt. 4591L*

Milchkübel,
 Kannon, Satten, Dexamal- u. Tafelwagon
Jordan,
 Kleine Markus-Strasse Nr. 28.

Zur Maifeier
 empfehle die lebensgroße Büste
Friedrich Engels
 aus feinstem Marmor, 75 cm hoch,
 sauberste Arbeit, zu 25 Mark. Fracht
 und Verpackung frei. Garantie un-
 schädliche Kunst. **Jos. Trimborn,**
Köln, Rothgerberbach 50. 794b

Möbel-Ausverkauf,
 passendste Gelegenheit für Brautleute. In
 meinem größten Möbelspeicher, Neue Königs-
 straße 59, sollen ca. 200 Wohnungs-Einrichtungen,
 verleben gewesen und neue Möbel zu jedem
 annehmbaren Preise verkauft werden. Durch
 sehr große, billige Gelegenheitskäufe ist es mir
 möglich, schon ganzes Haushalten für 90, 100,
 200 Mark abzugeben. Theilzahlung gestattet.
 Beamten ohne Anwartschaft 15 Mark,
 Kommoden, Kleiderständer 12, Aufbaum-Kleider-
 ständer, Verticors 20 Mark, Waschtischständer
 25, Westische mit Matratzen 18 Mark, Sophas
 18, Säulenständer, Kleiderständer, hochlegant 60,
 Truemeau mit Säulen und Krystallglas 60,
 Herrenschreibtisch, Büschgaranturen 40 Mark,
 Pianosophas 75 Mark, Steppdecken, Tisch-
 decken, Gardinen, Fenster 3 Mark. Gesessene
 Möbel können drei Monate kostenfrei auf
 meinem Aufbewahrungsspeicher lagern, werden
 durch eigene Gespanne transportirt, auch nach
 außerhalb. 4591L*

Sonnabend: Restverkauf.
Anzug- u. Valettothofe
Brenner & Cie.
 Alte Jakobstr. 57/59.
 Jedes Maas zu Esproproissen.

Schnell rechnen
 und sicher rechnen lernt man in
 kürzester Zeit ohne Lehrer aus dem
 bereits in 10. verb. und verm. Auf-
 lage erschienenen „Neuen Adam
 Riese. Allgemeiner Deutscher
 Rechenlehrer“ von A. Böhme. Er
 erklärt alle im Gewerbe- u. Privat-
 leben vorkommenden Rechenarten bis
 zu den schwierigsten Effekten-
 Wahrscheinlichkeits-, Raum-
 und Arbeiterversicherungs-
 Berechnungen, bietet Reduk-
 tions-Tabellen u. Das rühm-
 lichst bekannte Buch ist für 2 Mark
 50 Pf. (gebunden 3 Mark) in allen
 Buchhandlungen zu haben. Verlag von
 O. S. wald Seehagen in Berlin
 S. W., Königgräberstraße 65. — Nach
 außerhalb franco nur gegen Post-
 anweisung.

Kostenfreie Behandlung
 Minderbemittelter. Heilanstalt unter
 ärztlicher Leitung. Neue Königsstr. 22,
 am Alexanderplatz. Täglich 3-5.

Achtung! Künstl. Zähne v. 8 M. an, Theilz.
 wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahn-
 ziehen, Zahnreinigen, Nervödten bei
 Bestellung umsonst.
Gudiel, Kaufherplatz 2, Elsfasserstr. 12

Achtung, Genossen! [790b
 Ich mache bekannt, daß ich nicht
 Pächter der Volkerei, Oppelnerstr. 30,
 sondern Eigentümer bin, und bitte
 die Genossen um ihr geneigtes Wohl-
 wollen.
Fritz Bratzke.

P. P.
 Meinen werthen Freunden und
 Genossen zur Nachricht, daß ich mein
 Lokal von Stallstreiberstr. 27 nach 29
 verlegt habe. Arbeitervereinen stelle
 mein Vereinzimmer von 60-70 Per-
 sonen zur Verfügung. Achtungsvoll
G. Schulze, Stallstreiberstr. 29.

Möbel - Ausverkauf
 des Möbelspeichers Rosenbäckerstr. 15.
 Wegen ganz bedeutender Vergrößerung meiner
 Räumlichkeiten verkaufe ich mein Waren-
 lager zu noch nie dagewesenen Preisen voll-
 ständig aus. Zum Umzuge und für Brautleute
 ist somit die einzig reelle Gelegenheit gegeben,
 Ausstattungen, sowie einzelne Stücke gelegene
 und billig einzukaufen. Man lasse sich nicht
 durch unangenehme Anpreisungen blenden,
 sondern besichtige sich die Möbel, welche man
 kaufen will, genau und vergleiche dieselben mit
 meinen nur gelegenen Möbeln und anerkannt
 billigen Preisen. Durch Ankauf von 5 großen
 Möbelwagen zu günstigen Bedingungen verkaufe
 ich ganze Einrichtungen, sowie einzelne Stücke
 ganz bedeutend billiger als jeder andere Möbel-
 händler. Auch großes Lager gebrauchter und
 verleben gewesener Möbel zu wahrhaften Spot-
 preisen. Kleiderständer 16 Mark, Aufbaum-
 Kleiderständer 20, Waschtisch-Kleiderständer,
 Kommode 9, Sopha 16, Westische mit Sprungfeder-
 matratze u. Kissen 18, Spiegel 3, Stühle 2, Aufbaum-
 Truemeau mit Stufe 60, Büschgarantur 60,
 neue, hochlegante Büschgarantur 100 Mark, hoch-
 legante Aufbaum- und Aufbaum-Möbel spott-
 billig. Auch gebe ich Einrichtungen auf Theil-
 zahlung. Brautleute, welche ihre Möbel bei
 mir kaufen, erhalten ein Hochzeitsgeschenk gratis.
 Kein Abzahlungsgeschäft! Eigene Tapeten-
 u. Tischdeckenvertheilung, vier große Möbelspeicher.
 Gesessene Möbel können kostenfrei auf meinem
 Lager speichern 3 Monate liegen bleiben und
 werden dann durch eigene Gespanne sauber trans-
 portirt und aufgestellt, auch nach außerhalb

Künstl. Zähne.
F. Tressens, Rosenbäckerstr. 61, 2 Tr.
 Theilzahlung pr. Woche 1 M.

Restaurateur, welcher am Char-
 lottenplatz, Freitag eine goldene
 Uhr für Reche in Zahlung bekommen,
 wird um Adresse gebeten unter G. U.,
 Postamt Belle-Allianceplatz. 797b

Unserem Vater,
 dem Metallschleifer Aug. Tasse, zu
 seinem heutigen 25 jährigen Jubiläum
 ein donnerndes Hoch, daß die ganze
 Grenzstraße wadelt. 786b
 Seine Kinder.

Todes-Anzeige.
 Allen Kollegen zur Nachricht, daß
 der Steinmetz
Herm. Gartmann-Müller
 gen. der alte Müller
 im Alter von 62 Jahren verstorben ist.
 Wir verlieren in ihm das älteste
 Mitglied unserer Organisation.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet Donnerstag,
 den 9. April, nachmittags 4 Uhr, von
 der Leichenhalle des St. Johannes-
 Evangelist-Kirchhofes in der Barfuß-
 straße (an der Müllerstraße) aus statt.
 Der Vertrauensmann
der Steinarbeiter Berlins u. Umg.
J. Buchmann. 207/8

Todes-Anzeige.
 Am 7. April verstarb meine heiß-
 geliebte, unvergeßliche Frau
Minna Henning geb. Sittel
 nach jahrelangen schweren Leiden.
 In tiefster Trauer zeigt dies zugleich
 im Namen der Hinterbliebenen hier-
 mit an **Louis Henning, Rentant,**
 Berlin, Halle a. Saale.

Möbel-
Ausverkauf wegen
 Umzuges
 zu außerordentlich billigen Preisen.
 Für Brautleute ganze Einrichtungen von
 200-1000 M. Theilzahlung gestattet. Elegante
 Aufbaum- und Aufbaum-Kleiderständer
 und Verticors 30 M., einfache 18 M., Sophas
 18, Westische mit Matratzen 20 M., Waschtischständer,
 Kleiderständer, Kommoden 12 M., Stühle
 3 M., Sophasische 6 M., Säulen-Truemeau
 45 M., Büschgarantur 50 u. 100 M., Waschtisch-
 ständer 40 M., Pianosophas 60 M., Buffets,
 Silberkränze, Herren-Schreibtische, Schreib-
 stühle, Zylinder-Bureau, Spiegel, wenig
 gebrauchte Möbel zu halben Preisen und sollte
 es niemand verjähmen, der gut und reell kaufen
 will, mein großes Lager zu besichtigen. Ge-
 sessene Möbel werden drei Monate kosten-
 frei aufbewahrt, transportirt und aufgestellt
Schützenstr. 2, Möbelfabrik.

Arbeitsmarkt.
Achtung, Metallarbeiter!
 Bei der Firma **Friedrich, Reich-**
bergerstr. 4, haben sämtliche Former
 und Gießereiarbeiter die Arbeit nieder-
 gelegt. Bei der Firma **Liedke, Alte**
Jacobstraße Nr. 91, haben sämtliche
 Mechaniker die Arbeit niedergelegt.
Junag ist fernzuhalten.
 Der Vorstand
des Berliner Metallarbeiter-
Verbandes. 278/6

Achtung!
 Bei der Firma **Schultz & Co.,**
Grüdenstraße 13a, sind infolge der
 gestellten Forderungen, welche offiziell
 bekannt sind, neun Stuckateure und
 zwei Bildhauer entlassen worden.
 Wir machen **Bildhauer**
 und **Stuckateure** darauf
 aufmerksam. 171/16
 Die Lohnkommission.

Krankenkasse
 sucht einen Haupt-Agenten und
 einige Agenten. H*
 Offert. und U. R. 495 an Haasenstein
 & Vogler A. G. Berlin SW. 19.
Tüchtiger Stahlschleifer verlangt
 800b
 Alte Jakobstr. 55.
Schneider auf bessere Lager-Höcke
 und Valetots in und außer dem Hause
 verlangt **Carl Etier, Oranienstr. 168.**

Blusen-
Arbeiter verlangt **Neuländer, Wall-**
straße 14, Probenvorlage. 788b
Verfärbere, Farbigmacher verlangt
Rigdorf, Berlinerstr. 59. 791b
774b
Mechaniker
 auf **Fahrräder** verlangen sofort
Glombika u. Müller,
Krausenstr. 30 u. Rankestr. 1.
 Eine **Edelheit - Nieterin** und
 geübte **Kartonarbeiterinnen** werden
 sof. verlangt **Georg Heise, Waldemar-**
straße 51, Hof rechts 4 Tr. 779b
Tüchtigen Marmorerschleifer ver-
 langt **Stanke, Trebbinerstr. 13. 778b**

Gesucht!
 Ein tüchtiger 785b
Mauerpolyer,
 der bereits nachweislich größere Bauten,
 namentlich auch im Tiefbau beauf-
 sichtigt hat, wird für einen Bau in
 Süddeutschland gesucht. Meldungen
 an **Friedrichsberg, Chausseestr. 87,**
 bei Schüssler.
Maschinenmeister,
 welcher nachweislich jahrelang in
 besseren Anstalten ff. Chromo gedruckt
 hat, suchen per sofort
Zook & Mittmeyer, Thurmstr. 74.